



Politische Berichte

In dieser Ausgabe: DDR-Wahlergebnis: Spekulationen der BRD * Aufstände in Kurdistan * Rep-Veranstaltung: VGH stellt Freibrief für Polizei aus * Arbeitsmarkt in Westberlin: Deutsche Einheit und Tarife * Texte zu politischen Gefangenen in Italien

Nummer 7 / 11. Jahrgang

30. März 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

Rechte wollen DDR und dann mehr!

Republikaner haben Anhang im Staatsdienst und wollen „deutsche Volksgruppen“ mobilisieren

Die DDR-Wahlen haben zwar keine Zweidrittel-Mehrheit für einen direkten Anschluß der DDR an die BRD nach Artikel 23 Grundgesetz gebracht, dennoch triumphiert die Rechte. Sie interpretiert das Wahlergebnis als ihren Sieg, und die Gefahren sind groß, daß sich in der DDR-Volks-

kammer für eine Anschlußpolitik eine Mehrheit findet. Die DDR-CDU wird entsprechend gedrängt. Die DDR-SPD hat sich zu Koalitionsverhandlungen bereit erklärt. Das Wahlergebnis der PDS zeigt wie anderes auch, daß Widerstand gegen die Annexion vorhanden ist.

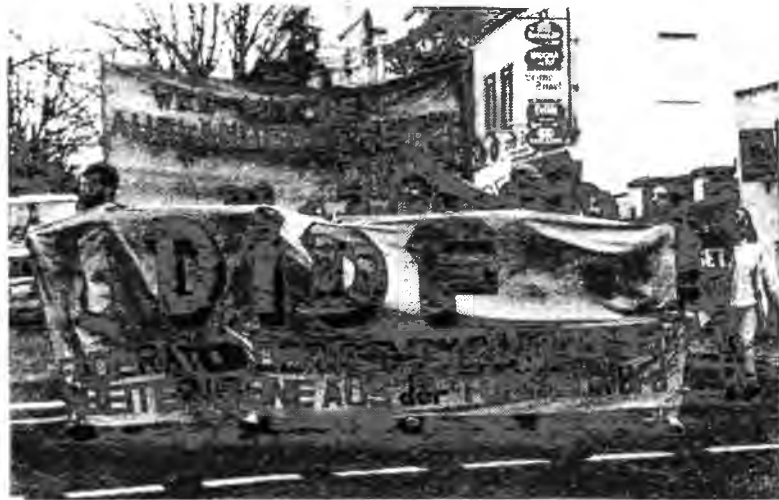
Die CDU in Nordrhein-Westfalen frohlockte, daß ihr das DDR-Wahlergebnis im Landtagswahlkampf einen Aufschwung gebe. Verliert die SPD in NRW die absolute Mehrheit, wäre ein wichtiges Ziel rechter Politik erreicht. Die SPD müßte sich noch weiter nach rechts öffnen. Im Landtagswahlkampf Niedersachsen hat die CDU durch die Nominierung von Rita Süßmuth die SPD-Opposition in Verlegenheit versetzt. In den bayerischen Kommunalwahlen konnten die Republikaner sich als drittstärkste Partei etablieren, und dies wird als „normal“ akzeptiert. Die über 7000 Mitglieder starken Rep errangen allein in den Stadträten und Kreistagen 252 Mandate. Hinzu kommen noch etliche Gemeinderäte in den kreisangehörigen Gemeinden. Die CSU erhielt bayernweit 41,9%, die Rep 5,4%. Zusammen sind das 1,8% weniger Stimmen als bei den letzten Kommunalwahlen. Der Formierungsprozeß der Rechten geht weiter, ohne daß die parlamentarische Opposition durch Kritik Einfluß gewinnen kann. Zwar konnte die SPD in München das Amt des Oberbürgermeisters verteidigen, aber bezogen auf ganz Bayern gleichen sich Gewinne und Verluste von Grünen und SPD aus.

Medien und Politiker von CSU bis Grüne sprechen von einem schlechten

Abschneiden der Rep und verweisen auf die hohen Stimmenergebnisse bei den Europawahlen. Die CSU will von ihren Verbindungen zu den Rep ablenken, wenn sie behauptet, die hätten keine Basis. Die Rep erhielten ihre Stimmen weitgehend von Faschisten und aus Wählerschichten der CSU. Auffällig war, daß die Rep viele Mandatsträger aus dem Staatsdienst stellten. In Augsburg sind sie mit vier Polizisten im Stadtrat. In München wurden zwei Polizisten „vorgehäufelt“ und bilden zusammen mit dem Richter am Sozialgericht, Heinz Friedrich Kremzow, dem Diplompolitologen Ulrich Echter und der Rechtsanwältin Frau Schönhuber die Rep-Fraktion. In Nürnberg erreichten die Rep eine ähnliche Zusammensetzung. Franz Schönhuber ist mit dem Ergebnis zufrieden und verweist darauf, daß sie „jetzt in vielen Rathäusern das Zünglein an der Waage seien“.

Auch bundespolitisch gewinnen die Rep an Einfluß. Ende letzten Jahres forderten sie ein „Deutschland-Ministerium“, um die Wiedervereinigung voranzutreiben. Die „Welt“ vom 18.3. mutmaßt über eine solche Kabinettsbildung nach den Niedersachsenwahlen. Im Gespräch ist der frühere Verteidigungsminister Scholz. In der Annexion der DDR operieren Regierungskoalition und Republikaner wieder arbeits-

teilig. Kohl prescht voran und will eine Annexion der DDR nach Artikel 23. Die völkischen Rep gehen noch weiter. Nachdem vor wenigen Tagen die Endfassung ihres Programms bekannt wurde, fällt auf, daß sie es um folgende Aussage erweiterten: „Wir fühlen uns ebenso verpflichtet, die deutschen Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa zu unterstützen!“ Im theoretischen Organ der Rechten „Criticon“ wird über die Zerschlagung der UdSSR diskutiert. In der nationalrevolutionären Zeitschrift „Europa Vorn“ heißt es dazu: „Deshalb müssen Deutschland neu vereinigt, Nato, Warschauer Pakt und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufgelöst werden.“ Der faschistische Historiker Irving erklärte auf einer Veranstaltung in Hamburg, daß die Oder-Neiße-Grenze in den nächsten fünf Jahren fallen würde. Die arbeitsteilige Politik der Rechten entwickelt ein Programm, das nur mit Krieg verwirklicht werden kann. Im Moment fehlen dafür die Truppen. Wegen der Ostexpansion machen sich Kapitalisten und nicht wenige Leute aus der Mittelklasse materielle Hoffnungen. Und die äußerste Rechte geht vom verdeckten zu öffentlichem Bandenterror über. Am 10.3. überfielen 50 Skins in Essen ein Flüchtlingsheim und verwüsteten mehrere Wohnungen. — (dil, jöd)



Die Grünen im Bundestag erklärten am 22.3., daß der Protest gegen die Ausländergesetze jetzt auf die „Straße verlagert“ werden müsse, weil ihre parlamentarischen Möglichkeiten erschöpft seien. Auf der regionalen Demonstration am 24.3. in Bonn waren sie nicht. 800 protestierten gegen das geplante Gesetz. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit von türkischen, kurdischen und westdeutschen Gruppen. — (jöd)

USA: Greyhound-Busstreik

Ein Kampf gegen den Masseneinsatz von Streikbrechern

Seitdem die 9000 Busfahrer, Mechaniker und Schaffner am 2. März ihren Streik begannen, hat die Geschäftsleitung der Greyhound-Busgesellschaft 1000 Streikbrecher eingestellt, weitere 1000 sollen derzeit auf die Streikbrecherarbeit eingeübt werden. Die Kollegen, mit deren widerlichem Streikbruch die Kapitalisten den streikenden Gewerkschaftsmitgliedern in den Rücken fallen, um den Streik zu zerschlagen, sind natürlich keine Gewerkschaftsmitglieder. Ein Ziel der Bosse ist denn auch, die Gewerkschaft ATU (Vereinigte Transitverkehr Gewerkschaft) aus dem bundesweiten Autobusunternehmen hinauszudrängen. Die Bosse drohen den Streikenden, daß sie nach dem Streik nicht wiederingestellt würden. Die Streikbrecher seien auf Dauer eingestellt worden, und die Streikenden würden nur dann wiederingestellt, wenn die Geschäfte gut liefen und Neueinstellungen vorgenommen würden. Das könnte aber lange dauern, fügte der Vorstandssprecher genüßlich hinzu.

Die Gewerkschaft begann den Streik, als die Unternehmer nicht von ihrem Verlangen abgingen nach: Lohnerhöhungen nur in Anbindung an Leistungszulagen, unbegrenztes Auslagern von Arbeiten an andere Unternehmen, Kürzung der Versicherungsbeiträge für neu Eingestellte. Die Gewerkschaft fordert dagegen gesicherte Lohnerhöhungen, keine Kürzung der Versicherungsbeitragszahlungen, keine Auslagerung von Arbeiten, da das die Arbeitsplätze von 2000 Beschäftigten beseitigen würde.

Der Vorsitzende der ATU erklärte, daß die Fahrer seit dem letzten großen Streik von 1983 (47 Tage) bis heute eine Lohnkürzung von 25 Prozent hätten hinnehmen müssen. Erst 1987 hätten die Beschäftigten noch einmal Lohnkürzungen zugestimmt. Jetzt, da das Unternehmen für 1989 Profite eingefahren habe, würde die Geschäftsleitung wortbrüchig und beteilige die Beschäftigten nicht an der günstigen Geschäftsentwicklung.

Mit ihrem Einsatz von Streikbrechern haben die Geschäftsinhaber den Tod des 59 Jahre alten Streikpostens Robert Waterhouse auf ihrem Gewissen. Ein Streikbrecher hatte bei der Ausfahrt aus dem Busdepot in Redding, Kalifornien, Robert Waterhouse umgefahren und getötet. Am 9. März führte die Gewerkschaft ATU, unterstützt von anderen Gewerkschaften innerhalb des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, in Washington, New York, Boston, Omaha, Des Moines und anderen Städten Gedenkveranstaltungen für Robert Waterhouse durch.

Unausgebildete Streikbrecher verursachten seitdem weitere Unfälle und verletzten Streikposten schwer.

Die Gewerkschaft ATU hat erklärt, daß sie keinen Vertrag nach einem möglichen Streikende unterschreiben würde, in dem nicht die Wiedereinstellung aller Streikenden garantiert ist.

Quellenhinweis: AFL-CIO News, 19.3.90; New York Times 11.3.90, Wall Street Journal 5.3.90, Time 26.3.90 — (gba)

USA: Abschluß bei Pittston Coal nach elf Monaten Streik



Die 2000 Bergarbeiter bei Pittston-Coal haben einen neuen Tarifvertrag durchgesetzt. Binnen drei Jahren muß der Konzern die Löhne um 1,20 Dollar (ca. 2 DM) je Stunde erhöhen

und deutlich mehr für Gesundheit und Altersvorsorge zahlen. Die gegen die Gewerkschaft UMWA verhängten Bußgelder waren Anfang März bis auf eines aufgehoben. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D

DKP-Parteitag beschließt Wahlkongreß zu Bundestagswahlen

Am 24./25. März tagte der DKP-Parteitag in Dortmund. Die Delegierten verabschiedeten ein neues Statut, das probeweise bis zur nächsten Konferenz gilt und dann überprüft werden soll. In diesem Zusammenhang wählten die Delegierten einen vierköpfigen Sprecherrat. Der alte Vorstand hatte vorher politische Fehler eingeräumt, wurde finanziell entlastet. Die Konferenz verabschiedete eine Erklärung der DKP zur deutschen Frage und lehnte eine Umbenennung in PDS-West ab. Bezüglich der Bundestagswahlen lagen der Konferenz Anträge zur Wahlbeteiligung vor, u.a. aus Baden-Württemberg. Die Delegierten legten fest, daß auf einem Wahlkongreß im Mai darüber entschieden werden soll. — (jöd)

Bau-Kapitalisten bieten 5,2% Gewerkschaft lehnt ab

Wie das „Handelsblatt“ berichtet, haben die Kapitalistenverbände der Bauindustrie bei den Einkommenstarifverhandlungen für die rund 960000 Beschäftigten im Baugewerbe eine Lohnerhöhung von 5,2% angeboten. Außer-

dem soll das 13. Monatseinkommen von bisher 60% in drei Stufen auf 100% angehoben werden. Die IG Bau Steine Erden lehnt das Angebot als zu niedrig ab. Sie fordert eine Lohnerhöhung von 8,7%, ein volles 13. Monatseinkommen und ein ganzjährig gesichertes Einkommen. Am 3. April finden die nächsten Verhandlungen statt. — (alk)

Landes-DK der Grünen gegen Einverleibung der DDR

Die Landesdelegiertenkonferenz der Grünen Niedersachsen faßte am 10. März einen Beschluß gegen die Anschlußpolitik der BRD: „Die Hauptsache für den Wunsch nach schneller Vereinigung liegt aber in der systematischen Destabilisierungskampagne von Seiten der BRD ... Einen Anschluß der DDR an die BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes kann schon gar nicht unsere Zustimmung finden. Ohne getrennte Volksabstimmungen in der DDR und in der BRD dürfen keine die Vereinigung präjudizierenden (vorgreifenden, d. Red.) Vereinbarungen getroffen werden. Arbeitsgrundlage einer neuen Verfassung sind gleichberechtigt die Verfassung der DDR und das Grundgesetz der BRD. Notwendig ...

ist eine verfassungsgebende Versammlung ... Der neue Staat darf kein Zentralstaat alter Prägung sein. Vielmehr muß er die Wiederherstellung echter föderativer Strukturen und kommunaler Selbstverwaltung zum Inhalt haben.“ (aus Flugblatt des BWK zur Landtagswahl)

Baden-Württemberg schließt sich bayerischer §-218-Klage an

Die baden-württembergische Landesregierung tritt zwar der Klage Bayerns gegen den gegenwärtigen § 218 nicht bei — die Begründung: das sei aus rechtlichen Gründen gar nicht möglich — will aber, wenn das Bundesverfassungsgericht die einzelnen Bundesländer zu einer Stellungnahme auffordert, so wie die Bayerische Staatsregierung die Abschaffung der allgemeinen Notlagenindikation verlangen. Strittig war im Kabinett, ob Baden-Württemberg wie der Freistaat auch die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen auf medizinisch begründete Fälle beschränkt sehen will. Votum jetzt: Falls das Bundesverfassungsgericht im übrigen die Möglichkeiten der Abtreibung drastisch beschränke, könne es bei der Kassenfinanzierung bleiben. — (alk)

Wahl Schleswig-Holstein: CDU, FDP und SPD zufrieden

Keine dieser Parteien mußte im Kommunalwahlkampf auf Forderungen und Ansprüche eingehen. Statt kommunalpolitischer Aussagen machten sie Stimmung für den Anschluß der DDR. Die SPD ist mit einer Zunahme von 2,6% auf 42,9% stärkste Partei in den Kreisen geworden, was nach einem Ergebnis von 54,8% bei den Landtagswahlen 1988 mindestens zu erwarten war. Die CDU blickt mit den erreichten 41,3% bei einem Verlust von nur noch 2,9% wieder hoffnungsvoll in die Zukunft. Die FDP hat landesweit 6,1% (plus 1,7%) erreicht und ist nun wieder in 11 (vorher 4) von 15 Kreistagen vertreten. Die Grünen sind nur noch in 12 (vorher 14) Kreistagen. Die Republikaner sind nur in 5 Kreisen zur Wahl angetreten und haben 12000 Stimmen (0,9%) bekommen. Ihr höchstes Ergebnis haben sie mit 3,1% in Lübeck. Bei den Gemeindevahlen haben Bürgervereine durchweg Erfolg gehabt. Leider haben außer in Barmstedt keine linken Bündnisse kandidiert. Die Barmstedter Linke Liste, die in Nachfolge der DKP kandidierte, erreichte 10,4% (DKP vorher: 12,0% und 17,3%). — (clm, kaq)

Aktuell in Bonn

Autobahn-Nachtarbeit

Nachdem Bayerns Gauweiler nicht mehr den Oberpolizisten machen durfte, versuchte er, seine politischen Ziele im Bereich der Verkehrspolitik zu verwirklichen. Ergebnis war zuletzt die Einführung von Nachtarbeit in Zusammenhang mit dem Autobahnbau. Am 22. März hat Bundesverkehrsminister Zimmermann diese Initiative für die bundesweite Ebene aufgegriffen. Eine Richtlinie des Bundesverkehrsministeriums an die obersten Straßenbaubehörden der Länder legt seitdem fest, daß diese Bauarbeiten „im Interesse der Autofahrer durch geeignete Maßnahmen beschleunigt“ werden müssen — so durch Nachtarbeit.

Für DDR-Parteienkauf veruntreut?

Die Fraktion der Grünen hat bei der Bonner Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen Finanzminister Waigel und die Ministerin „für innerdeutsche Beziehungen“, Dr. Wilms, gestellt. Diese sollen aus dem Etatposten für „karitative Hilfen an die DDR“ 20 Mio. DM an die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung für „Demokratiehilfemaßnahmen in der DDR“ gezahlt haben. Die Mittel dienen der Finanzierung des Volkskammer-Wahlkampfes der SPD, der „Allianz für Deutschland“ und der Liberalen in der DDR. „Die Verausgabung von Mitteln des Bundes für ‚Demokratiehilfemaßnahmen‘ in der DDR ist weder durch das Haushaltsgesetz 1990 noch durch den Entwurf des Nachtragshaushaltes 1990 gedeckt“, heißt es in dem Strafantrag.

Jugendhilfegesetz

Am 14. März ist der Entwurf eines neuen Jugendhilfegesetzes (bislang von 1922!) im federführenden Ausschuß bei Enthaltung nur der Grünen verabschiedet worden (Drucksache 11/5948). Gestrichen wurde ein Absatz, nach dem Jugendhilfebeanspruchung Ausweisungsgrund für Ausländer sein sollte. Abgelehnt wurden Anträge der SPD und der Grünen für einen Rechtsanspruch jedes Kindes ab dem dritten Lebensjahr auf einen Kindergartenplatz. Ebenso abgelehnt wurde ein Antrag der Grünen, Kindern und Jugendlichen in Notsituationen ohne Kenntnis der Eltern Jugendhilfe zu bewilligen.

Abrüstung konkret

In einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen vom 17. März gab die Bundesregierung an, daß der Bundeswehrstandort Lerchenfeld erweitert werden soll und die Landesregierung in Baden-Württemberg wohl noch 1990 zustimmt. Der Umfang der Fahrtätigkeit mit Kampfpanzern werde dadurch nicht geändert. Am 15. März hatte die Bundesregierung auf Anfrage der Grünen mitgeteilt, daß der Ausbau des Nato-

Flugplatzes Wittmundhafen ebenfalls dieses Jahr beginnen soll. Die verschiedenen Anhörungen in Niedersachsen seien abgeschlossen.

Agrarpreise

Am 25.3. informierte Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle die Agrarminister der Bundesländer über die Verhandlungen des EG-Ministerrats zu den Agrarpreisen. Die von der EG-Kommission beschlossene Senkung der Interventionspreise um drei Prozent sei nicht zu verhindern, auch Ausgleichsmaßnahmen würden wohl keine Mehrheit bekommen. Ende Februar kam es in den Niederlanden zu massiven Protestaktionen von Bäuerinnen und Bauern gegen die niedrigen Getreidepreise, die in den letzten fünf Jahren um 30 Prozent gesunken sind — im Gegensatz zu den Demonstrationen in der BRD, die unter Kontrolle des Bauernverbands eher dem Dampfablassen dienten.

Keine Entschädigung für NS-Opfer

Anträge der Grünen zur Entschädigung für NS-Zwangsarbeit, einschließlich einer Inpflichtnahme der Nutznießer, und der SPD für eine Stiftung zur Entschädigung für Zwangsarbeit wurden im Auswärtigen Ausschuß in einer Beschlussempfehlung an den federführenden Innenausschuß abgelehnt (14.3.). Die Begründung der Mehrheit aus CDU/CSU und FDP: Die „Reparationsproblematik“ dürfe nicht „präjudiziert“ werden!

Strafrechtsänderungsgesetz

Der Entwurf eines „Strafrechtsänderungsgesetzes“, angeblich zur Bekämpfung der „Drogenkriminalität“, liegt jetzt vor (Bt.-Ds. 11/6623). Danach können künftig Gerichte Vermögen beschlagnahmen, „wenn die Umstände die Annahme rechtfertigen, daß diese Gegenstände für rechtswidrige Taten oder aus ihnen erlangt worden sind“ (so der neue § 73d StGB). Beweise sind nicht mehr nötig! Die neue Beschlagnahmeregeln gilt keineswegs nur bei Rauschgift: „Rechtswidrige Tat“ ist eine ... im Sinne von § 11 Abs. 1 Nr. 5 StGB — das sind alle Straftaten.

Was kommt demnächst?

Vom 28.3. bis 30.3. berät der Bundestag u.a. das ERP-Kreditprogramm, Blüms Rentenansparungsgesetz, das Bundesausbildungsförderungsgesetz. Am 30.3. findet in London der 20. deutsch-britische Gipfel statt. Am 31.3. und 1.4. treffen die EG-Wirtschafts- und Finanzminister zu einem „informellen Treffen“ zusammen. In der zweiten Aprilhälfte soll in Bonn das erste sog. „6er-Treffen“ der Außenminister von BRD, DDR, Großbritannien, Frankreich, USA und Sowjetunion in Bonn stattfinden. Ende April folgt in Dublin der EG-Sondergipfel zur „deutschen Einigung“. Im Mai will der U-Boot-Ausschuß des Bundestags Stoltenberg, Kohl und Genscher vernehmen.

Koalition weitet Geheimdiensttätigkeit aus

Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern wird gestrafft, die Polizei eingebunden

Das seit April 1989 im Bundestag verhandelte Gesetz über die Geheimdienste, genannt „Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes“, ist von CDU, CSU und FDP überarbeitet worden. Damit haben die Koalitionsparteien einen Weg gefunden, das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden, ein Verfahren, das sowohl den politischen Absichten der Regierungsfractionen entspricht wie auch dem Zeitrahmen, den das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Volkszählung im Jahr 1983 festgelegt hat. Die FDP hatte im Frühjahr „Bedenken“ im Bundeskabinett gegen den eingebrachten Gesetzesentwurf zu Protokoll gegeben, jedoch nicht verhindert, daß das Gesetz in erster Lesung verhandelt und an die Ausschüsse überwiesen werden konnte. Nun müssen nur noch die zweite und dritte Lesung, die an einem Tag stattfinden dürfen, durchgeführt werden, und das Gesetz ist durchgesetzt.

Der als ein Gesamtgesetz vorliegende Entwurf enthält nach dem jetzigen Stand der Koalitionsvereinbarung einen Gesetzesentwurf zum Bundesdatenschutzgesetz, eine Neufassung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, ein Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst (MAD) und ein Gesetz über den Bundesnachrichtendienst (BND). Die Bedenken der FDP bezogen sich vor allem darauf, daß der Bundesbeauftragte für Datenschutz von der Bundesregierung ernannt und nicht vom Parlament gewählt werden sollte. Dies ist nun in den Änderungen vorgesehen. Geplant ist ebenfalls, daß der Bundesverfassungsschutz künftig im jährlichen Bericht über den „Zuschuß aus Bundesmitteln“ und über die Zahl der Beschäftigten berichten muß — eine Auskunft, die bisher der Öffentlichkeit regelmäßig verweigert wurde. Genaue Erkenntnisse gewinnt die Öffentlichkeit deshalb noch nicht, denn eine Auskunftspflicht über die Verfassungsschutzämter der Länder

besteht nicht, obwohl durch den Gesetzesentwurf die Landesämter zu enger Zusammenarbeit und dauernder Unterrichtung verpflichtet werden, also eigentlich zu nachgeordneten Behörden des Bundesamtes werden.

Eine dritte wesentliche Änderung gegenüber dem bestehenden Gesetzesentwurf bezieht sich auf das heimliche Abhören von Wohnungen, das nach dem jetzigen Entwurf den Geheimdiensten, vor allem dem Bundesverfassungsschutz, erlaubt sein soll, „wenn es zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen unerlässlich ist und geeignete polizeiliche Hilfe für das bedrohte Rechtsgut nicht rechtzeitig erlangt werden kann“. Dies ist eine Beschränkung gegenüber dem bestehenden Entwurf, in dem das Abhören von Wohnungen zu den „Instrumenten heimlicher Informationsbeschaffung“ gezählt wurde. Diese aber sollen auch im neuen Entwurf im wesentlichen unbeschränkt bleiben und werden beispielhaft aufgezählt: Einsatz von Spitzeln, Beobachtung von Personen und Personengruppen, Bild- und Tonaufzeichnungen öffentlicher Veranstaltungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen usw.

Viel eindeutiger als im alten Gesetzesentwurf schält sich im geänderten Entwurf die von der Reaktion angestrebte Arbeitsteilung von Bundes- und Länderbehörden heraus, und zwar sowohl bezogen auf das Bundeskriminalamt, die Bundesanwaltschaft und die Landespolizeien und -ermittlungsbehörden als auch bezogen auf den MAD, den BND und den Verfassungsschutz. Sollten nach dem ersten Gesetzesentwurf noch alle Behörden zu uneingeschränkter Auskünften untereinander verpflichtet sein, so sollen die Landesbehörden nun vor allem verpflichtet sein, über Spionage und „Terrorismus“ an die Bundesbehörden zu berichten, die Verfolgung des „politischen Extremismus“ verbleibt schwerpunktmäßig bei den

Landesbehörden. Das ist eine bedeutende Stärkung der Bundesanwaltschaft, die als die zentrale Verfolgungsbehörde von allen Leuten, die des Landesverrats oder des Terrorismus verdächtig sind, dann über ein gesetzlich erlaubtes, nahezu umfassendes und in Prozessen verwendbares Spitzel- und Informationssystem verfügen wird.

Die Verfolgung antifaschistischer und sozialistischer Organisationen kann dagegen „bürgernah“ vor Ort nach politischer Lage durchgeführt werden. In dieser Richtung ist auch das Auskunftsrecht ausgestaltet, das zwar jedem Bürger — nicht jedem Einwohner oder Betroffenen, das heißt Ausländer sind davon ausgeschlossen — das Recht gibt, nachzufragen, ob und was der Verfassungsschutz über ihn in Akten oder Dateien festhält. Die Auskunft kann jedoch immer verweigert werden, wenn die Geheimdienste eine Gefährdung ihrer Aufgabenerfüllung befürchten. Zu befürchten ist, daß dies immer dann der Fall sein wird, wenn Verstöße gegen die Terrorismus-Gesetze vermutet werden, denn die inzwischen gerichtlich abgesegnete Konstruktion der diversen „Ebenen“ von RAF, Revolutionären Zellen und revolutionären ausländischen Organisationen läßt immer die Behauptung zu, Auskunft gefährde die Aufgabenerfüllung. Für die Disziplinierung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hingegen haben die Koalitionsfraktionen ein bedrückendes Datenschutzrecht vorgesehen: Bei Sicherheitsüberprüfungen im öffentlichen Dienst soll die Zustimmung der Betroffenen eingeholt werden, wenn der Verfassungsschutz beteiligt werden soll — sofern es um mehr geht als um bereits vorhandene Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, des BND oder des MAD. Welche Rechtskonsequenzen aber z.B. eine Ablehnung der Geheimdienstsnüffeleien nach sich zieht, ist bislang nicht geregelt.

Die angebliche Liberalisierung des Gesetzesentwurfes durch die Einwände der FDP ändert nichts daran, daß mit diesem Gesetz eine weitgehende Verbindung zwischen Geheimdiensten auf Bundes- und Länderebene und den Polizeibehörden von Bund und Ländern geschaffen wird. Sie ändert auch nichts an der Ermächtigung der Geheimdienste, Auskünfte an andere Länder zu erteilen und dort welche einzuholen. Die Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschen Geheimdiensten und denen anderer Staaten, deren Regierungen von der BRD unterstützt werden, wie z.B. der Türkei, soll auf Grundlage des Gesetzes sogar ausgeweitet werden.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 11/4306; Änderungsentwurf der Abgeordneten Blens (CDU) und Hirsch (FDP) v. 13.3.90; Woche im Bundestag, Nr. 11/89, 12/89 und 3/90 — (uld)



Bestandteil des „Radikalerlasses“: die Regelanfrage beim Verfassungsschutz.

Chemie: Hohe Lohnforderung erforderlich

Gewinnboom der Konzerne im achten Jahr/IG-Chemie-Hauptvorstand sieht „Nachholbedarf“

Mitte 1990 endet die Laufzeit des 1987 abgeschlossenen Tarif„pakets“ (Lohnerhöhungen von 3,8% plus 2,5%, Entgelttarifvertrag 1988 und 39-Stunden-Woche

1989). Die IG Chemie will eine „deutliche Erhöhung der Realeinkommen“ durchsetzen. Eine besondere Anhebung der niedrigen Einkommen ist nicht vorgesehen.

Die IG Chemie hat sich beim Manteltarifvertrag (Arbeitszeit) und beim Entgelttarifvertrag längerfristig bis Ende 1991 gebunden. Die diesjährige Tarifbewegung, die als „reine Geldrunde“ geführt werden soll, steht unter hohem Erwartungsdruck. Zum einen sind in den letzten Jahren die Realeinkommen bis in den Bereich von Facharbeitern und Laboranten hinein gesunken. Die IG Chemie ist mit der Strategie der dreijährigen Laufzeit bei steigender Inflationsrate und überproportionaler Steigerung der Lebenshaltungskosten für die unteren Einkommensbezieher (z.B. Mieten) schlecht gefahren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer kräftigen Tarifierhöhung.

Zum anderen fahren die Chemiekonzerne im achten Jahr hintereinander Gewinne in immer neuer Rekordhöhe ein. Allein die drei IG-Farben-Nachfolger konnten ihren Gewinn vor Steuern von 1987 bis 1989 um mehr als 50 Prozent auf ca. 13 Milliarden DM erhöhen. Der Anteil des sog. Personalaufwands am Umsatz ist weiter gesunken, die Kapazitätsauslastung und die Betriebs-

nutzungsdauer so hoch wie nie zuvor. Entsprechend sind die Belastungen auf Seiten der Lohnarbeit. Und entsprechend gefüllt sind die Kriegskassen der Chemiekonzerne für die weitere Ausdehnung ihres Herrschaftsbereichs — mit dem EG-Binnenmarkt als Basis und mit der Eroberung von Arbeitskräften, Rohstoffen und Absatzmärkten im östlichen Europa vor Augen. Daraus ergibt sich sowohl die Notwendigkeit wie auch die Möglichkeit, dieses Expansionsprogramm mit einem hohen Lohnabschluß zu bekämpfen.

Der Hauptvorstand der IG Chemie hat in seiner Forderungsempfehlung einen „eingetretenen Nachholbedarf“ festgestellt und sich für eine deutliche Erhöhung der Realeinkommen ausgesprochen. Dieses soll mit einer Prozentforderung erreicht werden, da Sockel- oder Festbeträge angeblich die Weiterentwicklung des Entgelttarifvertrages in 1991 erschweren würden. Die Höhe der aufzustellenden Prozentforderung bei maximal zwölf Monaten Laufzeit ist den gewerkschaftlichen Gremien überlassen worden. Die Tarifkommissionen

werden Ende April die Forderung aufstellen. Die Verwaltungsstelle Ludwigshafen (größter Betrieb: BASF) hat sich mit knapper Mehrheit für eine Zehn-Prozent-Forderung und gegen zwölf Prozent ausgesprochen.

Daß eine besondere Anhebung der unteren Einkommen nach wie vor dringend notwendig ist und die unteren Gruppen keineswegs am „Aussterben“ sind, hat jetzt eine Umfrage über die Entgeltgruppenbelegung in der Verwaltungsstelle Hamburg erneut anschaulich bestätigt. Von 60 Betrieben mit ca. 20.000 Beschäftigten beteiligten sich 35 Betriebe mit rund 15.000 Beschäftigten. 33% aller tariflich eingruppierten Beschäftigten (bei den Frauen 42%) befinden sich in den Entgeltgruppen 1 bis 4 (von 13 E-Gruppen; E 6 gleich Facharbeiterecklohn). Bei den Hamburger Aluminiumwerken (HAW), nur Produktionsbetrieb ohne Forschung und Entwicklung, liegt der Anteil sogar bei 53%. Damit für jeden Chemiearbeiter tariflich über 150 DM herauskommen, müßte bei einem Prozentabschluß eine sieben vor dem Komma sein. — (mio)

Fünf Jahre für den Kronzeugen

Cetiner als „Kronzeuge“ für den Kurdenprozeß anerkannt

Am 26. März hat das Westberliner Kammergericht den von der Bundesanwaltschaft als Kronzeuge im Düsseldorf Kurdenprozeß benötigten und zu diesem Zweck eigens aus Schweden importierten Ali Cetiner zu fünf Jahren Haft verurteilt. Cetiner wurde verurteilt wegen Mordes an einem Kurden, den er angeblich im Juni 1984 in Westberlin umgebracht haben soll. Cetiner hatte sich schuldig bekannt und zugleich erneut versichert, daß er bereit sei, im Düsseldorf Kurdenprozeß als der gewünschte „Kronzeuge“ aufzutreten.

Schon vor dem Urteil hatte die Bundesanwaltschaft in dem Westberliner Verfahren deutlich gemacht, welche Bedeutung Cetiner für sie habe. Der leitende Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof Senge erklärte, Cetiners Aussagen seien für die Anklage in Düsseldorf „außerordentlich wichtig“. Bis zu seinen Erklärungen habe sich die Bundesanwaltschaft in ihrer Anklage in Düsseldorf lediglich auf eine „mutige Indizienkette“ gestützt. Erst die Aussagen Cetiners hätten die Anklage in Düsseldorf „rund gemacht“.

Das Gericht folgte diesen Beweggründen der Bundesanwaltschaft und ließ Ali Cetiner erstmals in den Genuß der erst kürzlich verabschiedeten

„Kronzeugenregelung“ kommen. Es verurteilte ihn zu fünf Jahren Haft.

Um die Kronzeugenregelung anwenden zu können, mußten die Westberliner Richter noch einen weiteren kühnen Entschluß fassen. Denn diese Regelung gilt nur für „terroristische Straftaten“. Letztere sollen aber in Düsseldorf erst bewiesen werden! Damit ist in Westberlin bereits gerichtlich festgestellt, was in Düsseldorf erst bewiesen werden soll: Daß nämlich in der Arbeiterpartei Kurdistan bzw. ihren europäischen Abteilungen eine angebliche „terroristische Vereinigung“ tätig sei.

Die Bundesanwaltschaft hat Cetiner schon angekündigt, sie werde wegen seiner „enormen Hilfe“ für ihn „alles in unserer Macht Stehende tun“. Das dürfte auch nötig sein. Denn bevor Cetiner in die BRD ausgeliefert wurde, hatte die schwedische Polizei ihn schon einmal vergeblich als Hauptzeugen für eine angebliche „PKK-Spur“ bei der Ermordung Olaf Palmes aufzubauen versucht. Auch hier sagte Cetiner bereitwillig aus, was man von ihm hören wollte. Die durch diese Aussage gelegte „PKK-Spur“ freilich zerschlug sich am Ende dennoch.

Quellen: Kurdenprozeß aktuell, Nr. 10/90; Kurdistan-Rundbrief, 7/90 — (rül)

Einige Rechenfehler der BRD wahrscheinlich

Gewagte Spekulationen über Ergebnisse der DDR-Wahlen sollen Stimmung für Anschluß an die BRD hochpeitschen

Wir dokumentieren auf dieser Seite recht ausführlich aus dem „Neuen Deutschland“, zum einen, weil bei der ganzen Propaganda- und Informationsflut über die DDR in der BRD-Presse äußerste Selektion herrscht und Meinungen aus der DDR, die nicht ins Anschlußkonzept passen, im großen und ganzen ausgefiltert werden, zum anderen, weil daraus hervorgeht, daß Widerstand gegen Anschluß in der DDR objektive Grundlagen hat. Der erste Artikel verdeutlicht, welche Interessen und Stimmungen viele Wähler in der DDR bei

ihrer Stimmabgabe bewegt haben. Der Artikel zur Kommunalwirtschaft scheint uns interessant, weil er auf ein Widerstandspotential hinweist, das einer Übernahme der Zentralwirtschaft durch BRD-Konzerne vielleicht nicht unbeträchtliche Probleme verschaffen wird. Zu den Ergebnissen im einzelnen, insbesondere den beträchtlichen regionalen und sozial bestimmten Unterschieden in der Stimmabgabe werden wir in einer der nächsten Ausgaben der „Politischen Berichte“ eingehen, sobald die Zahlen zugänglich sind. — (alk, maf)

Was DDR-Bürger nach der Wahl erwarten Rechte nicht zum Spielball der Privatwirtschaft machen

aus: „Neues Deutschland“, 17./18. März 1990

Welche Meinung haben DDR-Bürger zur Privatisierung der volkseigenen Betriebe und Kombinate? Was halten sie davon, Wohnungen von privaten Vermietern aufkaufen zu lassen und Mieten nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage zu gestalten? Sollte kommunales und genossenschaftliches Eigentum an Wohnungen weiter staatlich gestützt werden? Wie stellen sie sich Veränderungen in der Subventionierung von Grundnahrungsmitteln vor? Ist Arbeitslosigkeit etwas völlig Normales in einer modernen Gesellschaft und daher zu akzeptieren? Wie stellen sie sich den Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten vor? Wie denken sie über die Rolle der Frau in der Gesellschaft?

Diese und weitere gegenwärtig heiß diskutierte und umstrittenen Fragen standen im Mittelpunkt einer Meinungsumfrage, die das Institut für sozialwissenschaftliche Forschung Ende Februar 1990 durchführte. Dazu wurden in einer Repräsentativerhebung 1100 erwachsene DDR-Bürger befragt. Die Umfrage zielte darauf herauszufinden, wie die Bevölkerung des Landes insgesamt und auch verschiedene soziale Gruppen tatsächlich über grundlegende Veränderungen denken. Zugleich bieten sich damit für die Bürger Möglichkeiten, ihre Meinung öffentlich zur Geltung zu bringen und in politische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen.

Volkseigentum erhalten

Volkseigentum sollte als dominierende Form in der Wirtschaft bestehen bleiben, meinten 68 Prozent der Befragten. Das schließt für sie nicht aus, daß andere Eigentumsformen neu bzw. weiter aufgebaut, gefördert und entwickelt werden, um effizienter zu wirtschaften. So unterstützen drei Viertel der von uns Befragten, daß staatlicherseits Möglichkeiten auch zur Privatisierung volkseigener Betriebe und Kombinate geschaffen werden. Ebenso viele sprechen sich zugleich dafür aus, daß private Betriebe in ihrer Größenordnung nicht über Klein- und Mittelbetriebe hinausgehen sollten.

Kommunales und genossenschaftliches Eigentum an Wohnungen sollte weiter durch staatliche Subventionen gestützt und vor dem Zugriff privater Vermieter bewahrt werden. Dieser Forderung stimmen über 60 Prozent der

Befragten in vollem Umfang zu. Nur 14 Prozent sprechen sich dagegen aus. Fast 70 Prozent sind dafür, Wohnungen nicht zum Spielball privatwirtschaftlicher Interessen zu machen. Damit bestätigt sich, daß die Sicherung des Rechts auf Wohnen, Mieterschutz und erschwingliche Mieten in den Wertvorstellungen vieler DDR-Bürger an Bedeutung gewonnen haben. Zugleich werden sehr differenzierte Bedürfnisse und Interessenlagen deutlich. So hätte gut jeder Zweite nichts dagegen, wenn die jeweiligen Mieter ihre Wohnung als Eigentumswohnung erwerben könnten.

Subventionen streichen?

In bezug auf Veränderungen in der Subventionspolitik bei Grundnahrungsmitteln dominiert folgende Position: 90 % unterstützen die Meinung, daß Subventionen bei Grundnahrungsmitteln erst dann gestrichen werden dürfen, wenn ein Ausgleich bei bestimmten Personengruppen (z.B. Rentnern, Studenten, Werktätigen mit niedrigem Einkommen) gezahlt wird. Zugleich spricht sich annähernd ein Drittel dafür aus, Subventionen bei Grundnahrungsmitteln in nächster Zeit überhaupt nicht abzubauen.

Angesichts sich bereits abzeichnender Arbeitslosigkeit fordern 71 % der Befragten, daß die Regierung die Festlegungen im Arbeitsgesetzbuch durchsetzt, wonach Werktätige erst entlassen werden dürfen, wenn sie eine zumutbare andere Arbeit abgelehnt haben. Über 80 % sind bereit, sich finanziell an einer Arbeitslosenversicherung zu beteiligen. Immerhin 44 % der Befragten haben nach wie vor die Hoffnung auf eine Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit. Sie lehnen Arbeitslosigkeit als inhuman ab. Ihrer Auffassung nach sollte Arbeitslosigkeit prinzipiell nicht zugelassen werden. Sie erwarten deshalb ökonomisch und sozial fundierte Angebote zur Bewältigung von Strukturveränderungen in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, um der Entstehung einer Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Gegen schnellen „Anschluß“

Brisant und von besonderem politischen Interesse sind in der gegenwärtigen Situation vor dem Hintergrund internationaler und deutsch-deutscher Debatten die Meinungen zum Vereinigungspro-

zeß der beiden deutschen Staaten. In der Umfrage vertreten 46 Prozent der Befragten die Position, daß der Prozeß des Zusammenwachsens von DDR und BRD schneller als der europäische Einigungsprozeß verlaufen sollte, dabei jedoch beide Staaten den Prozeß ihrer Vereinigung gleichberechtigt gestalten müssen.

41 Prozent befürworten eine zeitliche Parallelität des deutschen und europäischen Einigungsprozesses. Lediglich 11 Prozent sprechen sich für eine unverzügliche Angliederung der DDR an die BRD aus. Die Umfrage verdeutlicht zugleich, daß gerade zur Gestaltung des

Vereinigungsprozesses verschiedene soziale Gruppen, Altersgruppen und auch die Geschlechter voneinander abweichende, eigene Sichtweisen und Positionen entwickeln.

Frauen urteilen kritischer

Frauen befürworten stärker die Parallelität des deutschen und europäischen Einigungsprozesses. Sie sind im Vergleich zu Männern auch in geringerem Maße für eine unverzügliche Angliederung der DDR an die BRD. Offensichtlich schätzen Frauen die sozialen Konsequenzen einer schnellen Vereinigung nüchterner ein. (. . .)

Endgültiges amtliches Endergebnis der DDR-Volkskammerwahl am 18. März 1990

| Wahlberechtigte 12 426 443 Wahlbeteiligung 11 604 418 (93,39%) Gültige Stimmen 11 541 155 | | | | |
|---|---|-----------|-------|---------|
| Liste | | Stimmen | in % | Mandate |
| VL | Aktionsbündnis Vereinigte Linke, Die Nelken | 20342 | 0,18 | 1 |
| AJL | Alternative Jugendliste, DJP-GJ-MJV-FDJ | 14616 | 0,13 | — |
| NF-DJ-IFM | Bündnis '90: Neues Forum, Demokratie Jetzt | | | |
| | Initiative Freiheit und Menschenrecht | 336074 | 2,90 | 12 |
| DFP-LDP-FDP | Bund Freier Demokraten, Die Liberalen | 608935 | 5,28 | 21 |
| BSA | Bund Sozialistischer Arbeiter, Deutsche | | | |
| | Sektion der 4. Internationale | 386 | 0,0 | — |
| CDU | Christliche Demokratische Union Deutschlands | 4 710 598 | 40,59 | 163 |
| Christl. Liga | Christliche Liga | 10691 | 0,09 | — |
| DBD | Demokratische Bauernpartei Deutschlands | 251 226 | 2,17 | 9 |
| DA | Demokratischer Aufbruch — sozial + ökologisch | 106 146 | 0,93 | 4 |
| DFD | Demokratischer Frauenbund Deutschlands | 38 192 | 0,33 | 1 |
| DBU | Deutsche Biertrinker Union | 2 534 | 0,02 | — |
| DSU | Deutsche Soziale Union | 727 730 | 6,27 | 25 |
| Einheit jetzt | Einheit jetzt | 2 396 | 0,02 | — |
| EFP | Europäische Föderalistische Partei, Europa Partei | 3 636 | 0,03 | — |
| Eu der DDR | Europa-Union der DDR (nicht angetreten) | 0 | 0,00 | — |
| Grüne/UFV | Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband | 226 932 | 1,96 | 8 |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands | 8 819 | 0,08 | — |
| NDPD | National-Demokratische Partei Deutschlands | 44 292 | 0,38 | 2 |
| PDS | Partei des Demokratischen Sozialismus | 1 892 381 | 16,32 | 66 |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands | 2 525 534 | 21,76 | 88 |
| SpAD | Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands | 2 417 | 0,02 | — |
| USPD | Unabhängige Sozialdemokratische Partei Dtschlds | 3 891 | 0,03 | — |
| UVP | Unabhängige Volkspartei | 3 007 | 0,03 | — |
| VAA | Vereinigung der Arbeitskreise für für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie | 380 | 0,00 | — |

Die Kommunen brauchen jetzt versierte Geschäftsleute

aus: „Neues Deutschland“, 20. März 1990

Grundanliegen der Verwaltungsreform ist die durchgreifende Demokratisierung des Staats- und Wirtschaftsapparates und die Erhöhung seiner fachlichen Kompetenz und Wirksamkeit. Dazu gehört, Leitung und Verwaltung auf allen Ebenen so umzugestalten, daß die Bürgerinteressen im Mittelpunkt ihres Handelns stehen, die Rechtsnormen konsequent zu verwirklichen und überflüssigen Verwaltungsaufwand zu beseitigen. Diese Auffassung vertritt die vom Kabinett Modrow berufene Regierungskommission. Sie hat in der Bevölkerung viel Unterstützung gefunden. Davon zeugen die 1700 Zuschriften mit Vorschlägen und Hinweisen.

Wichtigster Gegenstand der Beratungen wie auch der ersten Maßnahmen war die Stärkung der Kommunen. Das hängt damit zusammen, daß auf dieser Ebene die engste Begegnung zwischen Bürgern und Verwaltung stattfindet, daß hier entscheidende Alltagsprobleme der Bürger zu bewältigen sind, ihre unmittelbare Umwelt gestaltet wird. Demgemäß spielt in dem am 1. Februar beschlossenen Konzept der Verwaltungsreform die Selbstverwaltung der

Kommunen die zentrale Rolle. Das erscheint logisch als Weg aus der früheren übermäßigen Zentralisierung: Viel Kompetenz in die unmittelbare Entscheidungsgewalt der Basis. Was dort nicht gelöst werden kann oder ortsübergreifend ist, ist Arbeitsgebiet der höheren Ebenen. Das heißt natürlich unter anderem personelle Stärkung des kommunalen Bereichs auf Kosten der Kreise, Bezirke bzw. Länder.

Kommunale Selbstverwaltung braucht natürlich finanzielle und wirtschaftliche Grundlagen, sonst bleibt sie eine Illusion. Bisher kam durchschnittlich nur ein Zehntel des Haushaltsvolumens der Städte und Gemeinden aus eigenen Einnahmen. Das beginnt sich bereits zu verändern. Seit Anfang März fließen u.a. Anteile aus Steuern von PGH, von Privatbetrieben und Gewerbetreibenden in Höhe von insgesamt zwei Milliarden Mark in die kommunalen Kassen. Auch Kredite können die Kommunen jetzt aufnehmen. Diese Möglichkeit wird jedoch offensichtlich erst vorsichtig genutzt — einmal, weil sie ungewohnt ist, aber auch, weil Verzinsung und Tilgung zu bedenken sind.

Weiteres, vor allem in der Preisbildung auf den Gebieten der Kultur, des Sports und des Erholungswesens, ist vorgesehen. Das sind Schritte zur notwendigen kommunalen Finanzhoheit, deren Grundlage die jetzt übergebene unbestrittene Verfügungsgewalt über die Finanzen ist. Die in der Kommandowirtschaft übliche von oben festgelegte Zweckbindung war ja eine De-facto-Entmachtung der Städte und Gemeinden.

Zur kommunalen Selbstverwaltung gehört weiter die Stärkung der kommunalen Wirtschaftsbereiche. Diese sollte so erfolgen, daß die für das Funktionieren des Alltags tätigen volkseigenen Betriebe den Kommunen zugeordnet werden. Nur jede zweite Kreisstadt hat bisher einen eigenen Wohnungswirtschaftsbetrieb, jede vierte eine eigene Stadtverwaltung, jede zehnte einen eigenen Baubetrieb. Mit solchen Größen läßt sich kein kommunales Leben gestalten. Es geht also darum, selbständige leistungsfähige kommunale Betriebe zu schaffen, die nicht vom Rat geleitet werden, sondern nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten. Die Rechtsform des kommunalen Eigen-

tums müßte zu diesem Zweck bald geschaffen werden. Das neue Gewerbesetzbuch gibt der privaten Initiative freien Raum. Es kommt für die Räte künftig darauf an, durch eine aktive Gewerbepolitik solche Betriebe anzusiedeln, die den Bedürfnissen der Bürger entgegenkommen, also auch gute Einnahmen erzielen und damit das Steueraufkommen der Kommunen erhöhen. Ähnliches gilt für die Industrie: Die Stadt, die die besten Ansiedlungsbedingungen hat, wird den Zuschlag erhalten, was auf die kommunalen Einnahmen zurückwirken wird. Viele kleinere Orte werden sich keine eigene Kommunalwirtschaft leisten können. Für sie steht der Weg des Zweckverbandes oder kommunaler Gemeinschaftsunternehmen etwa in Form der GmbH offen.

Die jetzt tätigen und die am 6. Mai gewählten Volksvertretungen, ihre Räte und Bürgermeister werden also in vielem neu denken müssen. Sie müssen vielseitige Geschäftsleute werden. So jedenfalls Dr. Peter Moreth, als stellvertretender Regierungschef verantwortlich für die örtlichen Organe. Er dürfte recht behalten.

Außer Rand, Band und Gesetz

Da Infas im Auftrag der DDR mit der sozialstatistischen Auswertung der Wahlen zur Volkskammer der DDR befaßt war, geriet die Auswertungsdiskussion unauffällig, aber definitiv in die Fänge der Politik und der Medien der BRD. Da wird das Wahlergebnis nun als Spielball herumgetreten. Jede Mäßigung der politischen Spekulation fällt weg, weil politische Erfahrung und Praxis des BRD-Publikums keine Rolle spielen. Die Annahmen über das Wahlverhalten der Bürger der DDR dienen als politisches Rauschmittel und speisen hochfahrende Träume, Hoffnungen, Spekulationen. Die Wahlen sollen bewiesen haben, daß die Bevölkerung der DDR die Eingliederung der DDR in die BRD wünscht. Wie gewagt die Konstruktionen sind, aufgrund deren so gefolgert wird, bleibt unbemerkt. Ziemlich frech werden vor kurzem noch fladenbreit getretene Tatbestände der DDR-Politik medienweit untergepflügt.

Wer erinnert sich noch an die verhaßten, in der Bevölkerung chancenlosen „Blockflöten“? Es hat sich dabei um die damalige SED und jetzige PDS, die CDU, die NDPD, die Bauernpartei, die LDP gehandelt. Wenn es auch innerhalb dieser Parteien erhebliche Verschiebungen gegeben hat, so steht doch unbestritten fest, daß sie in einer sozialen und personellen Kontinuität stehen. Ihre Mitglieder und Funktionäre sind Funktionsträger der DDR-Gesellschaft gewesen und geblieben. Wir dürfen deswegen schon zusammenzählen, wieviel Stimmen diese Parteien erhielten und wie viel oder wenig hingegen die offenkundigen West-Implantate. Aus dem alten Block entsprossen ca. zwei Drittel der Volkskammermandate, die offensichtlich Implantate SPD und DSU blieben erheblich unter einem Drittel. Die Funktionäre und Repräsentanten der alten Blockparteien haben ihre sozialen Wurzeln in der DDR. Sie hängen in ihrer Existenz wesentlich von politischen Prozessen in der Bevölkerung der DDR ab. Die Funktionäre und Repräsentanten der implantierten Parteien hängen bislang in ihrer Existenz von der Politik der BRD ab. Sie konnten sich als Sprecher der DDR-Bevölkerung nicht ausweisen.

Dieser Tatbestand löste in der Wahlinterpretation durch die BRD Überraschung aus, Überraschung wegen des unerwartet hohen Abschneidens der PDS absolut und relativ zur SPD, Überraschung wegen des hohen Abschneidens der CDU, absolut und relativ zu den anderen Parteien der Allianz für Deutschland. Aber diese Überraschungen wurden in den Hintergrund geschoben durch die Zauberformel: Mehrheit für Deutschland. Die politische Qualität dieser Mehrheit wird nicht untersucht, sondern unterschoben. Diese Qualität läßt sich aus der Politik der BRD bis zu einem gewissen Grade rückschließen. Es mehren sich die Stimmen, die die Volkskammer nicht als politische Vertretung der Bevölkerung anerkennen, sondern Zweifel hegen und säen: Ob es sich nicht um eine Versammlung alter Spitzel handle, die gesäubert werden müsse? Ob nicht die Verfassung der DDR durch den Umsturz erledigt sei und folglich die einzige Ordnung, die zur Geltung gebracht werden könne, die Ordnung der BRD sei? Die Destabilisierungspolitik der BRD geht weiter, man ist mit dem Wahlergebnis eben nicht zufrieden, weil es — so paradox das klingen mag — die DDR festigt. Es stellt die bestehenden Verhältnisse der DDR als Ausgangspunkt von Veränderungen klar. Das war ungefähr das letzte, was sich H. Kohl von demokratischen Wahlen erhoffte.

Ist der Widerstand, den diese Wahlen ausweisen, eine abebbende Bewegung, ein letztes Aufbäumen aus früherer Zeit? Das wird sich herausstellen.

Erstens im Zuge der Diskussion um Änderung einzelner Verfassungsbestimmungen bzw. der ganzen Verfassung, die die Volkskammer führen muß. In dieser Diskussion werden die politischen und sozialen Werte, die von der DDR-Bevölkerung gesehen werden und die in der BRD weithin verfassungsfeindlich wären, eine Rolle spielen.

Zweitens im Zuge des Kommunalwahlkampfes, in dem sich die politischen Änderungswünsche der Bevölkerung konkretisieren können und die Parteien sich diesen Wünschen stellen müssen.

Drittens aber auch in den Auseinandersetzungen in der BRD, wo der große, friedfertige Teil der Bevölkerung die völkerrechtswidrigen und gesetzeslosen Umtriebe der Staatsträger stoppen muß. Um in der DDR Insider-Hilfe für den Raub zu kaufen, hat, wie es aussieht (siehe S. 2), der Finanzminister schon gestohlen.

Internationale Umschau



Am 21. März wurde die erste Regierung des unabhängigen Namibia von der Verfassungsgebenden Versammlung vereidigt. In vielen Kundgebungen feierten die Namibier die in einem langwierigen Befreiungskampf errungene Unabhängigkeit. Der südafrikanische Generaladministrator trat ab. Die Regierung hat auf der Stelle begonnen, Teile der früheren Befreiungsarmee der SWAPO mit den Resten der von Südafrika aufgebauten südwestafrikanischen Armee zu verschmelzen und so eine eigene Armee zu bilden. Die enge wirtschaftliche Bindung an Südafrika wird jedoch noch längere Zeit bestehen bleiben: Für mindestens zwei Jahre wird Namibia noch die südafrikanische Währung behalten. Namibia will sofort in die Wirtschaftsgemeinschaft SADCC eintreten, die die nichtkolonialen Staaten des südlichen Afrika gebildet haben, um ihre Abhängigkeit von Südafrika zu beenden. — (uld)

Sharpeville-Gedenken in Südafrika/Azania

Hunderttausende Azanier beteiligten sich am 21. März an den Veranstaltungen zum Gedenken an die Massaker, die die rassistischen Siedler 1960 in Sharpeville, Langa und anderen Orten angerichtet haben. Die Gewerkschaftsverbände NACTU und COSATU hatten aufgerufen, der Arbeit fernzubleiben. Sie fordern in allen Verhandlungen mit den Kapitalisten, daß der 21. März ein bezahlter Feiertag wird. Insbesondere in Natal und im Bergbaugbiet Witwatersrand organisierten die Arbeiter Kundgebungen gegen die andauernde Unterdrückung durch das Siedlerregime und blieben fast vollständig der Arbeit fern. In Sharpeville führte u.a. die Pan Africanist Massmovement eine Kundgebung durch, an der sich Tausende beteiligten. — (uld)

Belgien: Proteste gegen Kostensenkungsprogramm

2500 Beschäftigte von psychiatrischen Einrichtungen, das sind ein Viertel aller Beschäftigten, protestierten am 9. März in der belgischen Hauptstadt Brüssel gegen neue Kostensenkungsprogramme der Regierung. Diese will eine höhere Eigenbeteiligung der Kranken und weitere Personalverringerungen durchsetzen. In den nächsten Wochen wollen sich die Beschäftigten um eine Ausweitung der Aktionen auf Siechenheime, Altersheime und andere Krankenhäuser bemühen, in denen die Regierung ähnliche Kostensenkungen vorhaben verfolgt. — (rül)

Oslo: Für Mindeststandard an Dienstleistungen

40000 kommunale Beschäftigte Oslos beteiligten sich am 20. März an einem Zwölf-Stunden-Streik und legten damit das gesamte öffentliche Leben lahm. Neben den 25000 Mitgliedern des Gemeindeverbandes, von dem die Initiative dazu ausging, unterstützten den Streik zahlreiche Gewerkschaften, wie die der Lehrer, Psychologen, Sozialarbeiter, Erzieherinnen, Kranken- und Altenpfleger sowie der städtischen Müllarbeiter. In einer Erklärung des Kommunalverbandes zum Streikziel heißt es, daß heutzutage ein tiefes Mißtrauen zwischen der Bevölkerung Oslos und der politischen Führung herrsche. Korruption in der Verwaltung und Mißwirtschaft werden kritisiert. So werden kommunale Grundstücke zu Schleuderpreisen verkauft, gleichzeitig wird in allen Sozialbereichen, die der Bevölkerung zugute kommen, zusammengestrichen. Nicht ein einziger Bereich ist von den Sparmaßnahmen ausgeschlossen. Ein Beispiel: In Oslo stiegen 1989 die Kindergartenbeiträge um 55,7%. Der Gemeindeverband fordert eine neue Politik, die der Bevölkerung einen Mindeststandard an Rechten und Dienstleistungen sichert. Schon eine Woche später, am 28. März, wird eine Demonstration, die bereits früher von Verbänden und Gewerkschaften vorbereitet wurde, zum gleichen Thema stattfinden. — (ccs)

Florenz: Großkundgebung gegen Rassismus

Etwa 40000, vor allem jüngere Leute aus allen Gegenden Italiens, demonstrierten am 22.3., einem Donnerstag, gegen rassistische Entwicklungen. Zu der Aktion aufgerufen hatten Vereinigungen der Einwanderer, ursprünglich noch vor den pogromähnlichen Vorfällen der vergangenen Wochen in Florenz. Dort hatten am 20.2. unter der Führung von Fabrikanten und Handelsverband etwa 4000 Leute in biederer Mannischer Maske als „wehrlose Bürger“ gegen die farbigen Einwanderer demonstriert, die sich häufig als Straßenverkäufer über Wasser zu halten versuchen. Eine Woche später, am Karnevalsdienstag, waren dann Vermummte durch die Stadt gezogen, hatten auf Farbige eingeschlagen und einige schwer verletzt. Auch danach kam es fast täglich zu gewaltsamen Angriffen, und das nicht nur in Florenz. Verschiedentlich griffen Unternehmer gegen farbige Beschäftigte zum Faustrecht. In Florenz ließ der Bürgermeister Morales, Mitglied der Sozialistischen Partei, — anstatt die Angegriffenen zu schützen — die Stadt von Hunderten von Polizisten und Carabinieri in den Belagerungszustand versetzen, um die afrikanischen Straßenverkäufer aus dem Zentrum zu vertreiben und zu provozieren, um sie mit allen Gewaltmitteln überziehen zu können. Sein Vorgehen wie auch die Politik der Behörden anderer Städte stützen sich auf die repressiven Aspekte des Gesetzes über die Einwanderung, das Ende Februar im Parlament durch Umwandlung eines entsprechenden Regierungsdekrets verabschiedet wurde. Morales mußte nach dem Hungerstreik von über 100 Senegalesen und nach einem Mißtrauensvotum der in Florenz an der Stadtverwaltung beteiligten PCI zurücktreten. Quellenhinweis: L'Unità, verschiedene Ausgaben — (rok)



Zu schweren Ausschreitungen durch Anhänger der rumänisch-nationalistischen Organisation „Vatra romanesca“ (deutsch etwa: „Rumänischer Herd“) ist es am 20. März in der rumänischen Stadt Tirgu Mures gekommen (Bild). Dabei wurden mehrere Ungarn mit Latten und Eisenstangen erschlagen. Nach offiziellen Angaben sollen sechs Menschen getötet und etwa 300 verletzt worden sein. Ausgangspunkt war ein Streik ungarischsprechender Medizinstudenten für Hochschulunterricht in Ungarisch. Anhänger der „Vatra romanesca“ lehnen dies als „separatistisch“ ab. Nach den Unruhen forderten ungarische Politiker eine gewaltsame Revision der nach dem zweiten Weltkrieg durch einen Friedensvertrag von der Anti-Hitler-Koalition festgelegten Grenze zwischen beiden Staaten zugunsten Ungarns. — (rül)

UdSSR-Litauen: Zunehmende Spannungen

Die Spannungen zwischen der sowjetischen Regierung und der Regierung der zur UdSSR gehörenden Republik Litauen haben sich weiter verschärft. Noch in dieser Woche will die Regierung der Republik mit dem Aufbau eigener Zollstationen entlang der Grenzen der Republik beginnen. Außerdem hat sie zur Bildung einer „Volksmiliz“ aufgerufen. Der angebliche Vertreter „Litauens“ in den USA, der dort seit Ende der dreißiger Jahre residiert, wurde von der Mehrheit des litauischen Parlaments angewiesen, im Falle einer Verhaftung der litauischen Regierung deren Funktionen zu übernehmen. Gleichzeitig faßte das litauische Parlament einen Beschluß, der die Tätigkeit sogenannter „gesellschaftlicher Organisationen“ in den öffentlichen Diensten der Republik untersagen soll. Damit soll faktisch die freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in den öffentlichen Diensten der Republik verboten werden. Die sowjetische Regierung in Moskau hat Truppen des KGB an die litauischen Grenzen beordert, um die dortigen Grenzschießanlagen gegen Übergriffe zu schützen. Außerdem ordnete sie an, daß alle Litauer bis zum 15. April sämtliche Jagdwaffen abzugeben hätten. Der Verkauf sämtlicher Feuerwaffen in Litauen wurde vorübergehend verboten. Die in Litauen gebildete paramilitärische sogenannte „Gesellschaft zur Unterstützung von Armee, Luftwaffe und Flotte“ wurde angewiesen, alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen abzugeben. Ausdrücklich wurde die Regierung der Republik vor der Einrichtung eigener Zollämter, einer eigenen Währung und der Übernahme sowjetischer Betriebe gewarnt. Sowjetische Zeitungen beschuldigten mehrere heutige Exponenten der „Sajudis“, während des zweiten Weltkriegs mit der faschistischen deutschen Besatzungsmacht zusammengearbeitet zu haben. Die schwedische Regierung hat ihre Truppen teilweise in Alarmbereitschaft versetzt. Die litauische Regierung weigert sich, etwa 300 litauische Soldaten, die in den letzten Wochen aus der sowjetischen Armee desertiert waren, auszuliefern. Die USA warnten die sowjetische Regierung wiederholt vor „Gewaltanwendung“ in Litauen, ohne aber die Republik förmlich anzuerkennen. Neue Zürcher Zeitung, 23.3. bis 26.3. — (rül)

Argentinien: Demonstration gegen Privatisierungspläne

60000 bis 100000 Menschen demonstrierten am 22. März in Buenos Aires gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Zu der Aktion hatte der Gewerkschaftsbund aufgerufen. Dessen Vorsitzender Ubaldini erklärte: „Heute beginnt der erste Schritt im Kampf gegen die Privatisierung und die sogenannte Umstrukturierung des Staates.“ An dem Protestmarsch, der sich gegen die von den imperialistischen Gläubigern diktierte Wirtschaftspolitik der Regierung richtete, beteiligten sich insbesondere Beschäftigte der Telefon- und Eisenbahngesellschaft, Lehrer, Dozenten und Beschäftigte der argentinischen Fluglinie. — (rül)

Kashmirkonflikt erneut entbrannt

Kashmirgebiet Spielball von USA, Pakistan und Indien?

Mehrere Demonstranten starben bei Zusammenstößen mit der bewaffneten indischen Sicherheitspolizei Anfang Februar 1990 in Srinagar, der Hauptstadt des indischen Unionsstaates Jammu, und Kashmir (ca. 6 Mio. Einwohner). Außerdem eröffneten indische Truppen am 4. Februar das Feuer auf eine größere Gruppe von Demonstranten, die von pakistanischer Seite über die Grenze wechselten. Die Demonstrationen der letzten Zeit sind Ausdruck einer tiefen Unzufriedenheit der Kashmiris, zum überwiegenden Teil Moslems, mit der Politik der indischen Zentralregierung gegenüber dem Kashmir. Die Forderungen richten sich auf mehr Autonomierechte, es gibt aber auch eine bewaffnete Gruppe, die einen unabhängigen Staat Khalistan errichten will. Sie werfen dem Regierungschef Farooq Abdullah Nachgiebigkeit gegenüber der indischen Zentralregierung vor und entführten Anfang des Jahres die Tochter des Unionsinnenministers. Daraus konstruieren die bewaffneten Sicherheitskräfte stets den Vorwand für brutale Übergriffe.

Zum anderen werden die Widersprüche von Seiten Pakistans angeheizt. So sprach die pakistanische Ministerpräsidentin Benazir Bhutto am 25.1. davon, daß „in der Stunde der Not uns das Volk von Jammu und Kashmir an seiner Seite finden“ wird. Die US-Imperialisten forderten die indische Regierung

über eine Sprecherin des State Departments ultimativ auf, den Gebrauch scharfer Waffen gegenüber Demonstranten zu unterbinden.

1966 kam es zu bewaffneten Konflikten mit Pakistan und ebenso 1971. Jedemal wurde der Status quo wiederhergestellt. 1962 wiederum wurde im Norden (Ladakh) zwischen Indien und China ein bewaffneter Konflikt ausgetragen, nach dem Indien einen Teil abtreten mußte.

In einer indischen Publikation (Frontier, 10.3.1990) wird die Ansicht geäußert, daß „Pakistan die strategische Hauptbasis der USA in Südasien unabhängig vom sowjetischen Rückzug aus Afghanistan (bleibt) ... es ist nur logisch, daß Pakistan sich eine andere Front eröffnet, in der Hoffnung, den Westen daran zu erinnern, daß Pakistans Bedeutung für die Sicherung der US-Interessen in der Region weiterbesteht.“ In der „hinduistischen“ indischen Presse wird hartes Durchgreifen gefordert.

Es bleibt die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes zwischen Indien und Pakistan bestehen. Die Kashmiris haben ein Recht auf eine weitgehende Autonomie. Da die Interessen der Konfliktparteien dem entgegenstehen, sind die Aussichten denkbar schlecht.

Quellenhinweis: Ec. and Pol. Weekly, 10.2.1990; Frontier, 10.2.1990; Hindustan Times, 5.2.1990 — (cog)

Aus Osteuropa ins Gelobte Land

Neue Spannungen durch israelische Einwanderungspolitik

Steigende Inflation und sinkender Lebensstandard sowie der seit über zwei Jahren andauernde Volksaufstand des palästinensischen Volkes haben in den letzten Jahren viele Israelis zur Auswanderung veranlaßt. Die zionistischen Versuche, mehr Juden aus Osteuropa zur Einwanderung nach Palästina zu bewegen, hatten wenig Erfolg. Kaum 5 % der jüdischen Auswanderer aus der UdSSR waren in den letzten Jahren bereit, sich im zionistischen Staat niederzulassen; die meisten von ihnen wollten nach Westeuropa oder in die USA. Im Dezember 1989 berichtete die „Sunday Times“, daß die israelische Regierung sich bereit erklärt habe, Äthiopien Waffen zur Bekämpfung der Befreiungsbewegungen von Eritrea und Tigre zu liefern, wenn die äthiopische Regierung dafür äthiopische Juden nach Israel schicke.

Ende 1989 hat der zionistische Staat mit mehreren osteuropäischen Regierungen Vereinbarungen über den Direkttransfer von ausreisewilligen Juden nach Israel getroffen. Gleichzeitig haben die USA einen Einwanderungsstopp für Juden aus der UdSSR erlassen. Seit dem 1. Januar dieses Jahres

fliegt die israelische Fluggesellschaft El-Al täglich bis zu 500 sowjetische Juden direkt nach Tel Aviv. Ministerpräsident Schamir sprach schon vom „Lebensraum“, den die Einwanderer „in einem großen Israel“ bräuchten. Wegen der zu erwartenden Masseneinwanderung könne man nicht auf die 1967 besetzten Gebiete verzichten. Die Zionisten erwarten in den nächsten Jahren bis zu 750000 Juden aus Osteuropa, die auch in der Westbank und dem Gazastreifen angesiedelt werden sollen.

Scharf angegriffen wurde der österreichische Außenminister von zionistischen Organisationen, nachdem er erklärt hatte, daß Österreich bereit sei, seine traditionelle Rolle als Transitland für emigrierende Sowjetjuden wieder einzunehmen. Österreich lasse sich dabei von humanitären Erwägungen und vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser leiten. Die zionistische Reaktion auf diese Initiative macht deutlich, daß jüdische Auswanderer aus Osteuropa wieder direkt nach Palästina umgelenkt werden sollen, um als „Menschennmaterial“ zur Unterdrückung und Vertreibung des palästinensischen Volkes eingesetzt zu werden. — (hch)

Noch viele politische Gefangene

Südafrikas Rassisten halten die Gefängnisse geschlossen

Mit der Freilassung von Nelson Mandela kündigte der rassistische Staatspräsident Südafrikas, F. W. de Klerk, an, daß auch die anderen politischen Gefangenen freigelassen werden sollten. Das Regime behauptet, es seien 77 Gefangene. Tatsächlich geht die Zahl der Befreiungskämpfer, die im Gefängnis sitzen, in die Tausende. Allein von Juli 1989 bis heute sind mehr als 700 Befreiungskämpferinnen und Befreiungskämpfer zu Haftstrafen verurteilt worden, darunter die Sechs von Sharpeville, deren Todesurteile in langjährige Gefängnisstrafen umgewandelt wurden. Noch immer droht den 86 Frauen und Männern die Hinrichtung, die seit 1986 wegen Teilnahme am Befreiungskampf zum Tode verurteilt worden sind.

Doch selbst die Freilassung der 77 Gefangenen, die de Klerk angekündigt hatte, führte das Regime nicht wie versprochen durch. Erst ein mehr als zwei Wochen dauernder Hungerstreik von 350 Gefangenen auf der Gefängnisinsel Robben Island konnte erzwingen, daß die 77 jetzt nach und nach entlassen werden. Ihre Entlassung aus der Haft bedeutet in vielen Fällen nicht einmal eine Verkürzung ihrer Strafe. An Bushy Maape, Norman Yengeni, Edie Khulamo, Vaysile Edward Mbundu, Mohali

Lazarus Mmolodi und Nelso Qobeka vollzog die Justiz die Haftstrafen, verhängt wegen Unterstützung der Ziele des ANC, nahezu bis zum Ende, sie wurden nur wenige Tage vor Vollendung der Gesamtstrafe entlassen. Bei mehr als 20 der Freigelassenen ist die Situation ähnlich: Sie hätten, wenn sich die rassistische Justiz an ihre eigenen Urteile halten würde, in den nächsten Monaten freigelassen werden müssen.

Dennoch ist die Freilassung dieser 77 Gefangenen ein Erfolg, denn oft genug sind Befreiungskämpfer nicht freigelassen worden, weil nach Ende der Gerichtsstrafe weitere Urteile wegen Widerstands im Gefängnis oder Internierung folgten. Edward Maape, einer der Freigelassenen, erklärte: „Wir freuen uns über unsere Entlassung, denken aber mit Trauer an die Zurückgebliebenen ... Wir kommen jetzt in eine Situation, die ähnlich der ist im Jahre 1960 (d.h. die Befreiungsorganisationen ANC und PAC waren noch legal, aber die Macht lag wie heute in der Hand der Rassisten, d. Red.) ... Nur haben in der Zwischenzeit Tausende ihr Leben lassen müssen.“

Quellenhinweis: Zimbabwe Herald, 26.2.90, Independent, 27.2.90; Angehörigen-Info, Nr. 36 — (uld)



Protestaktion in der kurdischen Stadt Cizre am 19. März. 15 000 bis 20 000 von 30 000 Einwohnern demonstrierten an diesem Tag gegen die türkische Kolonialmacht und setzten Gebäude der Kolonialmacht in Brand.

Nusaybin, Cizre: Aufstände im türkisch besetzten Kurdistan

ERNK: „Der Volksaufstand in Nusaybin ist eine Wende, denn der Befreiungskampf wird nicht mehr nur in den Bergen, sondern mit den Bewohnern der Städte geführt.“

10 000 Menschen demonstrierten am 14. März in der kurdischen Stadt Nusaybin (60 000 Einwohner) an der türkisch-syrischen Grenze gegen die türkische Kolonialmacht. Wenige Tage später breitete sich der Widerstand auf andere kurdische Städte, ins-

besondere auf die 30 000 Einwohner zählende Stadt Cizre in der Provinz Mardin aus. Am 19. März demonstrierten hier 15 000 bis 20 000 Menschen gegen die Kolonialmacht und setzten Gebäude der Kolonialverwaltung in Brand. Am 23. März demonstrierten

erneut 15 000 Menschen in Cizre. Völlig unerwartet für die türkische Kolonialmacht hat sich so der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes auf Initiative der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK vom Land in die Städte ausgeweitet.

Aufstand in Nusaybin

Am 12. März war es in der Nähe der Provinzstadt Savur in der Provinz Mardin zu einem Gefecht zwischen türkischen Armee-Einheiten und einer Guerillaeinheit der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) gekommen. Die ARGK-Kämpfer hatten sich in einem Haus am Rande eines Dorfes verschanzt. Nach einem zweistündigen Gefecht hatten türkische Streitkräfte das Haus mit Granaten angegriffen und es dem Erdboden gleichgemacht. Dabei fielen 13 ARGK-Kämpfer.

Unter den Gefallenen befand sich auch der ARGK-Kommandant Abdullah Avci. Die türkischen Behörden gaben ihre eigenen Verluste nicht bekannt. Nach Informationen, die wir bekommen haben, sind etwa 35 türkische Soldaten bei diesem Gefecht getötet worden.

Die Nachricht von diesem Zusammenstoß verbreitete sich rasch in diesem Gebiet. Sieben der Gefallenen stammen aus der Stadt Nusaybin, darunter auch Kamuram Dünder. Dünder ist in der Stadt sehr beliebt und bekannt. Sein Vater ist Mitglied des Stadtrats von Nusaybin. Dündars Leichnam wurde am Abend des 13. März seinen Eltern übergeben. Die Leichen der anderen Gefallenen wurden ihren Familien nicht übergeben.

Am Morgen des 14. März versammelten sich 10 000 Menschen zu einer Trauerfeier für die Gefallenen auf dem Friedhof. In der ganzen Stadt wurden alle Geschäfte aus Protest geschlossen, sogar die Bäckereien, in denen die Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung gefertigt werden. Auch alle Schulen, von den Grundschulen bis zu den Gymnasien, blieben geschlossen.

Nach der Trauerfeier für die Gefallenen marschierte die Bevölkerung in die Stadt und demonstrierte in Richtung auf das Regierungsgebäude. Die türkischen Armee- und Polizeikräfte hielten die Demonstration am Rande der Stadt auf und verlangten, daß sie sich sofort auflösen solle. Die Demonstranten antworteten mit Parolen. Daraufhin eröffneten die Streitkräfte auf die Demonstration das Feuer. Die Demonstranten wehrten sich mit Steinen, Ästen und anderen Wurfgeschossen. Sie errichteten Barrikaden. Binnen kurzem entwickelten sich überall in der Stadt Straßenschlachten zwischen der Bevölkerung und der türkischen Armee. Die türkische Armee griff brutal und wahllos an, auch Kinder und Frauen.

Die französische Nachrichtenagentur afp berichtet aus Nusaybin von acht Toten und etwa einhundert Verletzten auf Seiten der Demonstranten. Sechs Polizeibeamte sollen verwundet sein, ein ziviler Polizeibeamter wurde getötet. Unter den Gefallenen sind der 19-jährige Semsettin Ciftci und der 13-jährige Mehmet ...

Vier Tage nach diesen Vorfällen waren alle Geschäfte und Schulen in Nusaybin aus Protest gegen die türkische Kolonialmacht weiter geschlossen. Die Demonstrationen und Kundgebungen in der Stadt dauern an.

Am 17. März demonstrierten 500 Personen im Stadtbezirk Sakarya. Hier

griffen die Polizei und die türkischen Streitkräfte erneut brutal an. 20 Demonstranten wurden festgenommen. Die Zeitung „Milliyet“ berichtet, Hasan Oruc, einer der Demonstranten, sei durch Kugeln getötet worden. Nach Berichten vom 18. März waren zu diesem Zeitpunkt immer noch 750 Personen in Haft.

Nusaybin: Eine geteilte Stadt

Die Stadt Nusaybin liegt an der Grenze zwischen dem türkisch besetzten Teil Kurdistans und dem syrisch besetzten Teil. Die Grenze ist mit Minen, Stacheldraht und Gruben gesichert und verläuft mitten durch die Stadt. Nusaybin ist der türkisch kontrollierte Teil der Stadt und hat etwa 60 000 Einwohner. Der syrische Teil der Stadt wird Qamisli genannt und hat etwa 250 000 Einwohner. Die Bevölkerung in dieser Stadt ist patriotisch und in der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) organisiert. Nusaybin ist eine Provinzstadt der Provinz Mardin. Selbst der türkische Innenminister Aksu erklärte im August vorigen Jahres auf einer Pressekonferenz, daß die PKK ihre größte Massenunterstützung in der Provinz Mardin (800 000 Einwohner) habe.

Der Aufstand in Cizre

Die Stadtkomitees und Massenorganisationen der ERNK in Cizre hatten am 18. März alle Bewohner für Montag, den 19. März, zum Generalstreik aufgerufen. Das Volk von Cizre hatte zu diesem Zeitpunkt bereits seine Vorbereitungen getroffen und notwendige Lebensmittel gelagert. Das ganze Volk befolgte den Aufruf. Alle Geschäfte und Läden wurden geschlossen. Die Schüler boykottierten den Unterricht und gingen nicht zur Schule. Alle Bewohner verließen die Straßen und blieben zu Hause.

Der folgende Tag, der 20. März, war ein bewegter Tag. Das Volk marschierte von fünf Stadtteilen aus und griff alle staatlichen, d.h. kolonialistischen Gebäude und Institutionen an. Um 10 Uhr wurden folgende Gebäude angegriffen: — das Gebäude des Regierungspräsidenten. Der Regierungspräsident flüchtete zu einem Armeebataillon in der Nähe der Grenze; — das Büro der staatlichen Kohlewerke der Türkei (TKI); — das Gebäude der staatlichen Wasserwerke (DSI); — das Gebäude des staatlichen Wirtschafts- und Agrarinstituts; — die Polizeistation am Fluß Tigris wurde angegriffen und in Brand gesetzt; — die Zentrale der Regierungspartei ANAP; — die Wohnung und das Auto des Abgeordneten der Regierungspartei, Nurettin Yilmaz.

Zwei andere Gruppen demonstrierten vor dem Gebäude der Kommandantur der Gendarmerie-Kompanie und vor dem Gebäude des Aufklärungsbataillons.

Die ARGK-Einheiten außerhalb der Stadt kontrollierten die Straßen in die Stadt, um den Nachschub für die türkischen Streitkräfte zu verhindern.

Eine andere ARGK-Einheit blockierte gleichzeitig zehn Kilometer entfernt von der Provinzstadt Silopi die Fernverkehrsstraße E-24. Die Straße ist die Hauptverbindungsstraße zwischen Ankara und dem Mittleren Osten. Die Einheit blockierte die Straße mehrere Stunden lang, machte Propaganda und setzte acht TIR-Lastwagen, die bekannten türkischen Monopolen gehörten, in Brand. Eine weitere ARGK-Einheit griff eine Radarstation der staatlichen türkischen Post- und Fernmeldegesellschaft PTT mit Panzerfäusten an.

Zurück nach Cizre: An den Aktionen, die morgens um zehn Uhr begannen, nahmen später 15 000 bis 20 000 Menschen teil. Die Demonstrationen sammelten sich an einer Kreuzung an der Hauptstraße. Auch Bewohner aus Nachbardörfern nahmen an den Aktionen teil. Öffentlich wurden Newroz-Feuer entzündet. Alte Autoreifen wurden in Brand gesteckt, mit leeren Kanistern und Steinen wurden Barrikaden errichtet. Während der Kundgebungen wurden in kurdischer Sprache politische Reden gehalten, Parolen gerufen und Transparente aufgehängt.

Die Armee greift an

Die türkischen Soldaten, darunter die Spezialteams, feuerten mit Panzern und anderen Waffen auf die Demonstranten. Das Volk verlor den Mut nicht und erwiderte die Angriffe mit Steinen und Stöcken. Ein Demonstrant wurde von einem Panzer überrollt. Von folgenden Demonstranten, die von der Armee getötet wurden, sind die Namen bekannt: Salih Elcioglu (30 Jahre alt), Yussuf Sahin (27 Jahre), Mehmet Yilmaz (40 Jahre), Emin Gun (25 Jahre); sogar ein zehnjähriges Kind, dessen Namen wir nicht wissen, wurde getötet.

Außerdem wurden 80 Menschen verletzt, Hunderte wurden festgenommen. Nach offiziellen türkischen Erklärungen, die stark untertrieben sein dürften, sollen 149 Demonstranten festgenommen worden sein. Die Krankenhäuser, die dem türkischen Gesundheitsministerium unterstehen, haben es abgelehnt, die zivilen Verwundeten zu pflegen.

Denkmäler von Atatürk in der Stadt wurden von den Protestierenden zerstört, türkische Fahnen abgerissen. An ihrer Stelle wurden Fahnen der ERNK aufgehängt.

Unter den Demonstranten waren auffällig viele Frauen und Kinder. Türkische Zeitungen wiesen darauf extra hin.

Der Aufstand weitet sich aus

Am 20. und 21. März fanden auch in anderen Städten der Provinz Mardin zahlreiche Demonstrationen statt. In Midyat, Silopi, Idil, Gercus und Nusaybin fanden Generalstreiks statt, alle Geschäfte und Betriebe blieben geschlossen. Der Unterricht von Mittelschulen und Gymnasien wurde boykottiert. Auch in diesen Städten folgte die Bevölkerung den Aufrufen der ERNK.

In der Stadt Van begann am 20. März ein Hungerstreik, an dem hundert Personen teilnahmen. Am 21. März wurde ebenfalls in Van das Newroz-Fest öffentlich gefeiert.

Im Gefängnis von Diyarbakir traten 500 Gefangene in einen Hungerstreik.

Die Familienangehörigen begannen parallel dazu ebenfalls einen Hungerstreik im Gebäude der Sozialistischen Partei (SP).

Auch die Häftlinge in der Stadt Antep haben einen Hungerstreik begonnen.

An der Universität Dicle in Diyarbakir feierten 1 500 Studenten das Newroz-Fest. Sie zündeten ein großes Feuer an und riefen, wie türkische Zeitungen schrieben, Parolen wie: „Es lebe die PKK!“

Auch in der Universität Atatürk in der Stadt Erzurum feierten Hunderte von Studenten das Newroz-Fest gefeiert und zeigten mit ihren Aktionen ihre Solidarität mit dem Aufstand in der Provinz Mardin.

Solidarität in der Türkei

Die kurdischen und türkischen Studenten feierten am 21. März in verschiedenen Universitäten in der Türkei das Newroz-Fest mit Aktionen und erklärten ihre Solidarität mit den Aufständen in Kurdistan. Die Studenten zündeten während der Demonstrationen Newroz-Feuer an und hängten Transparente auf. Alle Aktionen fanden gleichzeitig statt und wurden gemeinsam mit türkischen Organisationen durchgeführt.

800 Studenten trugen vor der Istanbul-Universität ein großes Bild des in Savur/Mardin am 12. März gefallenen ARGK-Kommandanten Kamuran Dünder. Die Demonstranten marschierten bis zum Beyazit-Platz, einem großen Platz im Zentrum von Istanbul, und zündeten dort das Newroz-Feuer an.

Während der Demonstrationen griff die Polizei die politische und die juristische Fakultät an. Die Studenten errichteten Barrikaden.

In der Technischen Universität Istanbul demonstrierten 200 Studenten. Sie verteilten Flugblätter, sangen kurdische Aufstandslieder.

In Ankara gab es Aktionen von Studenten der juristischen und der politischen Fakultät und der Universität Hacettepe. Dabei wurden 20 Studenten festgenommen.

Die Studenten in der Ägäis-Universität der Stadt Izmir feierten das Newroz-Fest öffentlich. Hier hielt sich die Polizei zurück.

Während der Demonstration von Studenten der Anadolu-Universität in Eskişehir nahm die Polizei 13 Studenten fest.

Eine weitere Demonstration fand in der Universität Cukurova in der Stadt Adana statt. Die Demonstranten riefen Parolen wie: „Es lebe Kurdistan, es lebe Kurdistan!“ Auch im Stadtteil Bulcali demonstrierten hunderte von Demonstranten. Sie riefen: „Es lebe unser Volkswiderstand! Es lebe Newroz!“ und hängten Transparente auf.

Türkische Regierung in Panik

Die türkische Regierung hatte mit diesen Entwicklungen nicht gerechnet. Sie erwartete im Frühling vor allem Guerilla-Angriffe. Seit Wochen schrieben die türkischen Zeitungen über eventuelle Angriffe der PKK. Zur Abwehr dieser Angriffe waren die türkischen Streitkräfte fast vollständig in ländliche Gebiete abkommandiert. Stattdessen be-

gann nun der Kampf mit Massenaufständen in den Städten.

Kurz nach dem Aufstand in Cizre traf Ministerpräsident Yildirim Akbulut mit Generalstabschef Necip Torumtay zusammen und führte mit ihm ein einstündiges Gespräch. Das Kabinett wurde sofort zusammengerufen und beriet über die dringenden Sofortmaßnahmen. Die türkischen Journalisten fragten den Ministerpräsidenten vor dem Parlament, ob sich im Osten ein Volksaufstand ähnlich der palästinensischen Intifada entwickle. Der Ministerpräsident antwortete, man müsse erst noch warten, die Regierung untersuche noch die Entwicklung. Auffällig ist, daß er nicht dementierte, daß sich in Kurdistan ein Volksaufstand entwickelt. Weiter teilte er mit, neue Armee-Einheiten würden in die Region entsandt.

Der Innenminister Abdulkadir Aksu flog mit einer Militärmaschine sofort nach Diyarbakir. In Mardin fand eine Beratung höherer Regierungsvertreter statt. An der Beratung nahmen u.a. teil: Der Chef der türkischen Polizeikräfte, Sabahattin Cakmakoglu, der „Supergouverneur“ Hayri Kozakcioglu, der Gouverneur der Provinz Mardin, Aykut Ozan, der Brigadekommandeur General Cetin Haspisiren und höhere Funktionäre des Geheimdienstes MIT. Die kolonialistischen Vertreter machten die PKK für den Aufstand verantwortlich und kündigten an, sie würden keinerlei Zugeständnisse machen, sondern sie mit harten Maßnahmen bekämpfen. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Inönü, erklärte deren Verbundenheit mit Staat und Armee. Die SHP verurteilte solche Aufstände.

Augenzeugen berichten

Die Journalistin Milena Ergin berichtet an medico international aus Cizre:

„... Aussagen von Bewohnern, die ihre Namen nicht nennen wollen: ‚Sie haben hier in unserer Straße eine schwangere Frau niedergeschlagen und in den Unterleib getreten. Ein kleines Mädchen lag schon blutüberströmt auf dem Boden, als es noch weiter geschlagen wurde.‘

‚Das war doch nicht das erste, was sie uns angetan haben. Schon seit Wochen werden nachts Menschen aus ihren Häusern geholt und ermordet, die werden dann irgendwo als ‚erlegte‘ Guerilleros deponiert. Vor 14 Tagen haben sie einen Mann aus seinem Haus geholt und in der Nähe von Sirkak einfach aus dem Hubschrauber geworfen. Das war dann auch ein ‚ermordeter PKKler‘...‘

Überall, wo ich als einzige Ausländerin auftauchte, stecken mir Leute Zettel oder sogar besprochene Kassetten zu. Der Inhalt ist immer der gleiche: ‚Von der Türkei erwarten wir nichts mehr. Die einzigen Vertreter des türkischen Staates sind die Panzer auf der Straße und die Todesschwadronen. Die Türkei hat uns den SEK ausgeliefert. Aber wir erwarten von Europa, daß es uns unterstützt. Sagen sie es allen in Europa, daß es die Kurden gibt und daß sie ihre Rechte wollen. Wir werden kämpfen, aber wir brauchen Unterstützung.‘

Zusammengestellt aus: Kurdistan-Rundbrief, Extra-Ausgabe vom 19.3.; Kurdistan-Rundbrief 7/90 — (nül)

Großsiedlung Hamburg Steilshoop

Nachbesserung bereits nach zehn Jahren

Stadtteil zwischen Getto und urbanem Wohnen

Hamburg. In die Großsiedlung Hamburg-Steilshoop zogen 1971 die ersten Mieter ein, 1975 war bis auf die Randbezirke alles belegt. Aber bereits nach zehn Jahren wurden die ersten schweren Mängel in dieser mit Bundesmitteln

als Demonstrationsobjekt gebauten Großsiedlung deutlich, 1983 ein Gutachten zur Nachbesserung in Auftrag gegeben und mittlerweile die ersten Gelder eingesetzt. (mek, rht/Volksfront)

Die Planungen für Steilshoop gehen zurück in die fünfziger Jahre. Vor Fertigstellung trafen für Steilshoop zwei Tendenzen zusammen. Zum einen waren die Ersatzwohnungen für die infolge des imperialistischen Krieges zerstörten Wohnungen unzumutbar klein und schlecht ausgestattet. Durch Vertreibung der Bevölkerung aus der inneren Stadt hatte es einen immensen zusätzlichen Wohnungsbedarf gegeben und die ersten Erfahrungen mit Großsiedlungen auf der „grünen Wiese“ lagen auch vor: Es fehlten die wichtigsten Infrastruktur- und Sozialeinrichtungen. Besserverdienende Leute begannen den Eigenheimbau in Hamburgs Randgemeinden. Als ein Ergebnis der Studentenbewegung setzte die Diskussion um urbanes Wohnen ein: Ganze Stadtviertel wurden konzipiert, aber mit allen notwendigen Sozial- und Infrastrukturmaßnahmen, großzügigen, familiengerechten Wohnungszuschnitten, Freizeit- und Bildungsangeboten und einem Zusammenleben verschiedenster Einkommensgruppen. Steilshoop bekam Modellcharakter und Bundesmittel. Es wurden zwanzig Wohnringe mit Innenhöfen jeweils größer als der Hamburger Rathausmarkt geplant, Einkaufs- und Ärztezentrum, soziale Dienste, eine Gesamtschule, zwei Grundschulen, eine Altentagesstätte, eine Elternschule, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Party-Räumen, Saunen, Tischtennisplatten, Spielwohnungen etc. Ausgewiesene Gewerbeflächen sollten Arbeitsplätze vor der Haustür schaffen.

In der Planungsphase allerdings setzten die Verwertungsinteressen des Grundkapitals ganz andere Maßstäbe. Statt der ursprünglich geplanten ca. 4500 Wohneinheiten (1965) mußten es 6400 werden, statt ca. 16000 Einwohnern weit über 20000. Dies führte dazu, daß aufgestockt werden mußte, da die restlichen bauvorbereitenden Maßnahmen alle bereits feststanden. So liegen heute in Steilshoop ca. 50 % aller Wohnungen in Häusern mit fünf und mehr Geschossen. Die Hochhäuser im Zentrum sind bis zu 13 Stockwerke hoch und in Betonfertigbauweise errichtet, was ganz scheußlich aussieht. Der in der Planung für unabdingbar gehaltene U-Bahnanschluß wurde immer wieder verzögert, mittlerweile besteht Planungsstopp.

Nach nur zehn Jahren wurden die ersten erheblichen Mängel deutlich: Bauliche Mängel wie schwere Durchfeuchtungen, mangelhafte Isolierungen, soziale Mängel wie fehlende Kindergärten, miserable Freizeitangebote, architektonische Mängel wie abstoßende Fassaden, dunkle Hauseingänge, unübersichtliche Straßenführung, Verwahrlosung im Zentrumsbereich. Da sich aber gerade in den Anfängen in Steilshoop starke Mietergemeinschaften gebildet hatten, konnten die Mieter bereits Mitte der siebziger Jahre einzelne Verbesserungen, vor allem Verkehrsberuhigung, durchsetzen.

Dabei sind an dem Nachbesserungsprogramm durchaus auch die Vermieter interessiert. Die Ziele der Nachbesserung werden z.B. im Bericht der Untersuchungskommission 1985 so definiert: „Maßnahmen sollten insbesondere darauf zielen, den Prozeß der sozialen Erosion zu stoppen, der sich negativ nach innen (Auszüge Besserverdienender) und außen (Image) auswirkt. Dabei muß den unterschiedlichsten Verhältnissen Rechnung getragen werden: In vielen Blöcken mit geringer Problembelastung sind nur einige prophylaktische Maßnahmen nötig, die die Zufriedenheit der Bewohner erhöhen und den Eindruck vermitteln, es geschehe etwas; in den schwierigen Bereichen muß dagegen ein ganzes Maßnahmenpaket ansetzen, um die Probleme nicht nur unter Kontrolle zu halten, sondern die Verhältnisse zu verbessern. Allerdings sind hier nicht nur die Eigentümer mit aktuellen Problemen (z.B. Leerständen, hoher Fluktuation) vorrangig zu Reaktionen aufgerufen. Um auch ein

weiteres Abrutschen der bisher unproblematischen Siedlungsteile zu verhindern, ist ein integriertes Konzept nötig.“

Die Kommission formuliert kaum verhohlen die Absicht der Verdrängung ärmerer Bevölkerungsteile, um die Verwertungsbedingungen der Wohnungsgesellschaften zu verbessern. Sie schätzt die Möglichkeiten hierfür günstig ein, weil es anders als in vergleichbaren Siedlungen in Steilshoop 50 verschiedene Eigentümer gibt: staatliche Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, gemeinnützige Wohnungsunternehmen, private Eigentümer und schließlich die Eigenheimbesitzer in den Randzonen der Siedlung. Diese haben unterschiedliche Instrumente zur Auswahl der Mieter. Während in den staatlichen Wohnungen ein Großteil über Einweisungen durch die Wohnungsämter erfolgte — bei der Erstbelegung hatten sie nur in 8 % ihres Bestandes Belegungsrechte — konnten private Vermieter und auch die Genossenschaften über die Anteile (die zwischen 7000 und 12000 DM lagen) die Zusammensetzung der Mieter steuern. So hat Steilshoop ein völlig verschiedenes Gesicht: Im Zentrum und den Hochhausbereichen des westlichen Teils konzentrieren sich die Menschen, die von Sozialhilfe leben. Hier liegt der Ausländeranteil in einem Block allein bei über 30 %, während er in Steilshoop insgesamt nur bei ca. 10 % liegt. Hier wohnen die kinderreichsten Familien — hier konzentrieren sich die Wohnungen der stadt eigenen Gesellschaften, und hier konzentrieren sich die architektonischen Scheußlichkeiten. Hier gab es Mitte der achtziger Jahre auch die höchsten Wohnungsleerstände. In den Randbereichen vor allem im Osten dagegen liegen die Einkommen über dem Hamburger Durchschnitt, die Fluktuation ist geringer, das Naherholungsgebiet und die Sportstätten sind nah, das Wohnumfeld freundlich. Hier überwiegen private Besitzer und Genossenschaften.

Gleichzeitig sind die Mieten in Steilshoop keineswegs niedrig. Aufgrund der überdurchschnittlich großen Wohnungen liegen die Mietbelastungen deutlich höher als in vergleichbaren Sozialwohnungen, und ca. 80 % aller Wohnungen in Steilshoop sind Sozialwohnungen. Im Laufe der Zeit sind vor allem aus dem Zentrumsbereich viele Familien ausgezogen in billigere Wohnungen, es gab erhebliche Leerstände, die durch Zuweisungen von Sozialmietern über die Wohnungsämter gefüllt wurden. Die Konzentration von Armut im Zentrum verschärft den „Druck“ auf die besserverdienenden Schichten, diesen Stadtteil zu verlassen.

Der Staat hat durch zwei Instrumente gegenzusteuern versucht: Auf der einen Seite wurde die Verpflichtung zur Vergabe der Sozialwohnungen an Wohnungssuchende Sozialmieter gelockert, und inzwischen ist in Hamburg die Wohnungsbelegung über die Wohnungsämter ganz eingestellt. Auch die



Nachbesserungsbedarf: die unfreundlichen, verschmutzten Hofeingänge

stadteigenen Wohnungsgesellschaften legen strenge Maßstäbe bei der Mieterauswahl an. Außerdem hat der Senat verschiedenste Instrumente zur Festbeschreibung der Mietobergrenzen für bestimmte Familiengrößen, in bestimmten Blöcken und für bestimmte Zeiträume eingesetzt, was die Mieten niedrig hält, den Subventionierungsbedarf aber ausufern läßt.

Im Spannungsfeld der Differenzierung der Gesellschaft und bei Ausbreitung von Armut bewegt sich auch die Nachbesserung: Ziel ist, die besserverdienenden Mieter im Stadtteil zu halten, indem das Wohnumfeld freundlich und die Mieten niedriger als die Finanzierung eines Häuschens bleiben. Die Zahl der Armen muß deswegen niedrig und die Erscheinungen der Armut wie Verwahrlosungen, Verwüstungen, Bandenbildung unter Jugendlichen etc. zumindest aus dem Erscheinungsbild gedrängt werden. Ein immenser Apparat von Sozialarbeit ist dafür inzwischen notwendig geworden. In Hamburg sind inzwischen mehr als 35000 Menschen wohnungslos.

Gleichzeitig werden in ganz erheblichem Umfang die Mittel für die Stadterneuerung aus Steuergeldern bestritten. Fast ganz Steilshoop ist inzwischen zum Sanierungsgebiet erklärt worden. Notwendige Verbesserungen, z.B. Begrünung der Innenhöfe, Sanierung der Spielplätze etc., werden aus Mitteln der Städtebauförderung bestritten, private Vermieter werden von Kosten entlastet. So hat der Betreiber des Einkaufszentrums gleich signalisiert, daß er keinerlei Mittel bereitstellt. Aus Steuermitteln werden jetzt verschiedenste Umbauten zur Auflockerung der Fassaden, und



Zwanzig solcher Ringe mit Spielplätzen und Grünanlagen im Innenbereich reihen sich in Steilshoop aneinander.

des Marktplatzes im Zentrum finanziert.

Bereits im Gutachten 1985 ist festgestellt worden, daß die Aktivitäten der Mieter deutlich nachgelassen haben über die Jahre. Auf der Mietversammlung, auf der die Nachbesserung diskutiert wurde, waren gerade 130 Men-

schen anwesend. Der untenstehende Bericht zeigt, wie schwierig es für die Mieter geworden ist, einheitlich vorzugehen, aber auch, wie sehr sie das wünschen.

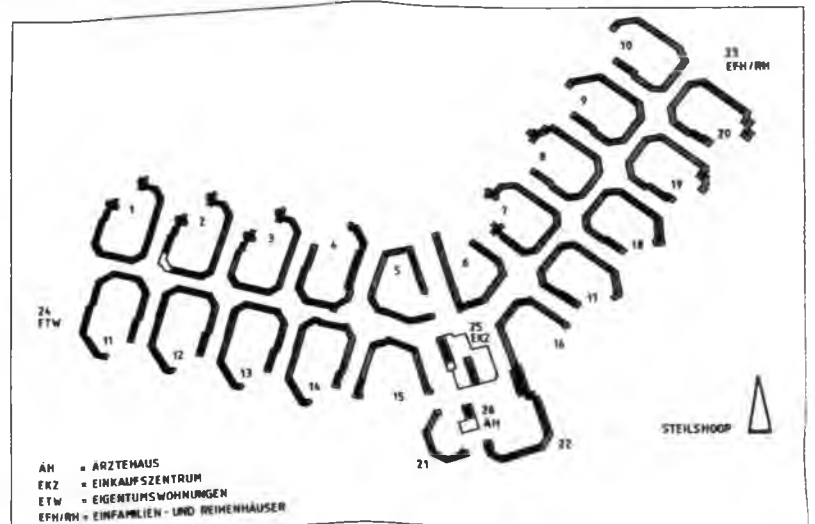
Quellenhinweis: Schriftenreihe für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 01.069, 01.074

Steilshoop: Bewohnerprotest gegen halbherzige Nachbesserung

Dr. Hufnagel von der Baubehörde hatte am 8.2.1990, an diesem Tag fand die „öffentliche Anhörung“ der Steilshooper zu den baulichen Nachbesserungen statt, den ersten und letzten Lacher auf seiner Seite, als er den einleitenden Dia-Vortrag mit einer Luftaufnahme begann und sagte: „Die Siedlung Steilshoop liegt in einer landschaftlich reizvollen Umgebung.“ Jahrelang mußten den Vermietern — hauptsächlich Gafah und Saga — und den Behörden immer wieder Gelder für einzelne Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation abgetrotzt werden, bis die Aktivitäten der Bewohner 1986 erreichten, daß Verhandlungen über ein Gesamtkonzept aufgenommen wurden.

Was nun viele Bewohner von dem vorgelegten Konzept halten, machten auf der Veranstaltung einige handgeschriebene Wandplakate deutlich: „Warum werden nicht alle schlechten Hofdurchgänge freundlicher gestaltet?“ — „Warum werden nicht alle Innenhöfe so ergänzt, daß sich die Bewohner gern dort aufhalten?“ — „Warum ist nichts gegen die Taubenplage vorgesehen? Wenn die neuen Projekte dort gebaut sind, werden sie gleich wieder mit Taubenfäkalien beschmutzt!“ — „Warum wird über die fehlenden Kipfenster immer nur gelächelt? Warum werden keine konkreten Maßnahmen entwickelt?“

Die Behördenvertreter reagierten, wie bundesdeutsch-hanseatische Behördenvertreter stets reagieren: Alle Beschwerden werden sorgfältig geprüft, wenn möglich, wird Abhilfe geschaffen. Den Wünschen der Bewohnervertreter — diese bezifferten die nötigen Geldmittel für die Nachbesserungen auf 30 Millionen Mark — könne nicht im vollen Umfang nachgekommen werden, weil das Geld nicht da sei (ca. 15 Mio. DM sind vorgesehen). Überhaupt ergebe sich die Höhe der zur Verfügung stehenden Gelder aus der Gewichtung aller Hamburger Vorhaben im Bereich der Behebung baulicher Mißstände.



Die Skizze gibt einen Gesamtüberblick über die Großsiedlung. Im Süden und Westen ist sie durch vierspürige Zufahrtsstraßen und hohe Randbebauung festungsmäßig abgeschottet, während die Bebauung im Osten in Eigenheime und schließlich in ein Naherholungsgebiet übergeht. Die Mitteltrasse ist so unübersichtlich, daß Besucher sich nicht zurechtfinden. Hier soll nachgebessert werden.

Und — das ist bei der bundesrepublikanischen Demokratie ja so schön eingerichtet — außerdem könnten die anwesenden Behördenmenschen über das Geld nicht verfügen, zudem der Senat zum Gesamtprojekt grünes Licht noch nicht gegeben habe.

Daß Behörde und Ortsamt, vertreten durch den Bramfelder Ortsamtsleiter Manfred Noster (SPD), (zu helles) Licht der Öffentlichkeit scheuten, war jedem Teilnehmer deutlich an der mehr als merkwürdigen Art und Weise der Einberufung der „öffentlichen Anhörung“. Zugesagt hatte die Baubehörde: Vor Einberufung der Veranstaltung würden zur Information der Bewohner Stände durchgeführt. Zudem wird vier Wochen vorher die Informationsbroschüre „Nachbesserung der Großwohnsiedlung Steilshoop“ an alle Bewohner verteilt. Die Stände hat gar niemand gesehen. Die Broschüre — Hochglanz

mit allem Schicki-Micki — war gerade zehn Tage vorher in den Briefkästen. Den Bewohnervertretern wurde so die Möglichkeit genommen, den Hochglanzplänen ihre Ansichten öffentlich entgegenzusetzen. Das Verfahren ist doppelt peinlich, weil der Veranstaltung eben jahrelange Verhandlungen mit den Bewohnervertretern vorausgingen.

Warum der ganze Zauber? Dafür konnte eine Mieterin zumindest einen Hinweis liefern: Die 28seitige Baubehörden-Broschüre enthält keine Angaben darüber, wieviel Geld wofür ausgegeben werden soll. Bekannt waren die Zahlen trotzdem: allein 5 Mio. DM sind eingeplant zur Umgestaltung des „zentralen Bereichs“, was man getrost mit „Einkaufszentrum“ übersetzen kann. Dafür also sollen viele Bewohner auf die Nachbesserung ihrer Hofdurchgänge und Innenhöfe verzichten!

Freibrief für Polizei

Verwaltungsgerichts-Urteil gegen Versammlungsfreiheit

Freiburg. Am 27.11.1987 hatten knapp 100 Antifaschisten gegen eine Veranstaltung der „Republikaner“ mit Schönhuber als Redner in den von der Stadt Freiburg verpachteten „Mooswaldbiergarten“ protestiert und waren von der Polizei — im Zusammenwirken mit dem Versammlungsleiter der REP — von der Versammlung ausgeschlossen worden, weil sie angeblich die Versammlung „sprengen“ wollten. Gegen diesen Ausschluß wurde Klage beim Verwaltungsgericht Freiburg, gegen die Ablehnung der Klage Berufung beim württembergischen Verwaltungsgerichtshof eingelegt, die mit Urteil vom 12.2.1990 jetzt zurückgewiesen wurde.

Mit diesem Urteil wird der Polizei bei derartigen Protestaktionen das Recht eingeräumt, in weitem Ermessen Personen, die sich zum Versammlungsort begeben, in „Teilnehmer“ und „Anscheinstörer“ zu unterteilen und letztere mit Hilfe der sog. polizeilichen Generalklausel von der Teilnahme an der Veranstaltung auszuschließen. Dabei kommt es — so der VGH — nicht darauf an, ob sich später herausstellt, daß diese Gefahr der unzulässigen Störung der Versammlung tatsächlich nicht vorlag.

„Aus den festgestellten Tatsachen durfte die Polizei schließen, daß der Kläger mit seiner Anwesenheit in der Versammlung nicht die zustimmende oder ablehnende Teilhabe an ihren Aussagen bezweckte, was sein gutes Recht auch als politisch Andersdenkender oder dem Veranstalter mißliebige Person wäre, sondern in prinzipieller Ablehnung des Rechts der ‚Republikaner‘ zur Versammlung mit einem Zutritt nur das Ziel verfolgte, die ordnungsmäßige Durchführung der Versammlung zu vereiteln oder zu erschweren. Ob er tatsächlich diese Störungsabsicht hatte, ist unerheblich. Entscheidend ist, daß die Polizei nach den Umständen, wie sie ihr im Zeitpunkt des Einschreitens erkennbar waren, objektiv vernünftigerweise angenommen hat, der Kläger werde sich im Versammlungsraum wahrscheinlich unfriedlich verhalten. Eine aufgrund der verfügbaren Erkenntnisquellen fehlerfrei angenommene Gefahr (‚Anscheinsgefahr‘) ermächtigt die Polizei zum Einschreiten. Daran ändert es nichts, wenn sich später herausstellt, daß objektiv keine Gefahrenlage bestand oder der in Anspruch genommene vermeintliche Störer tatsächlich Nichtstörer war ... Deshalb ist den Beweisangeboten des Klägers, die allenfalls über eine nachträgliche Beurteilung der Lage (ex post) Aufschluß vermitteln können, nicht nachzugehen. Um die von ihm ausgehende Anscheinsgefahr zu zerstreuen, wäre es Sache des Klägers gewesen, sich von der Gruppe po-

tentieller Störer deutlich abzusetzen. Die Maßnahmen, durch die dem Kläger der Zutritt zu der Veranstaltung verweigert wurde, ist als Ermessensentscheidung nicht zu beanstanden, steht insbesondere nicht außer Verhältnis zu dem bezweckten Erfolg. Das Zutrittsverbot diente dem Zweck, die ordnungsmäßige Durchführung der Versammlung gegen Störungen durch Nichtteilnehmer, denen es erkennbar um die Verhinderung der Versammlung ging, zu sichern.“

Mit dieser Entscheidung können versammlungsrechtliche Bestimmungen weitgehend außer Kraft gesetzt werden. Die Befugnisse der Polizei bei derartigen Gelegenheiten werden immens erweitert; und so ist es auch nicht verwunderlich, daß der 1. Senat des VGH Mannheim inzwischen schon Politik mit seinem Urteil macht: Direkt nach Zustellung an den Kläger wurde das Urteil an die Presse weitergegeben.

Die Möglichkeiten, gegen faschistische Auftritte zu protestieren, werden durch eine dem Urteil entsprechende Praxis der staatlichen Behörden noch enger. Andererseits bedeutet das Urteil Wahlhilfe für die „Republikaner“: Dieser Organisation werden sämtliche politischen Rechte zugestanden, andererseits ihren Gegnern erklärt, sie müßten sich von der Polizei schon gefallen lassen, als „Anscheinstörer“ angesehen zu werden, wenn sie auch nur den Mund gegen die REP aufmachen.

Der Senat wertet sogar die Auffassung des Klägers, die „Republikaner“ seien eine Nachfolgeorganisation der verbotenen, verbrecherischen NSDAP als Beweis für sein angeblich beabsichtigtes unfriedliches Verhalten, ohne sich auch nur im geringsten mit dieser Auffassung auseinanderzusetzen: „... der Kläger selbst, der die ‚Republikaner‘ irrig für eine verbotene Nachfolgeorganisation der NSDAP hält, regte gegenüber dem Einsatzleiter an, für die Auflösung der Versammlung zu sorgen. Seine Äußerung war in der konkreten Situation nicht als Protest gegen die Zutrittsverweigerung, sondern allein in dem Sinne zu verstehen, daß es ihm im Widerspruch zu dem geltenden Recht darauf ankam, die Versammlung zu verhindern.“

Der gleiche 1. Senat hatte denn auch durch Urteil vom 25.4.1989 einen Beschluß des Gemeinderats Mannheim in wesentlichen Teilen für rechtswidrig erklärt, in dem der Gemeinderat die Stadtverwaltung beauftragte, der NPD keine öffentlichen Räume mehr zur Verfügung zu stellen.

Da das Urteil grundsätzliche Bedeutung hat, wird gegen die Nichtzulassung der Revision demnächst Beschwerde eingelegt werden.

Quellenhinweis: VGH Mannheim, Urteil vom 12.2.1990, 1 S 1646/89 — (ulb)

Demonstration gegen Ausländergesetz

Stuttgart. Das Stuttgarter Aktionsbündnis gegen das Ausländergesetz ruft für Ende April/Anfang Mai erneut zu einer Demonstration auf. Die Forderungen sind: Weg mit dem Ausländergesetz! Keine wie auch immer geartete Reform des Ausländergesetzes! Abschaffung des Ausländergesetzes und aller diskriminierenden Gesetze und Regelungen! Gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte! Asylrecht für alle Flüchtlinge! Wahlrecht für alle! Kampf dem Rassismus und Faschismus! Es rufen auf: AE „Nein zu Großdeutschland“, AK Reaktoren und Raketen, ALL, BWK, Dev Genç, Dev İsci, Dev Partizan, DİDF, Feyka Kurdistan, Kampffahne, KAWA, KPD, MLPD, Partizan, Türkischer Arbeiterverein, Türkei-Komitee, Volksfront, VSP. Weitere Zusammenschlüsse haben ihre Unterstützung erklärt. — (rac)

Schluß mit den Massakern am kurdischen Volk

Nürnberg. Aus Anlaß des zweiten Jahrestages des Massakers von Halabja seitens des irakischen Saddam-Regime demonstrierten am 24.03. mehrere hundert Menschen — vor allem Kurden — in der Innenstadt und vor dem türkischen Konsulat gegen die Kolonialpolitik des Irak, der Türkei und des BRD-Imperialismus. In einer von den Organisationen PKK, SVP, KH, TKP-B, THKP-C Acilciler und Sosyalist gemeinsam verfaßten Erklärung heißt es u.a.: „... Es hat jedoch den Anschein, als wenn dem kurdischen Volk die umfangreichsten und barbarischsten Massaker in diesen letzten Jahren des 20. Jahrhunderts noch bevorstehen würden, wo es seinen nationalen Befreiungskampf entwickelt und seiner Freiheit näherrückt ...“ Während der Demonstration wurde ein Flugblatt der ERNK verbreitet, das über die Anfang März begonnene neue Offensive der ARGK gegen die türkischen Kolonialtruppen berichtet. — (ola)

500 Leute demonstrierten gegen das Ausländergesetz

Ulm. Am 17. März demonstrierten 500 gegen das neue Ausländergesetz, aufgerufen hatten dazu ATIF, DİDF, Dev. İsci, DAB, ILERI, Türkei-Komitee, KPD, Grüne, MLPD und das Marxistische Forum Ulm. Die Route führte nach Neu-Ulm, weil dort Kommunalwahlen stattfanden und ca. 600000 Ausländer in Bayern nicht wählen dürfen. Die Organisatoren werten die Aktion als Erfolg, die Hauptlosungen waren: Weg mit dem Ausländergesetz! Wahlrecht für Ausländer! Am 7. April will ein zweites Bündnis ebenfalls gegen das Ausländergesetz demonstrieren, daran wollen sich u.a. der Deutsche Gewerkschaftsbund, die SPD und die Grünen beteiligen. — (frm)

Veranstaltung mit PDS, Nelken und Frauendachverband (DDR)

München. Am 23.3. veranstalteten die Radikale Linke und die Initiative Vaterlandslose Gesellen und Gesellen gegen Großdeutschland eine Diskussions- und Informationsveranstaltung über den Wahlkampf und den Wahlausgang in der DDR. Wie sich aber vor allem bei Gesprächen am folgenden Tag mit den Vertreterinnen und Vertretern dieser Organisationen aus der DDR zeigte, gehen die meisten davon aus, daß die Wiedervereinigung bzw. Einverleibung nicht mehr zu verhindern ist. Im Wahlprogramm der PDS heißt es sogar: „... Gleichzeitig sind wir uns der wirtschaftlichen, sozialen, demokratischen und kulturellen Errungenschaften der BRD-Gesellschaft auf vielen Gebieten bewußt und betrachten sie als unverzichtbaren Bestandteil einer progressiven deutschen Perspektive ...“. Die PDS will zwar nicht die Vereinigung nach GG § 23, aber ansonsten schon, wenn auch sozial abgefedert. Es besteht von Seiten der PDS Interesse an Referentinnen und Referenten aus der BRD, um z.B. Erfahrungen aus dem gewerkschaftlichen Widerstand zu vermitteln. Die „Nelken“ sagten, sie hätten im wesentlichen das gleiche Programm wie die PDS, wobei dann offen bleibt, warum es sie überhaupt als Splittergruppe gibt. Daß sich jetzt Frauen aus der DDR im Frauendachverband organisieren, ist wohl nötig, denn die Frauen werden zu denen gehören, die am meisten bei der Einverleibung der DDR durch die BRD zu verlieren haben. Leider gibt es auch Stimmen, eine PDS-West könnte die Linke in der BRD stärken. Es CSU, CDU, FDP und SPD nachzuzahlen, würde aber in beiden Staaten den linken Kräften gewaltig schaden. — (chl)

„Schlagkräftige Argumente“ gegen Wiederausammenlegung

Konstanz. Kohl traf sich am 20./21. März in Konstanz mit dem spanischen Ministerpräsidenten Gonzales. Am 21.3. „begrüßten“ gegen 10 Uhr ca. 50 Menschen die deutsch-spanische Delegation. Mit Transparenten, Sprechchören und Hupen forderten sie die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in Westeuropa, insbesondere die Wiederausammenlegung der seit über 120 Tagen hungerstreikenden spanischen politischen Gefangenen. Ohne Warnung trieben Polizisten die Demonstranten und Demonstrantinnen in eine Gasse, neun Leute wurden festgenommen. Gegen 12 Uhr riegelte die Polizei das Kaufhaus „Hertie“ ab und nahm 23 Leute fest. Vielen der 32 Verhafteten wird „Nötigung“ oder „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ vorgeworfen. — (stf)

Veranstaltung zum Kurdenprozeß in Essen

Essen. Obwohl erfreulich viele — Antifaschistisches Forum, Ausländerreferat des AstA, DKP (Bezirk Ruhr), MLPD, Stadteilladen Frohnhausen, Volksfront u.a. — den Aufruf zu einer Veranstaltung am 15.3. über den Kurdenprozeß und den kurdischen Befreiungskampf unterstützten, war sie mit knapp 30 Leuten eher schlecht besucht. Strittig diskutiert wurde, ob die politische Auseinandersetzung um die Einstellung des Prozesses losgelöst von der Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes geführt werden kann. Die Teilnehmer beschlossen die Erarbeitung eines Artikels zum Thema, der örtlichen Zeitungen zur Veröffentlichung angeboten werden soll. — (syb)



Westberlin. 10000 Leute demonstrierten am 17.3. für die Unabhängigkeit der DDR. D. Piernont sagte, daß das von der UNO anerkannte Selbstbestimmungsrecht sich ausschließlich auf kolonialisierte Nationen bezieht, auf die DDR und BRD also nicht anwendbar ist. Am 14.3. hatte eine Kundgebung mit 3000 Teilnehmern für die Vereinigung nach Artikel 146 statt Artikel 23 GG stattgefunden. — (chk)

Ist das Ausländergesetz zu reformieren?

Landesweite Demonstration in Hannover gegen eine Verschärfung

Hannover. Ca. 2500 Menschen nahmen am 17. März an einer Demonstration und Kundgebung teil, zu der DGB-Landesbezirk Niedersachsen und Kreis Hannover, Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hannover Stadt, Initiativ-

ausschuß Ausländische Mitbürger Niedersachsen e.V., GABL-Ratsfraktion Hannover, SPD-Ratsfraktion Hannover, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Hannover aufgerufen hatten.

Anlaß für die Demonstration in Hannover war der Internationale Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung. Neben dem oben genannten Aufruf, der sich gegen eine weitere Verschärfung des Ausländergesetzes wandte und ein „humanes Ausländergesetz“ forderte, gab es weitere Aufrufe zu dieser Demonstration. Kurden protestierten mit einem starken Block gegen die Kurdenprozesse in der BRD und ihre Verfolgung in Kurdistan. Außerdem gab es zum DGB-Aufruf einen alternativen Aufruf einer Aktionseinheit von Dev. İsci Hannover, Unsere Stimme, DİDF, KPD, die GRÜNEN im Land, Anti-Fa Uni, BWK und Volksfront zu den Forderungen „Weg mit dem Ausländergesetz! Gleiche Rechte für alle!“ Auch eine Gruppe von Autonomen mit der Losung „Es gibt keinen humanen Rassismus“ war vertreten.

Der DGB-Redner, Karl-Heinz Tralls, stellvertretender DGB-Landesvorsitzender, forderte ein Ausländergesetz, das dem Prozeß der europäischen Einigung Rechnung tragen solle und einen rechtmäßigen Aufenthalt sichern solle. In diesen Punkten sei im Gesetzentwurf ei-

ne Verschlechterung vorgesehen, z.B. das geplante Rotationsprinzip, die Erschwerung des Familiennachzugs. Scheinbare Verbesserungen, die er nicht nannte, seien halbherzig vorgenommen worden. Er forderte soziale Gerechtigkeit für die ausländischen Kollegen, Qualifizierungsmaßnahmen für ausländische Arbeiter in den Betrieben. Die Erlangung der doppelten Staatsbürgerschaft solle erleichtert werden. Der DGB wolle weiterhin auf Parteien und Bundestag einwirken, um einen neuen Entwurf des Ausländergesetzes zu veranlassen. Für den zunehmenden Haß auf Ausländer machte er die „konservative Politik von Rechtsradikalen“ verantwortlich. Er nannte es verlogen, wenn deutsche Kollegen die Kultur der Ausländer hier verachteten, sie in deren Heimat jedoch beklatschten.

Verständlich ist, daß dieser Redner von den überwiegend ausländischen Kundgebungsteilnehmern keinen großen Beifall erhielt, denn auch, wer ein „humanes Ausländergesetz“ fordert, akzeptiert die Sonderbehandlung eines Teils der Arbeiterklasse nach Sonder-

gesetzen und zementiert damit deren bestehende Spaltung. Das Ausländergesetz wird trotz des formulierten Widerspruchs immer noch so behandelt, als gehe es hauptsächlich die Ausländer etwas an, was vielleicht auch die mangelhafte Mobilisierung in den Betrieben erklärt. Einheitlich ist die Position des DGB zum Ausländergesetz erfreulicherweise nicht. So forderte der DGB-Kreisvorsitzende Witte in seinem Einleitungsreferat dessen Abschaffung.

Gleiche Rechte forderte der Sprecher der Initiative „Weg mit dem Ausländergesetz“, Hannover. Die in der BRD lebenden Emigranten und Flüchtlinge bräuchten kein neues Ausländergesetz, das zur Zeit geltende, von den Nazis zum Teil übernommene, reiche vollkommen, um Ausländer zu entrechten und sie Unterdrückungsmechanismen wehrlos auszuliefern. Die von den Ausländern angeblich beeinträchtigten „Belange der BRD“ seien in Wirklichkeit die Belange von Industrie und Hochfinanz. Erfreulich ist, daß trotz der gegensätzlichen Positionen eine gemeinsame Demonstration und Kundgebung organisiert wurde. — (suo)

Antifaschistischer Ratschlag

Beschlüsse gegen Ausländergesetz und Kurdenprozeß

Ludwigsburg. Zum zweiten Ratschlag des Antifaschistischen Netzwerkes Stuttgart-Ludwigsburg-Heilbronn am 10./11.3. hatten aufgerufen: IG Metall-Jugend Ludwigsburg, Antifa-AK Heilbronn, Pax Christi Ludwigsburg, Die Grünen (KV Ludwigsburg, Grobbottwar und Marbach), „Deutsche und Ausländer zusammen“ Ludwigsburg, GAL Marbach, Autonomes Zentrum Marbach, Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach, „Die Naturfreunde“ (Marbach/Ludwigsburg), VVN/BdA Ludwigsburg, Volksfront Stuttgart/Heilbronn, DFG/VK Ludwigsburg, GEW Ludwigsburg, DKP (KV Ludwigsburg und OG Marbach), Palästina-Komitee Stuttgart, Freundeskreis des kurdischen Volkes Stuttgart.

An insgesamt sieben Arbeitsgruppen — u.a. zur Programmatik der Republikaner, gewerkschaftliche Strategien gegen Republikaner in Betrieben, Wi(e)dervereinigung — Großdeutschland — Viertes Reich, Ausländergesetz und Kommunales „Ausländer“wahlrecht — beteiligten sich etwa 80 Leute. Zur Arbeitsgruppe „Faschistische Überfälle, Erfahrungsberichte, Gegenstrategien“, kamen über 20 Jugendliche aus verschiedenen Städten und kleineren Orten, die sich als Arbeitsgruppe weiter regelmäßig treffen wollen. Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den

Möglichkeiten, gegen die Republikaner in Kommunalparlamenten tätig zu werden. Dazu wird der Ratschlag die Herausgabe eines Informationsbriefes mit Dokumenten und Meldungen an Mitglieder in Gemeinderäten unterstützen. Die VVN/BdA Ludwigsburg übernimmt die Redaktion.

Das Abschlußplenum verabschiedete einstimmig eine Resolution gegen den Kurdenprozeß mit den Forderungen „Einstellung des politischen Schauprozesses! Freilassung der kurdischen politischen Gefangenen! Schluß mit der Kurdenverfolgung in der BRD! Einstellung der Türkeihilfe durch die Bundesregierung!“. Ebenfalls einstimmig wurde beschlossen, die Forderungen der Aktionseinheit „Weg mit dem Ausländergesetz“ zu unterstützen. Die am Ratschlag beteiligten Kräfte und Organisationen wurden aufgerufen, gegen die Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes tätig zu werden.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Abschlußplenums verständigten sich darauf, im Unterschied zu Vorgängen auf dem bundesweiten antifaschistischen Ratschlag in Frankfurt keine Ausgrenzungspolitik gegen irgendeine Richtung der antifaschistischen Opposition zu betreiben oder zu unterstützen. Der nächste Ratschlag ist für Oktober geplant. — (evc, heb)

Deutsche Einheit und Tarife

Arbeitsmarktentwicklung in Westberlin

Westberlin. Die Kapitalisten nehmen die Deutsche Einheit vorweg. Der Westberliner Metallarbeitgeberverband hat sich aufgelöst und als Arbeitgeberverband Berlin-Brandenburg neu konstituiert. Hinzugekommen sind etwa 4000 Betriebe mit ca. 500000 Beschäftigten. Der neue Verband wird von dem bisherigen Vorsitzenden des Westberliner Verbandes geleitet. Sogleich und ohne Umschweife erklärten die Kapitalistenvertreter bei Gelegenheit der Tarifverhandlungen, daß von den 500000 neu hinzukommenden Beschäftigten etwa die Hälfte freigesetzt werden müßten, also arbeitslos werden. Im übrigen soll zukünftig ein Tarifvertrag für Westberlin und Umland gelten. Welche Konsequenzen aus dem Handeln des Kapitalistenverbandes für die Beschäftigten der Westberliner Metallindustrie erwachsen, ist kaum abzusehen.

Doch die Folgen der schnellen Einverleibung der DDR auf den Arbeitsmarkt in Westberlin sind nicht nur ein Zukunftsproblem. Schon jetzt sind z.B. Betriebsräte mit Einstellungsanträgen konfrontiert, die sich auf Personen mit Wohnsitz in der DDR beziehen. Jene Personen könnten z.B. ihr Gehalt von z.B. 4000 DM problemlos auf der Bank tauschen und erhielten dafür etwa 30000 DDR-Mark. Im Osten leben, im Westen arbeiten, ein vor 1961 bekanntes Problem. Die Reaktion der Betriebsräte ist also klar. Sie verweigern solchen Einstellungsanträgen die Zustimmung. Doch damit fangen die Probleme erst an. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BetVG) § 99 ist eine Verweigerung der Zustimmung u.a. möglich, wenn die Einstellung gegen ein Gesetz, eine Verordnung, eine Bestimmung des Tarifvertrages oder einer Betriebsvereinbarung verstößt. Doch gegen welches Gesetz verstößt eine solche Einstellung? Auf Anfrage von Betriebsräten aus Betrieben in Westberlin sah weder der Senator für Arbeit und Soziales, noch die IHK, noch die AOK, noch das Finanzamt Hinderungsgründe für solche Beschäftigungsverhältnisse. Tatsächlich jedoch verstoßen solche Beschäftigungsverhältnisse gegen die 1949 bzw. 1950 in Kraft getretenen Alliierten Devisenbewirtschaftungsgesetze. In den Fällen, wo bisher die Zustimmung verweigert wurde mit Hinweis auf jene Bestimmungen der Alliierten, folgten wütende Reaktionen der Geschäftsleitungen. Von „Besatzerrecht“ ist da die Rede, wo es doch vor kurzem noch „unsere Schutzmächte“ hieß. Eine gerichtliche bzw. öffentliche Auseinandersetzung hat bislang noch nicht stattgefunden. Die Geschäftsleitungen zogen bislang ihre Anträge wieder zurück. — (brr)

Betriebsratswahlen bei Jungheinrich

Norderstedt. Die Betriebsratswahlen bei Jungheinrich an den Standorten Hamburg und Norderstedt sind mit einem Erfolg für die Politik des IG Metall Vertrauenskörpers abgeschlossen worden. Besonders erfreulich ist: Ein türkischer Kollege, Mitglied der VK-Leitung, erhielt die meisten Stimmen aus dem gewerblichen Bereich. Allerdings konnte in beiden Betriebsräten die DAG je zwei Angestelltenplätze erobern. Die DAG hatte bereits während der Wahlvorbereitungen erreicht, daß die Abstimmung über gemeinsame Wahl verloren ging. Zum ersten Mal wurde bei Jungheinrich „standortbezogen“ gewählt. Das heißt, übergreifend über die Unternehmensgliederungen des Konzerns gibt es jetzt an den Standorten Hamburg und Norderstedt zwei große Betriebsräte. — (hel)

Kita-Streik wird ausgesetzt

Westberlin. Mit 12:9:1 beschloß die gemeinsame Tarifkommission von ÖTV und GEW, den Streik für einen Kita-TV ab 28.3. auszusetzen. Die Verweigerungshaltung der SPD sowie zunehmende Konflikte mit Eltern werden als Grund angegeben. Jetzt soll Dienst nach Vorschrift gemacht werden. Der Beschluß der Tarifkommission ist umstritten. Viele Erzieherinnen und die GEW hatten erneute Urabstimmung gefordert. Die Fraktionsvorsitzende der AL hat ihren Rücktritt angekündigt. Sie will die Diskussion um den Verbleib der AL in der Koalition. Viele Kindergruppen müssen geschlossen bleiben, weil es zu wenig Personal gibt. Das wird sich noch verschärfen. — (har)

tes Problem. Die Reaktion der Betriebsräte ist also klar. Sie verweigern solchen Einstellungsanträgen die Zustimmung. Doch damit fangen die Probleme erst an. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BetVG) § 99 ist eine Verweigerung der Zustimmung u.a. möglich, wenn die Einstellung gegen ein Gesetz, eine Verordnung, eine Bestimmung des Tarifvertrages oder einer Betriebsvereinbarung verstößt. Doch gegen welches Gesetz verstößt eine solche Einstellung? Auf Anfrage von Betriebsräten aus Betrieben in Westberlin sah weder der Senator für Arbeit und Soziales, noch die IHK, noch die AOK, noch das Finanzamt Hinderungsgründe für solche Beschäftigungsverhältnisse. Tatsächlich jedoch verstoßen solche Beschäftigungsverhältnisse gegen die 1949 bzw. 1950 in Kraft getretenen Alliierten Devisenbewirtschaftungsgesetze. In den Fällen, wo bisher die Zustimmung verweigert wurde mit Hinweis auf jene Bestimmungen der Alliierten, folgten wütende Reaktionen der Geschäftsleitungen. Von „Besatzerrecht“ ist da die Rede, wo es doch vor kurzem noch „unsere Schutzmächte“ hieß. Eine gerichtliche bzw. öffentliche Auseinandersetzung hat bislang noch nicht stattgefunden. Die Geschäftsleitungen zogen bislang ihre Anträge wieder zurück. — (brr)

München-Zulage für Arbeiter und Angestellte?

München. Die Diskussionen und Verhandlungen über die München-Zulage dauern nun schon über Monate an und haben immer noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Alle Arbeiter und Angestellten der unteren und mittleren Einkommensgruppen bei der Stadt München sollen rückwirkend zum 1.3. 1990 eine Zulage von 140 DM und 40 DM für jedes Kind erhalten. Im Dezember 1989 hatte der kommunale Arbeitgeberverband Bayern die Entscheidung — ob verhandelt werden darf oder nicht — an die Bundesvereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände weitergereicht. Von dieser Seite kam wie zu erwarten war kein grünes Licht. Oberbürgermeister Kronawitter (SPD), der kommunale Arbeitgeber in München, hielt sich nicht an diesen Befehl und setzte sich in den Wochen vor den Kommunalwahlen weiterhin stark für die Zulage ein. Notfalls solle sie im Alleingang ohne Bund und Land durchgesetzt werden. Der kommunale Arbeitgeberverband drohte daraufhin der Stadt mit einer saftigen Geldbuße bis zu 1,2 Mio. DM und dem Ausschluß aus dem Verband. In der örtlichen Presse wird aber auch der Eindruck erweckt, als ob vom Hauptvorstand der ÖTV schwere Bedenken zu einer solchen Zulage vorliegen würden. Ein „Flächenbrand“ zur Zerfaserung der gesamten Tarifarbeit würde entstehen. Eine offizielle Stellungnahme des ÖTV-Hauptvorstandes in diesem Sinne ist nicht bekannt. Der zuständige ÖTV-Geschäftsführer Helmut Schmid, der die Verhandlungen mit der Stadt geführt hat, äußerte sich hierzu: „Juristische Probleme gibt es hier nicht. Dies sei kein Tarifabschluß, sondern eine örtliche Vereinbarung. — (rul)

Rendsburg. Die Aktivitäten des Antifaschistischen Bündnisses Rendsburg und Umgebung (ABRU) haben sich in Artikeln der bürgerlichen Presse niedergeschlagen. Ins Grüne Kommunalwahlprogramm sind antifaschistische

Zu den Kreis- und Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein hatten im Vorfeld das ABRU und die Antifa-Gruppe u.a. eine Hauswurfsendung (15000) verteilt, eine Veranstaltung zu den Inhalten der REP sowie zum Wahlrecht und neuem Ausländergesetz gemacht. Vom „Linken Forum“, einem Treffen von verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen ist eine antifaschistische Plattform zu den Kommunalwahlen erarbeitet worden. An die Mitglieder des Kreis- und Kommunalwahlausschusses Rendsburg und Büdelsdorf ist ein offener Brief mit der Aufforderung, die Faschisten (REP) nicht zuzulassen, geschickt worden. Ein offener Brief mit rechtlichen Begründungen und Enthüllungen über einzelne REP-Kandidaten wurde beigelegt.

Wegen des großen Zuschauerandranges von ca. 60 Antifaschisten wurde die Sitzung des Kreiswahlausschusses in den Kreistagssitzungssaal verlegt. Den „Republikanern“ wurden in acht von 29 Wahlkreisen Fälschungen nachgewiesen. In diesen Kreisen sind sie dann einstimmig nicht zugelassen worden. Von den neun stimmberechtigten

Bosch-Jugendversammlung unterstützt IG Metall

Stuttgart. Bei 300 Anwesenden wurde am 14. März der im folgenden gekürzt wiedergegebene offene Brief an den Direktor fürs Personalwesen Bensinger beschlossen: „Wir, die Auszubildenden und die Jugend- und Auszubildenden-Vertretung des Boschwerts Feuerbach, möchten Ihnen hiermit mitteilen, daß wir die von der IG Metall aufgestellten Forderungen für richtig und notwendig halten. Das von ihnen mitgetragene „Arbeitsangebot“ lehnen wir mit Empörung ab. Durch die Verteuerung aller Lebensbereiche ist eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100 DM mehr als notwendig. Wir sind für die 35-Stundenwoche, damit Übernahme nicht zur Ausnahme wird. Und versichern Ihnen gleichzeitig, daß keiner von uns am Wochenende kommen wird, denn da haben wir etwas Besseres vor! ...“ — (ros)

BR-Wahl bei Mercedes-Benz IGM im Arbeiterbereich 84%

Stuttgart. Die Betriebsratswahl bei Mercedes-Benz in Untertürkheim brachte folgendes Ergebnis: Arbeiter: IGM 84,2% — CMV 11,7% — Liste „Freiheit“ 4,1%; Angestellte: IGM 40,9% — UAG '78 18,3% — UAG e.V. 14,1% — DAG 13,5% — ALFA 9,5%, CMV 3,9%. Im Arbeiterbereich war das Wahlergebnis besonders spannend, weil die PLAKAT-Gruppe zum erstenmal seit 20 Jahren nicht mit einer eigenen Liste angetreten war, sondern auf der IGM-Liste kandidiert hatten. IGM und PLAKAT konnten gemeinsam genauso viele Mandate erringen wie 1987 (26 Sitze). Die CMV verlor Stimmen, aber keine Mandate. Bei den Angestellten dürfte die IGM mit ihrem Gewinn von zwei zusätzlichen Mandaten stark vom politischen Zerfall der ehemals stärksten Angestelltenfraktion, der UAG, profitiert haben: Diese hatte sich im letzten Jahr in drei konkurrierende Gruppierungen (ALFA, UAG e.V., UAG '78) gespalten. — (xz, evc)

Hamburger Schulkinder-Erzieher erhalten Zulage

Hamburg. In den städtischen Kindertagesheimen gibt es seit dem 2.3. eine Einigung im Streit um tarifmäßige Bezahlung der Erzieherinnen. Nach einem Warnstreik legte Senatorin Raab ein Angebot vor: Schulkinder-Erzieher erhalten eine Zulage von 120 DM, bzw. nach sechsjähriger Tätigkeit werden sie eine Vergütungsgruppe höher (dann BAT Vc) eingestuft. Kleinkind- und Krippen-Erzieher sollten leer ausgehen. Über dieses Angebot gab es heftige Auseinandersetzungen in der Belegschaft. Die Mitgliederversammlung stimmte mit knapper Mehrheit für die Annahme des Angebotes, es wird als Einstieg in die generelle Höhergruppierung der Erzieher angesehen. — (pee)

Aufklärungs- und Widerstandsaktionen

Antifaschistisches Bündnis gegen „Republikaner“

Forderungen eingeflossen. Die SPD Rendsburg hat sich auf Schweigen verlegt, während die SPD-Landesregierung bisher fast alle antifaschistischen Demonstrationen mit dem Gummiknüppel hat verfolgen lassen.

Kreiswahlausschußmitgliedern fehlte ein von den Grünen bestimmtes Mitglied und eins der SPD. Die beiden anwesenden SPD-Mitglieder haben alle REP-Kandidaten durchweg abgelehnt. Ein Mitglied der SPD schloß sich in der Begründung für die Ablehnung der Argumentation des ABRU an (Art. 139 GG). In der auf Antrag der SPD unterbrochenen Sitzung konnte das ABRU in einer Rede noch einmal die Wahlausschußmitglieder auffordern, daß für sie das Recht und die Pflicht besteht, den für verbotene Ziele im Sinne des GG Artikels 139 eintretenden REP die Wahlzulassung zu verweigern.

Der erste Stand der REP nach diesen Auseinandersetzungen in Rendsburg am 11.3.90 wurde von ca. 30 Antifaschisten kurzfristig abgeräumt.

Am 24.3.90 ist vom ABRU eine Kundgebung mit Büchertisch durchgeführt worden. Ein Mitglied der Gewerkschaft GGLF war vom ABRU gebeten worden, eine offizielle Rede zu halten, in der er im wesentlichen auf den nationalsozialistischen Terror damals einging, der sich aus dem Interesse des Kapitals begründete. Zitat: „Mäch-

tige Teile von Kapital, Junkertum und Kirche ermöglichten damals, eine Partei an die Macht gelangen zu lassen, deren menschenverachtende Politik zum Tode von Millionen Menschen führte. ... Die Millionen von Menschen als Kanonenfutter für ihre imperialistischen Weltmachtgelüste verheizte.“ Rassistische und arbeiterfeindliche Aussagen der „Republikaner“ wurden kritisiert, die darin gipfelten, daß die REP die Gewerkschaften zerschlagen wollen und eine Volksgemeinschaft propagieren. Die Forderung nach einem „Deutschland in den Grenzen von 1937“ kritisierte er als eine Mißachtung der Souveränität anderer Staaten und Völker und könne für ihn im „Endeffekt nur mit kriegerischen Mitteln herbeigeführt werden“. Er trat für Auflösung aller faschistischen und rechtsextremen Organisationen und Parteien ein.

Jusos, Grün-Alternative-Jugend und ein Vertreter des ABRU hielten weitere Reden.

Ein Stand der REP am selben Tag unter Schutz von 50 Polizisten wurde anschließend mit ca. 60 Antifaschisten belagert und erheblich behindert. — (lus)

Wahlkampfhilfe der Geschäftsleitung von Opel

Flugblätter für IG Metall-Liste aus der Portokasse

Bochum. Bei Erscheinen dieser Zeitung werden die Wahlen bei der Opel AG in Bochum entschieden sein. Die alte Mehrheit im Betriebsrat ist gefährdet, denn achtzig IG Metallern und Metaller — zumeist Vertrauensleute — haben sich zur Bildung einer eigenen Liste entschlossen. Die alte Betriebsratsmehrheit ließ im Wahlkampf kein Mittel ungenutzt, um ihre Mehrheit zu verteidigen. Unter anderem ließ sie sich ein Flugblatt von der Geschäftsleitung drucken und an 60000 Opel-Beschäftigte verschicken. „Schlappe 60000 Mark Portokosten ließ sich die Geschäftsleitung der Adam-Opel AG ein Flugblatt zur Unterstützung ihres Wunschbetriebsrats kosten“, so reagierte die Liste 3, „Metaller bei Opel“, in einem kurzen Flugblatt auf die „Wahlkampfhilfe“ zugunsten der Betriebsratsmehrheit.

In dem vom Gesamtbetriebsratsvorsitzenden und den beiden bisherigen Vorsitzenden in Bochum unterschriebenen Flugblatt wird zwar geschickt der direkte Wahlauftrag zugunsten der IG-Metall-Liste umgangen, denn dies wäre eine Einmischung der Geschäftsleitung in die Betriebsratswahl, die sie ungültig machen könnte. Aber indirekt wird doch die Aufforderung zur Bestätigung der bisherigen Betriebsratsmehrheit mit der Drohung verbunden, daß die Arbeitsplätze angesichts der General-Motors-Konzernpolitik (Opel ist der deutsche Ableger des Weltkonzerns) und dem kommenden EG-Binnenmarkt unsicher seien: „Gegen diese Herausforderungen brauchen wir bei Opel innere Stabilität. Die Vorstellungen der Konzernzentralen in Detroit und Zürich und auch der Geschäftsleitung in Rüsselsheim sind sehr schwankend und auf kurzfristige Erfolge zugeschnitten, ohne die langfristige Entwicklung und die Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze im Auge zu haben.“

Wahlkampfhilfe aber auch aus der Portokasse der IG Metall Ortsverwaltung, die 3500 Briefe mit der Losung „Erteile den Einzelkämpfern und Spaltern eine deutliche Absage“ an die Kolleginnen und Kollegen verschickte, die bei Opel in Bochum seit 1987 neu angefangen haben; zusätzlich noch Briefe an Kolleginnen und Kollegen, die wegen Studium, Krankheit oder Elternurlaub länger abwesend sind. In dem Schreiben an die Neuen, das auch an Nicht-IG-Metall-Mitglieder gegangen ist, heißt es zum Beispiel: „Auch Dein Arbeitsplatz ist ein Erfolg der IG-Metall-Kolleginnen und -Kollegen im Betriebsrat, die unter anderem mit ihrer Zustimmung zu Sonderschichten und zur drit-

ten Schicht die vielen Neueinstellungen durchgesetzt haben.“ Zum Wahlkampf gehört auch, daß den „Metallern“ ein Kopierer über Nacht wegtransportiert wurde und mehrere anonyme Flugblätter im Werk auftauchten, in denen Kollegen der Liste als „Schmarotzer“ und „Ober-Spalter“ diffamiert wurden. Ob dies alles zum Erhalt der alten Mehrheit reicht?

Neben der Liste „Metaller bei Opel“ kandidieren noch weitere linke Kräfte auf eigenen Listen. In der vergangenen Betriebsratsperiode hatte es zwischen sieben Betriebsratsmitgliedern, die bei den letzten Wahlen über die IG-Metall-Liste in den Betriebsrat gewählt worden waren und diesmal auf der Liste „Metaller bei Opel“ kandidieren und sieben Betriebsräten anderer Listen in wichtigen Fragen, wie zum Beispiel der Ablehnung der Nachtschicht, eine gemeinsame Politik gegeben.

Die vierzehn Betriebsräte stimmten nicht nur gemeinsam im Betriebsrat, sondern gaben auch gemeinsame Erklärungen an die Belegschaft heraus. Dazu gehören auch die Kollegen der Liste 4 „Liste für Belegschaftsforderungen“ (mit bisher drei Betriebsratssitzen), die wegen der „Kandidatur auf einer generischen Liste“ früher aus der IG Metall ausgeschlossen worden waren. Diese Kollegen bemühten sich in dieser Zeit — mit der Unterstützung von 260 Vertrauensleuten — um eine Wiederaufnahme in die IG Metall, die jedoch kurz vor den Betriebsratswahlen abgelehnt worden war.

Alle Gruppierungen waren vor diesen Betriebsratswahlen für das Zustandekommen von Persönlichkeitswahlen eingetreten. Die „Liste für Belegschaftsforderungen“ schlug darüber hinaus in Flugblättern an die Belegschaft vor, daß für den Fall des Nicht-Zustandekommens einer Persönlichkeitswahl eine gemeinsame Liste der linken Kräfte anzustreben sei. Sie hielten es für möglich und wünschenswert, eine „gemeinsame Alternative zur bisherigen Betriebsratsmehrheit“ anbieten zu können. Dies ist nicht gelungen, wenngleich alle betonten, daß die Linken auf keinen Fall Wahlkampf gegeneinander machen würden. Es bleibt zu hoffen, daß dies tatsächlich nicht zum Schaden der Linken bei Opel wird.

Die Kolleginnen und Kollegen der Liste „Metaller bei Opel“ haben beim Vorstand der IG Metall Beschwerde gegen die achtzig Untersuchungsverfahren eingelegt. Bisher kam von dort jedoch keine Reaktion. Vielleicht wird dort auch das Wahlergebnis abgewartet? — (T.H., VSP)



Köln. Vor dem Verhandlungslokal der Tarifverhandlungen in NRW protestierten 600 Metallarbeiter. Das war bereits die siebte Verhandlungsrunde. Die IG Metall führte in den vergangenen Wochen auch Informationsstände in den Stadtteilen durch. Sie fordert achteinhalb Prozent mehr Lohn, eine Mindestanhebung von 200 DM monatlich und Arbeitszeitverkürzung. — (jöd)



Straubing. An einer Demonstration und Kundgebung am 17.3. in Straubing gegen die Haftbedingungen der dortigen JVA nahmen über 200 Menschen teil, Autonome, Antimperialisten, Volksfront, Grüne u.a. In den Auflagen wurde der akustische Verkehr mit Gefangenen untersagt und die Lautstärke auf 40 Watt festgelegt, was für die Polizei Anlaß war zu prügeln und den Verstärker zu beschlagnahmen. — (ror)

Aus Ländern und Gemeinden

U-Boot-Skandal im dritten Anlauf

Kiel. Die Bundesregierung verhindert seit sechs Jahren die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen beim Waffengeschäft zwischen IKL, HDW und Südafrika. Nach der UNO-Resolution Ende 1989, in der die Bundesrepublik aufgefordert wird, derartige illegale Waffengeschäfte zu unterbinden, wurden die Ermittlungen der Kieler Staatsanwaltschaft wieder aufgenommen. Stoltenberg soll in seiner Funktion als Finanzminister bereits im Juli 1987 von dem Geschäft gewußt und dessen Vertuschung geduldet haben. Wie zu erwarten, mauert die Bundesregierung weiter. Darum fordern die Grünen, die Anti-Apartheid-Koordination Schleswig-Holstein und weitere Gruppen die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses in Schleswig-Holstein. Der würde nicht an die Bundesbehörden herankommen, vielleicht aber aufdecken, wie das Kieler Wirtschaftsministerium vermittelt hat. SPD und SSW traten auf einer Veranstaltung dagegen auf. Sie fordern die Vorlage eines Berichtes über die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen von der Landesregierung. — (ans)

Jugendaktionsbündnis-Demo am Tag vor Kommunalwahlen

München. Am 17. März, einen Tag vor den Kommunalwahlen in München, organisierte das Jugendaktionsbündnis gemeinsam mit der Autonomen Sozialistischen Jugend, der IG Medien Jugend, der Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend und der Schnorrhaus Initiative eine Demonstration gegen Jugend-, Ausländer- und Frauenfeindlichkeit und Wohnungsnot, 800 Demonstrantinnen und Demonstranten nahmen an dem stimmungsvollen Umzug teil. In den Reden hieß es u.a., es gehe nicht nur um Wohnungsnot, Kulturzerstörung oder Jugendfeindlichkeit, sondern um die betriebene Politik. An der Wohnungsnot seien nicht Ausländerinnen und Ausländer schuld, sondern der Zuzug von High-Tech-Firmen. — (chl)

Lebensschützer greifen Arbeitskreis § 218 an

Augsburg. Die „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA) fürchtet, der Augsburger Arbeitskreis § 218 könne in einer Klinik legale Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs durchsetzen. Dies zu verhindern ist erklärtes Ziel der ALfA, einer bundesweit tätigen Organisation mit Sitz in der Diözese Augsburg. Die ALfA hat schon in Stuttgart die Einrichtung einer solchen Abteilung zu verhindern versucht, u.a. durch Kampagnen gegen den Arzt Andreas Stapf, der die Stuttgarter Einrichtung 1991 übernommen wird. Auf einer Veranstaltung des §-218-Arbeitskreises hatte er über die Stuttgarter Auseinandersetzung berichtet. Die ALfA weiß sehr wohl, daß Dr. Stapf auf keinen Fall gleichzeitig an einem anderen Ort eine Klinik übernehmen kann. Trotzdem streut sie über gezielte Pressekampagnen das Gerücht aus, er wolle auch in Augsburg eine ähnliche Klinik eröffnen. Morgenluft wittern die Lebensschützer durch die Normenkontrollklage des Freistaats Bayern gegen die Handhabung des § 218 vor dem Bundesverfassungsgericht, die nun auch das Land Baden-Württemberg unterstützt. — (elf)

Brutaler Überfall auf Flüchtlingsheim

Essen. Rund 50 Skinheads haben am 9. März ein Flüchtlingsheim in Essen-Steele überfallen. Sie warfen die Scheiben ein, drangen mit Äxten, Knütteln und Tränengas in eins der von rund 170 Roma und Libanesen bewohnten Häuser ein und zertrümmerten das Mobiliar im Erdgeschoß. Eine Frau und zwei Kinder mußten ins Krankenhaus. Der gut vorbereitete Überfall ist der bisher schlimmste solcher Art in Essen. Bekannt ist, daß vor allem die faschistische FAP versucht, in Steele Fuß zu fassen. Ausländerbeirat, Flüchtlingsrat, DKP, die Grünen und Politiker der SPD haben den Überfall verurteilt. Das Antifaschistische Forum Essen und andere planen Aktionen gegen die Umtriebe faschistischer Kräfte in Essen-Steele. — (wof)

Land erhöht Lernmittelhilfe

Hannover. Als Reaktion auf die Förderung der niedersächsischen SPD nach Lernmittelfreiheit hat Kultusminister Horrmann (CDU) angekündigt, daß er die Lernmittelhilfe für einkommensschwache Eltern von jetzt 50 DM auf 200 DM pro Schuljahr erhöhen will — voraussichtlich nach der Landtagswahl. Die zusätzlichen Kosten werden mit jährlich 20 Millionen DM veranschlagt. Die SPD hatte Lernmittelfreiheit gefordert, um die Diskriminierungen im Klassenzimmer abzuschaffen. Niedersachsen ist das einzige Bundesland, in dem noch keine Lernmittelfreiheit herrscht. — (ibm)

„Mit 51 Jahren sind die Feuerwehrleute oft am Ende“

Augsburg. Mit obigem Zitat kennzeichnete die ÖTV die Situation der 2400 bayerischen Feuerwehrleute. Ihre durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 61 Jahren. Seinen Urlaub kann der Feuerwehrmann nur alle vier Jahre selbst frei wählen. Wer das Glück hat, das 60. Lebensjahr zu erreichen — und das sind nur 49 Prozent — muß im schlechtesten Fall mit einer Pension auskommen, die gerade 46,8 Prozent seiner Bezüge ausmacht. Strapaziöser Alarmdienst mit 55 Wochenstunden und viel zu geringem Gehalt — ein verheirateter Beamter mit mehreren Dienstjahren verdient rund 2600 Mark brutto — nennt die ÖTV als Ursachen. Rund zwei Drittel der Feuerwehrleute sind in dieser Gewerkschaft organisiert. Sie fordert eine bessere Besoldung, eine Arbeitszeit von höchstens 50 Stunden in der Woche und ein Pensionsalter von höchstens 55 Jahren. Das bayerische Innenministerium hat bislang eine Neuregelung der Arbeitszeitverordnung für Feuerwehrleute abgelehnt. In die Arbeitszeit, so das Ministerium in einem Brief an die ÖTV, falle der sogenannte Bereitschaftsdienst, bei dem die Feuerwehrleute auf Abruf in der Feuerwache oder zu Hause sitzen; dies sei keine echte Arbeitszeit. Der Personalratsvorsitzende der Berufsfeuerwehren Augsburg und München klärte über die „Echtheit“ auf: „Nachweislich fallen jedoch 70 Prozent aller Einsätze der Augsburger Berufsfeuerwehr in die Bereitschaftszeit“. Augsburger Abgeordnete der SPD und CSU haben beantragt, daß sich der Landtag mit diesen Problemen beschäftigt. — (baf)

Gegen Kandidatur faschistischer Parteien

Örtliche Bündnisse in Niedersachsen fordern Nichtzulassung durch Wahlausschüsse

Goslar. Zu den Landtagswahlen in Niedersachsen haben mehrere faschistische Organisationen ihre Kandidatur angezeigt. Neben Republikanern und NPD wollen Demokratische Republikaner, FAP, Patrioten u.a. an den am 13. Mai stattfindenden Wahlen teilnehmen. Das geänderte niedersächsische Wahlgesetz, das keine Unterstützungsunterschriften für Landeslisten verlangt, begünstigt die Teilnahme zahlreicher faschistischer Organisationen.

Die Teilnehmer der Antifaschistischen Konferenz Niedersachsen vom Januar 1990 haben in der Abschlusserklärung die örtlichen antifaschistischen Gruppen und Bündnisse dazu aufgerufen, „alle Aktivitäten für ein Ausländerwahlrecht zu unterstützen und bei den Kreis- und dem Landesausschüssen gegen eine Wahlzulassung neofaschistischer Parteien zu protestieren. Keine Stimme für faschistische Parteien!“. Die Konferenz fordert u.a. die Nichtzulassung faschistischer Organisationen gemäß Artikel 139 GG, die Absicherung sozialer Mindeststandards, gleiche Rechte für alle in der BRD lebenden Menschen sowie die unmißverständliche

Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen durch die BRD einschließlich der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR.

Bezüglich der Vorschläge, den antifaschistischen Widerstand von Seiten der örtlichen Bündnisse zu konzentrieren auf Aktivitäten zum Antirassismustag der UNO am 21.3., die Tagungen des Landes- und der Kreiswahlausschüsse Anfang April sowie auf eine antifaschistische Aktionswoche vor den Landtagswahlen vom 1. bis 8. Mai, gibt es in zahlreichen Orten Niedersachsens vielseitige Tätigkeiten.

In Hildesheim ist nach der landesweiten Demonstration von 2500 Menschen am 17.3. in Hannover gegen die Ausländergesetze und für gleiche Rechte (siehe auch Artikel auf Seite 7) am Antirassismustag ein Info-Zentrum in der Fußgängerzone durchgeführt worden mit vier Ständen von DGB, Asyl e.V., Türkischem Volkshaus und Volksfront und Flugblattverteilung. Bereits am 10.3. hatten in Hildesheim 300 gegen die Verschärfung der rassistischen Ausländergesetze demonstriert.

In Lüneburg haben Ende Februar die

über 30 Teilnehmer eines Antifa-Tages den Aufbau einer landesweiten Antifaschistischen Koordination begrüßt und örtliche Tätigkeiten mit einem Schwerpunkt gegen den nationalistischen Wiedervereinigungstaumel geplant. Am 17.3. wurde mit ca. 30 Personen Stand und Flugblattverteilung gegen die Großdeutschlandpolitik durchgeführt.

An vielen Orten finden Tätigkeiten gegen die Zulassung faschistischer Organisationen zu den Landtagswahlen statt. In Hannover führt der Kreisverband der VVN/BdA eine Postkartenkampagne an den Landesausschuss für Nichtzulassung gemäß Artikel 139 GG und Kontrollratsgesetzen durch, die auch von anderen Orten aus unterstützt wird. Zu der öffentlichen Sitzung des Ausschusses am 5.4. wird eine gemeinsame Aktion örtlich vorbereitet. Briefe an die Mitglieder der diversen Kreiswahlausschüsse (11.4.) — meistens zur Kenntnis an Landeswahlleiter, Parteien, Presse — sind bereits in vielen Städten und Kreisen von Bündnissen verschickt worden, beispielsweise von der Antifaschistischen Initiative Soltau-Fallingb. Visselhövede, von Arbeit und Leben Hildesheim im Auftrag einer Antifaschistischen Koordination, vom Antifaschistischen Plenum Goslar.

In dem Brief an die Mitglieder des Goslarer Kreiswahlausschusses werden diese aufgefordert, nicht etwa nur festzustellen, ob eine Organisation wie Republikaner, NPD usw. bereits verboten ist oder nicht, sondern sich eine eigenständige Meinung zu bilden und die Einreichung von Wahlvorschlägen faschistischer Organisationen zum Anlaß zu nehmen, diese gemäß Artikel 139 GG und Kontrollratsgesetzen nicht zur Wahl zuzulassen und beim Bundesinnenminister auf eine Verbotsverfügung hinzuwirken. Der Brief kann sich auf die Zielsetzung des in den letzten Monaten gebildeten „Antifaschistischen Bündnisses im Landkreis Goslar“ stützen, das von mehreren Einzelgewerkschaften, DGB, AWO, SPD, Grünen bis hin zu VVN/BdA und Volksfront unterstützt wird. Ein Plakat „Keine Stimme für faschistische Parteien! Hier wurde eine Wahlwerbung mit menschenverachtendem, rassistischem, großdeutschem Inhalt überklebt“ ist in Vorbereitung. — (mio)



Antifaschistische Demonstration Ende November 1989 in Göttingen gegen Faschismus und Terror von Sonderkommandos der Polizei.

Schweinfurt: Rechte Parteien gestärkt

Beachtliches Ergebnis für alternative, linke Liste „Kommunalpolitik von unten“

Schweinfurt. Das Ergebnis der Stadtratswahlen: SPD 23 Sitze (- 2), CSU 16 (- 2), Reps 2 (+ 2), Grüne-Offene-Liste 2 (+2), FDP 1. Trotz Verlust von 7,75 % konnte die SPD ihre absolute Mehrheit halten, insgesamt verzeichnet wurde ein zweites Mal die Zahl von Wählern Stimmen an die alternative, linke Liste verteilt.

Während die Grüne-Offene-Liste auf 3,56 % kam, erzielte das Wahlbündnis linker, alternativer Kräfte „Liste Kommunalpolitik von unten“ 1,19 % der Stimmen. Beide Listen waren erstmals angetreten und hatten Listenverbindung vereinbart. Durch die Listenverbindung wurde ein zweites Mal erreicht, daß die Grünen fiel und der CSU verloren ging. Kreisvorsitzender Dr. Stockinger (CSU) dazu: „Betroffen gemacht habe ihn das Resultat der Grünen in Listenverbindung“. Riederer (FDP): Daß die Grünen jetzt auch die Politik ihres linken Listenpartners vertreten müßten, „macht die Sache nicht leichter“.

Die 1,19 % der Liste Kommunalpolitik von unten entsprechen rechnerisch 350 Wählern. Da aber knapp 50 % der Stimmen von Wählern kamen, die zwischen verschiedenen Listen panschierten, hat eine weitaus höhere Zahl von Wählern Stimmen an die alternative, linke Liste verteilt.

Die Liste Kommunalpolitik von unten hatte ein ausführliches Wahlprogramm vorgestellt und eine Wahlzeitung in 10000 Auflage verteilt. Die Wahlveranstaltungen waren gut besucht, Höhepunkt war das abschließende Fest „Schweinfurter Künstler gegen rechts“, auf dem 12 lokale Musik- und Theatergruppen vor 500 Teilnehmern ohne Gage zugunsten der alternativen, linken Liste auftraten. Aus der Erklärung der Liste Kommunalpolitik von unten zur Stadtratswahl:

„Das Auftreten der Republikaner mit

einem ausdrücklich rassistischen, menschenverachtenden Programm war das negative Ergebnis. Wir können mit der Wertung im Schweinfurter Tagblatt „Republikaner gestoppt ... Sie wurden auch in Schweinfurt auf ein Maß zurückgestuft, mit dem sich zunächst einmal leben läßt“, nicht übereinstimmen. Sollte das zur Haltung der Stadträte der anderen Parteien werden, werden wir die schleichende Etablierung faschistischer Politik erleben.

... Wir haben die Grünen zu nichts verpflichtet und werden das auch nicht tun. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß konstruktive Zusammenarbeit möglich ist, deshalb sind wir die Listenverbindung eingegangen. Die Grünen ste-

hen jetzt vor einer schweren Aufgabe im Stadtrat. Wir können unsere Unterstützung anbieten. Aber mit dem 2. Sitz bleibt es dabei: Geschenkt ist geschenkt!

Wir sind zur Stadtratswahl angetreten, weil wir zeigen wollten, daß das Bild der zersplitterten Alternativen und Linken, die nur allgemeine Aussagen zur „großen Politik“ machen können, nicht stimmt. Wir wollten beweisen, daß sich hinter der „Zersplittertheit“ durchaus Vielseitigkeit verbirgt, und daß die Linken in der Lage sind, zu vielen Bereichen der lokalen Politik kritische Aussagen zu machen. Wir wollten mit der Kandidatur unsere Ziele zur öffentlichen Diskussion und Überprüfung stellen, also eine verbindliche Politik machen. Deshalb haben wir die Zusammenarbeit verstärkt und zusammen mit vielen ein Wahlprogramm erarbeitet.

Wir denken, daß uns damit ein qualitativer Fortschritt gelungen ist.

Wir waren realistisch genug, 1 % der Stimmen bei unserer ersten Kandidatur als Erfolg zu erhoffen und zu werten. Insofern halten wir das Ergebnis für beachtlich. Vor allem haben wir bei vielen Leuten Unterstützung und Sympathie gefunden, was in den dünnen Zahlen von 1,19 % so nicht zum Ausdruck kommt. Vielleicht waren wir auch „zu realistisch“ und hätten noch mehr erreichen können ... Sechs Jahre (bis zur nächsten Stadtratswahl) sind eine lange Zeit, und unsere Liste ist jung. Dennoch wollen wir weitermachen.“

Die nebenstehende Tabelle aus der Süddt. Zeitung vom 24./25.3.90 zeigt ein vorläufiges bayerisches Endergebnis. Sie enthält nicht die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in den kreisangehörigen Gemeinden. Hier haben die Republikaner aber noch weitere Mandate gewonnen. — (cls, dil)

Das Ergebnis der Kommunalwahlen

(In Klammern die Resultate der Kommunalwahlen 1984)

Ein politisch besonders aussagekräftiges Bild ergibt die Zusammenfassung der Resultate der Stadtratswahlen und der Kreistagswahlen, wie sie folgende Tabelle ausweist.

| | Wahlberechtigt | 8 467 456 |
|---------------|-----------------|---------------|
| | Wahlbeteiligung | 75,0 (74,7) % |
| | Prozent | Sitze |
| CSU | 41,9 (49,1) | 2442 (2779) |
| SPD | 28,4 (30,5) | 1534 (1608) |
| Grüne | 5,4 (3,6) | 239 (138) |
| FDP | 2,5 (2,2) | 100 (82) |
| REP | 5,4 (0,0) | 252 (1) |
| Sonstige | 0,8 (0,6) | 22 (7) |
| Gem. Listen | 3,6 (3,2) | 202 (176) |
| Wählergruppen | 11,9 (10,8) | 689 (623) |

DDR-Anschluß nach Art. 23 muß verhindert werden!

Der BWK ruft auf, sich an der Demonstration „Nie wieder Deutschland“ am 12. 6. in Frankfurt zu beteiligen

Die veröffentlichte Meinung ist einig wie selten: Der Wahlausgang in der DDR habe die von der BRD eingeschlagene Anschlußpolitik nach Artikel 23 GG bestätigt. Damit scheint die Bundesregierung von einem nicht geringen Problem befreit: Ihre Politik gegenüber der DDR erhält den Anschein von Legitimation, den Schein der Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Doch der Schein trügt. Zwar enthält die KSZE-Schlußakte die Festlegung, daß die Teilnehmerstaaten, u.a. BRD und DDR, ihre Grenzen durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändern können. Aber darauf kann sich die BRD nicht beru-

fen. Denn weder sind ihre Mittel friedlich, noch strebt sie Vereinbarungen — die ja Gleichberechtigung voraussetzen — mit der DDR an. Die BRD hat sich in derselben KSZE-Schlußakte darauf festgelegt, sich „jeglicher Forderung oder Handlung (zu) enthalten, sich eines Teils oder des gesamten Territoriums irgendeines Teilnehmerstaates zu bemächtigen“. Sie hat sich im Grundlagenvertrag u.a. darauf festgelegt, „normale gutnachbarliche Beziehungen“ mit der DDR „auf der Grundlage der Gleichberechtigung“ zu entwickeln, die territoriale Integrität der DDR uneingeschränkt zu achten und ihre Hoheitsgewalt auf das eige-

ne Staatsgebiet zu beschränken. Alle diese völkerrechtlichen Verpflichtungen verletzt die BRD durch die Anwendung des Artikels 23, mit dem sie das Grundgesetz „in anderen Teilen Deutschlands ... nach deren Beitritt in Kraft zu setzen“ trachtet.

Wir dokumentieren im folgenden die völkerrechtswidrige Destabilisierungs- und Anschlußpolitik der BRD gegen die DDR sowie Stellungnahmen und Initiativen dagegen. Wir rufen dazu auf, die Demonstration am 12. Mai in Frankfurt und alle weiteren Initiativen gegen die Anschlußpolitik der DDR zu unterstützen. — (Berichterstattung: scc)

UdSSR warnt: unrechtmäßig und unakzeptabel

Im Gegensatz zum Saarland, das nach Verhandlungen mit Frankreich mittels des Artikels 23 der BRD eingegliedert wurde, ist die DDR ein souveräner Staat mit eigener Verfassung, Gesetzgebung, ökonomischer, sozialer und politischer Ordnung sowie internationalen Verpflichtungen. All dies würde durch Zerstörung und Anschluß der DDR im Sinne des Artikels 23 GG hinweggefegt. Die Sowjetunion, eine der vier Siegermächte, brandmarkt das sich immer deutlicher abzeichnende aggressive Vorgehen der BRD als „Usurpation eines deutschen Staates durch den anderen“. Sie macht gegen die Anwendung von Artikel 23 ihre Rechte und ihre Verantwortung „für Deutschland als Ganzes“ geltend. Die folgende Erklärung des sowjetischen Außenministeriums wurde in der westdeutschen Öffentlichkeit weitgehend totgeschwiegen.

Erklärung des Außenministeriums der UdSSR

Am 14. März 1990 gab das Außenministerium der UdSSR zum Beginn der „2 plus 4“-Verhandlungen die folgende Erklärung ab:

Der in letzter Zeit begonnene Prozeß der Annäherung zwischen der BRD und der DDR und die damit entstandene reale Aussicht einer Vereinigung Deutschlands haben die deutsche Frage erneut in den Vordergrund der Weltpolitik gerückt. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wird heute auf solche Schwerpunktelemente konzentriert wie den Abschluß eines Friedensvertrages, den militärpolitischen Status des künftigen Deutschland, seine Grenzen, die Erhaltung der heutigen Stabilität und des Kräftegleichgewichts auf dem Kontinent, die weitere Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses, einschließlich der Schaffung neuer Strukturen der kollektiven Sicherheit. Die Lösung jeder dieser Aufgaben — sowohl einzeln genommen als auch in ihrer Gesamtheit — ist allein schon wegen ihres großangelegten Charakters lediglich auf einer vereinbarten Grundlage denkbar.

Unter Berücksichtigung dessen wurde in Ottawa beschlossen, unter Einbeziehung der zwei deutschen Staaten, der UdSSR, Großbritanniens, der USA und Frankreichs einen entsprechenden Verhandlungsmechanismus zu schaffen, in dessen Rahmen alle Teilnehmerseiten in Übereinstimmung mit dem Charakter und dem Umfang ihrer Rechte und Verantwortungen wirken werden. Das schließt selbstverständlich die Teilnahme jedes anderen europäischen Staates in dieser oder jener Form bei der Erörterung von Fragen nicht aus, die für ihn von Interesse sind und sich auf die friedliche Regelung der deutschen Frage beziehen. Ein besonderes Augenmerk muß der Lösung der Synchronisierung der Annäherung und der möglichen Vereinigung der zwei deutschen Staaten mit dem gesamteuropäischen Prozeß gelten. Eine derart umfangreiche Arbeit kann, sofern man natürlich mit der gebührenden Verantwortung an sie herangeht, selbst mit den Bemühungen vieler Teilnehmer nicht in einem Zuge geleistet werden. Deshalb kann es nur um die etappenweise Entwicklung, ohne ihre künstliche Forcierung und ohne die Herbeiführung einer Atmosphäre zeitlichen Drucks rund um den Aufbau der deutschen Einheit gehen. Davon geht eigentlich auch die überwiegende Mehrheit der interessierten Staaten aus.

Anscheinend pflichtet man dem auch in Bonn bei. Jedoch haben es gewisse Kreise in der BRD in der Praxis fortgesetzt darauf abgesehen, aus der Regelung der deutschen Frage eine Reihe ihrer potentiellen Teilnehmer auszuschließen und die Weltgemeinschaft,

einschließlich der vier Mächte, vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Einen Schlüssel zur Durchsetzung dieses Ziels sehen einige CDU/CSU-Politiker darin, Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD anzuwenden, der es ermöglicht, die DDR an die BRD in Teilstücken, als einzelne Länder oder als ganze Republik anzuschließen. Anders gesagt, ist man im Grunde genommen auf die Usurpation eines deutschen Staates durch den anderen aus.

In diesem Fall rechnet man anscheinend in Bonn damit, die DDR um ihre souveränen Prärogativen (Vorrechte — Red.) zu bringen, als gleichberechtigter Partner die Rechte und Interessen der Bürger der DDR, ihre sozialen Errungenschaften, jene Werte zu verteidigen, die seit Bestehen der Republik beharrlich geschaffen worden sind. In Übereinstimmung mit dieser Zielsetzung wird heute auch die praktische Linie der BRD gegenüber der DDR gestaltet. Man möchte sie durch eine massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik und durch die Anschläge auf die volkswirtschaftlichen, Vermögens- und gesellschaftlichen Strukturen vor die Gefahr des wirtschaftlichen Chaos stellen. In der DDR, und nicht nur dort, wird darauf verwiesen, daß eine solche Variante die Lebensinteressen der Bürger der Republik beeinträchtigen und ihnen die Hauptlast

und Nebenfolgen der Anpassung an andere sozialökonomische und politische Bedingungen und Zustände aufbürden würde.

Keine geringen Opfer würde sie auch den westdeutschen Steuerzahlern abverlangen.

Und wohin mit den Verpflichtungen aus den internationalen Abkommen der BRD? Wollte man sie auf die DDR übertragen, wäre damit der militärpolitische Status des vereinten Deutschland, d.h. sein Anschluß an die NATO vorausbestimmt. Ferner läßt Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD die Möglichkeit zu, territoriale Ansprüche an andere Staaten zu erheben. Das alles aber berührt doch unmittelbar die außenpolitischen Aspekte.

Von welcher Seite man die Anwendung des Artikels 23 auch betrachten möge, wäre ein solches Vorgehen unrechtmäßig und unakzeptabel. Fragen, die für ganz Europa eine fürwahr schicksalsträchtige Bedeutung haben, können nicht aufgrund der Verfassung oder anderer innenpolitischer Akte der BRD gelöst werden, können nicht allein das Werk der Deutschen sein.

Man darf nicht vergessen, daß die Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und die USA laut Potsdamer Abkommen ihre Rechte und die Verantwortung für Deutschland als Ganzes und dafür, daß von deutschem Boden nie mehr eine Gefahr für den Frieden ausgeht, nach wie vor bewahren. Es ist

ihre direkte Pflicht, gemeinsam mit der BRD und der DDR diese grundlegende Bestimmung in Form von zuverlässigen völkerrechtlichen Garantien zu realisieren.

Man muß auch daran denken, daß das Potsdamer Abkommen eindeutig davon ausgeht, daß die Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit in einem geregelten, demokratischen Rahmen zu erfolgen hat, daß die Ordnung und die Bedingungen der Vereinigung beider deutscher Staaten aufgrund der Vereinbarung aller interessierten Seiten und vor allem der vier Mächte entschieden werden. Später wurde diese grundsätzliche Bestimmung auch in entsprechenden Verträgen der BRD mit den drei Westmächten bzw. der DDR mit der Sowjetunion verankert, die besagen, daß die vier Mächte ihre Rechte und ihre Verantwortung gegenüber Deutschland als Ganzes in vollem Maße bewahren. Das gilt auch für Westberlin mit seinem besonderen Status, der durch das vierseitige Abkommen bestimmt ist.

Nicht Einverleibung eines deutschen Staates durch den anderen, nicht voreilige und einseitige Handlungen, diktiert von konjunkturbedingtem Kalkül, sondern vereinte Anstrengungen aller interessierten Seiten können daher eine gegenseitig annehmbare, für eine langfristige Perspektive berechnete Lösung der höchst komplizierten Probleme der Regelung der deutschen Frage garantie-

ren. Unbestreitbar ist ferner, daß die überwiegende Mehrheit der europäischen Staaten, gestützt auf die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki, die Erhaltung und Festigung der Stabilität auf dem Kontinent als Hauptorientierungspunkt betrachten.

An einem solchen Verhalten sind auch viele Deutsche sowohl in der DDR als auch in der BRD vital interessiert, da sie sich dessen bewußt sind, daß ein künftiges Deutschland nur dann eine würdige Stelle in der Weltgemeinschaft einnehmen und ihr Vertrauen gewinnen kann, wenn es sein gesamtes Potential in den Dienst des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa stellt. Die Lehren des zweiten Weltkrieges verpflichten alle, die von dieser Tragödie betroffen wurden, alles in ihren Kräften stehende zu tun, damit sie sich künftig nie wiederhole.

Die Haltung der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten wird vor allem durch ihren aufrichtigen Wunsch diktiert, im Frieden und Einvernehmen mit dem deutschen und anderen europäischen Völkern zu leben, einen wichtigen konstruktiven Beitrag zum gesamteuropäischen friedlichen Aufbau und zu einer zuverlässigen Sicherheit auf den Prinzipien der Kollektivität zu leisten.

Quelle: Dokumente, hrsg. von der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR in Zusammenarbeit mit der Presseagentur Nowosti, Nr. 12 vom 15. 3. 90

Die BRD destabilisiert die DDR

Die BRD-Propaganda, die sich auf Maßnahmen massiver wirtschaftlicher Aggression und politischer Einmischung stützt, zielt systematisch darauf ab, den Staat DDR zu unterminieren und „anschlusreif“ zu machen. Die Anschluß-Propagandisten heben ausdrücklich hervor, daß an einen „Beitritt“ der DDR insgesamt und auf einmal „nicht zu denken“ sei (so das „Hamburger Abendblatt“ am 14. 2.). Die BRD will die DDR zerlegen, bevor sie sie einverleibt. Die Versprechungen der Bundesregierung, mit dem Artikel 23 ginge alles ganz leicht, finden Resonanz in der DDR und treiben aggressive Absichten und Handlungen hervor. Der Fall Eichsfeld hat System. Daß er sich zu einer brandgefährlichen Situation zuspitzte, hat — vorerst — der Runde Tisch in Heiligenstadt verhindert, nicht die BRD. Diese hält sich auf diplomatischer Ebene zwar zurück. Aber sie legt es darauf an, sich einladen zu lassen, ihre Hoheitsgewalt auf das Territorium der DDR zu erstrecken. Dem dient auch die Propaganda vom „Zerfall“ des Staates in der DDR.

Die Strategie der BRD trägt Früchte — eine kurze Chronik

„... jedes einzelne Land der DDR (kann) für sich allein den Beitritt bewerkstelligen ... Wenn sich nach den Wahlen die Länder neu konstituieren, könnte Wiedervereinigung quasi stückweise passieren. Teil für Teil würde aus der DDR herausgebrochen und an die Bundesrepublik geklebt. Verfassungsrechtlich denkbar erscheint sogar, daß jeder der schon jetzt bestehenden Bezirke den Beitritt zur Bundesrepublik wirksam erklären kann ...“ („Süddeutsche Zeitung“, 7. 2.)

„Die deutsche Einheit kommt — nicht als Tat, sondern als Ereignis. Ein Magnet, stärker als die Macht ... Die Bevölkerung der DDR fließt nach Westen, der Staat verfällt mit jedem Tag weiter.“ („Zeit“, 9. 2.)

„„Spiegel“: Herr Minister, wann bricht die DDR zusammen? — Waigel: Eine krisenhafte Zuspitzung der Lage ist unverkennbar. Staatliche Autorität verfällt. Der jetzigen Regierung mangelt es an Mut, notwendige Entscheidungen zu fällen und zu vollziehen. —

„Spiegel“: Sollte die DDR nicht den einfachsten Weg aus dem Chaos wählen, nämlich den Beitritt zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes?“ („Spiegel“, 12. 2.)

„Modalitäten eines Beitritts ... Entsprechend der bundesstaatlichen Struktur muß das Vereinigungsgesetz die Länder feststellen oder die Eingliederung beitretender Teile in bestehende Länder.“ (Rauschnig, Professor für Öffentliches Recht an der Uni Göttingen, „Hamburger Abendblatt“, 14. 2.)

„Freilich könnten — theoretisch — auch Bezirke der DDR als Teile Deutschlands verstanden werden ... In einer Situation der revolutionären Veränderung ist vieles möglich ... Wenn sich dann ein einzelnes Land entschloß, der Bundesrepublik beizutreten, wäre das aus der Sicht der alten DDR gewiß ein revolutionärer Vorgang, nur möglich angesichts eines Verfalls der Integrationskraft des SED-Staates.“ („Frankf. Allg. Ztg.“, 15. 2.)

„Es wird der Eindruck erweckt, als hätten wir in der Bundesrepublik bei der Frage ‚Beitritt ja oder nein‘ irgendeine Entscheidungsbefugnis. Dem ist aber nicht so. Ein Blick ins Grundgesetz belehrt uns vielmehr: Unser Votum ist hier überhaupt nicht gefragt ... Das Grundgesetz gibt ... den Menschen in der DDR das verfassungsrechtlich garantierte Recht auf einen Beitritt zur Bundesrepublik.“ (Bundesjustizminister Engelhard, „Süddt. Ztg.“, 10. / 11. 3.)

„DDR-Kreise wünschen Anschluß an Niedersachsen. Der Kreis Heiligenstadt (DDR) will noch vor den Volkskammerwahlen die Mitgliedschaft im Bundesland Niedersachsen anstreben. Werner Henning (CDU), Vorsitzender des Rates des Kreises, betonte, man wolle den Anschluß ungeachtet der Linie, die in Ost-Berlin verfolgt wird, nach Artikel 23 des Grundgesetzes vollziehen. Einen entsprechenden Antrag werde der Rat des Kreises am Donnerstag beschließen ... Nach einem Gespräch mit seinem Amtskollegen im Kreis Worbis ... habe er den Eindruck, daß auch dort der Beitritt zu Niedersachsen angestrebt wird. Die Bevölkerung gerade in den grenznahen Kreisen erwarte schnelle Fortschritte. Ein Beitritt werde ihr wieder eine Perspektive bieten können. Henning verwies darauf, daß das Eichs-



Die Potsdamer Konferenz hat festgestellt, daß das Deutsche Reich nicht mehr existiert. Die Festlegungen der Anti-Hitler-Koalition haben immerhin dazu geführt, daß von den Staaten, die auf dem ehemaligen Reichsgebiet entstanden, in seither kein Krieg mehr ausging. Die Versuche, das Deutsche Reich wiederzuleben, müssen daher auf den Widerstand aller friedliebenden Menschen stoßen!

feld die Teilung nie akzeptiert habe. Eine Wiedervereinigung dieser Region sei Traum aller Eichsfelder ... Ein Sprecher der niedersächsischen Staatskanzlei in Hannover erklärte auf Anfrage, die Landesregierung habe die Pläne der DDR-Kreise mit Interesse zur Kenntnis genommen ... („Hannoversche Allgemeine“, 14. 3.)

„Der Runde Tisch hat den ersten Mann des Kreises zurückgepfiffen ... Die Idee bleibt dennoch lebendig. Der Vorsitzende des Rates hat es geschafft, den Wunsch eines großen Teiles der Bevölkerung zu artikulieren. Auch wenn die Zeit für einen gemeinsamen Eichsfeld-Kreis noch nicht reif ist, die

Richtung ist aufgezeigt.“ („Göttinger Tageblatt“, 15. 3.)

„Ohne ... die gewichtigen Einwände der Juristen anzuhören, hat er (Henning — Red.) beschlossen: Der Kreis Heiligenstadt wird selbständig und schließt sich Niedersachsen an. Nur diese Ankündigung verblüfft. Die Gründe dafür leuchten jedem ein; der Bezirk Erfurt kann Heiligenstadt nichts mehr bieten ... gibt es seit Wochen die „Eichsfelder Infrastrukturförderungs-GmbH“, die rechts und links der Grenze arbeitet, und auch der entstehende Regionalrat soll sich um die Grenze nicht kümmern.“ („Frankf. Allg. Ztg.“, 16. 3.)

Die BRD zielt auf Umsturz Eigentumsordnung der DDR ist ihr im Wege

Bei dem Zusammenschluß von BRD und DDR werden die jeweiligen Eigentumsordnungen anerkannt werden und bestehen bleiben. Das ist völkerrechtlicher Grundsatz. Dementsprechend hat DDR-Ministerpräsident Modrow der Bundesregierung in einem Schreiben Hinweis auf den Grundlagenvertrag gemacht, daß „die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Deutschen Demokratischen Republik entstandene Eigentumsordnung nicht in Frage zu stellen“ ist („Welt am Sonntag“, 3.3.). Die BRD meint, darüber hinweggehen zu können. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie hat die DDR nie als anerkannt, weil sie die Legitimität der dort herrschenden Eigentumsverhältnisse bestritten hat, und sie maß heute mit dem Argument der Nichtanerkennung der DDR das Recht an, die Eigentumsordnung in der DDR zu zerstören. Sie betreibt den Umsturz. Deshalb auch finden ständig neue Vorstöße statt, die bestehende DDR-Verfassung auszuhebeln und gleichzeitig die Verfassungsdebatte, die in der DDR eingesetzt hat, im Keim zu ersticken.

Immer deutlicher tritt dabei zutage, daß die westdeutsche Monopolbourgeoisie beabsichtigt, die „anderen Teile Deutschlands“ dem Kernreich BRD als eine Art Protektorat mit minderem Status und minderem Recht anzugliedern.

Immer neue Vorstöße und Anmaßungen

Der DIHT fordert: „Es müsse auch noch zur Rücknahme der Enteignungen bzw. Wiedergutmachung in den Fällen kommen, wo eine Rückerstattung des verstaatlichten privaten Eigentums nicht mehr möglich sei. Man kann sich nicht mit der Wiederherstellung des alten Eigentumszustandes nur für das 1972 enteignete Vermögen begnügen, man muß zurückgehen bis zu den Anfängen der DDR und ihren Enteignungswellen ... man kann nicht die Rechtsstaatlichkeit auf einer Basis des Unrechtes einführen.“ („Handelsblatt“, 9.3.)

„Über der Arbeit des Kabinettsausschusses (zur Frage der Eigentumsverhältnisse in der DDR — Red.) stehen

vier im wesentlichen unbestrittene Grundsätze ... 2. Da die DDR für die Bundesrepublik nie Ausland war, gilt nicht der Satz des Völkerrechts, daß beim Zusammenschluß zweier Staaten die jeweiligen Eigentumsordnungen bestehen bleiben. 3. Vielfach waren die Enteignungen in der Sowjetzone/DDR selbst nach DDR-Recht, das insofern eine Verschleiерungsform hatte, rechtswidrig. Dies gilt 4. um so mehr, als ein vereinigt Deutschland auf jeden Fall ein Rechtsstaat sein wird ...

In der Bundesregierung spielt zur Zeit ein Gutachten des verstorbenen Heidelberger Staatsrechtslehrers Forsthoff eine Rolle, das 1954 erstattet wurde und die Frage der Rechtmäßigkeit der Bodenreform in der Sowjetzone behandelt. Forsthoff kommt ... zu dem Ergebnis, daß die Enteignungen in der Sowjetzone rechtswidrig waren und die Zuweisungen von Land an die „Neubauern“ ... ebenfalls ...

Der Stand der verschiedenen Eigentumsentziehungen soll im Fortgang der Arbeiten des Kabinettsausschusses zum einen am zur gegebenen Zeit geltenden DDR-Recht geprüft werden, zum anderen an dem der Bundesrepublik. („FAZ“, 21.3.)

„Wenn es aber in der DDR — was ja

niemand bestreitet — eine Revolution gegeben hat, dann wurde damit automatisch und ohne weiteren Rechtsakt die normative Kraft der sozialistischen Verfassungsordnung außer Kraft gesetzt ... Nach dem grundsätzlichen politischen Wandel in der DDR ist die Verfassung von 1974 im Lichte ihrer eigenen Selbstverständnisse obsolet ... Das Gebot der Stunde in der DDR ist nicht die Änderung der Verfassung von 1974 nach den ihr immanenten Vorschriften, sondern eine Totalrevision der Verfassungsordnung nach der Gesetzmäßigkeit, nach der die Menschen in der DDR ihre friedliche Revolution gestaltet haben. Nach den revolutionären und evolutionären Wandlungen in der DDR kann auch die gegen Deutschland gerichtete Verfassung der DDR von 1974 nicht mehr das Instrument sein, das den möglichen Beitritt der DDR oder die Neukonstituierung Deutschlands staatsrechtlich regelt.“ (Blumenwitz, Professor für Staats- und Völkerrecht an der Uni Würzburg, „Welt“, 21.3.)

„Im „Deutschland-Union-Dienst“ seiner Partei vertrat Langner (Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — Red.) die Ansicht, die Verfassung der DDR, die 1968 erlassen und 1974 ver-

ändert worden sei, sei „null und nichtig“. Von Anfang an habe ihr jede demokratische Legitimität gefehlt ... Die früheren Machthaber hätten sie selbst nie ernst genommen, spätestens mit der Wahl vom 18. März sei diese „sozialistische Verfassungsmaskerade“ untergegangen.“ („FAZ“, 23.3.)

(Streitgespräch zwischen BRD-Innenminister Schäuble und Markus Meckel, SPD der DDR, im „Spiegel“) „Schäuble: Der Risikospiegelraum für Verfassungsänderungen bei den qualifizierten Mehrheitserfordernissen — Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat — ist und bleibt (bei Anschluß nach Art. 23 — Red.) sehr viel geringer. Das ist genau der Punkt. Bei 146 ist alles offen, bei 23 nicht. „Spiegel“: Die verfassungsgebende Versammlung könnte entsprechend den Bevölkerungsanteilen beschickt werden. Das wäre auch eine Garantie. Schäuble: Das halte ich für selbstverständlich. Sonst würde das gegen primitivste Demokratieprinzipien verstoßen. Meckel: Das sehe ich nicht so. Schäuble: Sie wollen eine neue Verfassung mit einfacher Mehrheit haben, bei der 16 Millionen so viel Einfluß haben sollen wie 60 Millionen? Ich bitte Sie, ich bitte Sie herzlich!“ („Spiegel“, 19.3.)

Aufruf für eine Demonstration am 12. Mai 1990 in Frankfurt

Nie wieder Deutschland!

Demonstration gegen deutschen Nationalismus, gegen die Kolonialisierung Osteuropas und gegen die Annexion der DDR

Was gestern noch unmöglich schien, steht heute auf der Tagesordnung der Politik: die Wiedervereinigung von BRD und DDR mit Berlin als alt-neuer Hauptstadt. Die von der Bundesrepublik behauptete Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs ist nicht nur Realpolitik der Bonner Koalition geworden: Eine gesamtdeutsche Parteikoalition von den Republikanern über die CDU/CSU-FDP-Koalition zur SPD bis in die Grünen hinein hat sich in der BRD nach Öffnung der Mauer an die Spitze des nationalistischen Taumels gesetzt und steuert zielstrebig auf die deutsche Einheit zu. Mit diesem Denken und dieser Politik wollen wir nichts zu tun haben.

Beschwichtigungen, ein Viertes Reich sei nicht geplant, sind Wirklichkeitsfern, werden „Reiche“ heute doch weniger durch Einsatz von Armeen als durch Kontrolle des Weltmarkts gebaut. Ein ökonomischer und politischer Koloß in der Mitte Europas, der sich auf seine Identität mit dem deutschen Nationalstaat zwischen 1871 und 1945 beruft, ist ein Viertes Reich. Mit Bedacht zetteln die Herrschenden eine endlose Diskussion um die polnische Westgrenze an.

Differenzen zwischen den Parteien lösen sich auf und sind nur unterschiedliche Wege zur staatlichen Einheit. Vertragsgemeinschafts- und Konföderationsmodelle erweisen sich als verschiedene Vorstufen zu einer Wiedervereinigung unter gleichem imperialistischen Vorzeichen. Wir lehnen alle Wiedervereinigungspläne — in welcher Form auch immer — ab. Wir befürworten die Öffnung der Grenzen, aber nicht ihre Revision.

In der Auseinandersetzung der Systeme nach dem Zweiten Weltkrieg setzt sich derzeit der Kapitalismus gegenüber nichtkapitalistischen Gesellschaftssystemen durch. Die innere Brüchigkeit der bürokratischen Herrschaft in den Staaten des RGW beschleunigen diesen Vormarsch.

Dies ändert aber nichts an den menschenfeindlichen Grundlagen des Kapitalismus. Der kapitalistische produzierte Wohlstand basiert auf Krisen, Erwerbslosigkeit, Frauenunterdrückung und Rassismus in den Staaten des Westens und Nordens, und er basiert auf dem Hunger und Elend der Staaten des Südens und Ostens. Weltweit werden die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Und wenn auch die RGW-Staaten ihren Beitrag dazu leisten, so ist doch klar, daß die globale ökologische Zerstörung von den kapitalistischen Zentren bestimmt wird.

Es wäre zynisch, von der Bevölkerung der DDR zu erwarten, daß sie auf die Möglichkeiten und Vorteile verzichtet, die im Westen wie selbstverständlich wahrgenommen werden. Noch zynischer ist es allerdings, ihr mit der vagen Aussicht auf eine zweifelhafte Konsumwelt alles abzunehmen, was sie sich

in vierzig Jahren an Werten erarbeitet hat.

Gegen eine Annexion der DDR!

Sie nennen es „Selbstbestimmung der Deutschen“ und meinen die Einverleibung der DDR gemäß Artikel 23 eines Grundgesetzes, das immerhin auch eine Notstandsgesetzgebung enthält: Dem Geltungsbereich dieser Verfassung kann man beitreten, wer aber austreten will, bekommt es mit der Bundeswehr zu tun (Art. 87a). Sie nennen es Freiheit und verfolgen die alten nationalistischen und expansionistischen Ziele des Deutschen Reiches.

Nationale Selbstbestimmung kann nur eine Waffe der kolonisierten und in Abhängigkeit gehaltenen Völker gegen ihre Unterdrücker sein. Weder die BRD noch die DDR sind kolonisierte Länder. Ein durch Selbstbestimmung der Deutschen zu realisierendes Recht auf Vorrang, kann es nicht geben, selbst wenn sich Mehrheiten in Umfragen für eine deutsche Einheit aussprechen. Dem stehen nämlich die Rechte der anderen Länder auf Sicherheit, Frieden und eigenständige Entwicklung entgegen.

Welche Selbstbestimmung bringt die Wiedervereinigung den Menschen in der DDR? Es ist die Selbstbestimmung zu Erwerbslosigkeit, Armut und weiterer Umweltzerstörung. Vor allem die Frauen der DDR werden die Verliererinnen sein. Sie sind die ersten, denen gekündigt wird und die nicht mehr eingestellt werden. Wie in der BRD werden sie mit verschärfter Flexibilisierung und Billiglohnpolitik konfrontiert werden, durch unbezahlte Arbeit sollen sie die sozialen Kürzungen wettmachen. Gleichzeitig formieren sich konservative und neofaschistische Organisationen in der DDR zum Angriff auf abtreibende Frauen. Ihr Ziel ist es, Frauen auf ihre „natürliche Bestimmung“ zurückzuweisen und sie zu Objekten ihrer aggressiven Bevölkerungspolitik zu machen.

Daß das Versprechen auf Selbstbestimmung eine Lüge ist, zeigt sich schon daran, welche Politik der DDR Tag für Tag diktiert wird:

- Die meisten DDR-Parteien werden zu Abziehbildern der BRD-Parteien umgemodelt. Der Westen exportiert seine Programme, Redner und Ehrenvorsitzenden;
- Wiedervereinigung bedeutet den Zwangseintritt der DDR in das Militärbündnis NATO;
- anstatt zur Zahlung eines Reparationsausgleichs die DDR wirtschaftlich voranzubringen, wird sie destabilisiert, um der Bevölkerung den Anschluß als einzig erfolversprechenden Weg anzudienen;
- selbst die DGB-Führung bekämpft das DDR-Gewerkschaftsgesetz mit weitgehenden politischen Rechten und eine Sozialcharta.

Was das Kapital stört, behindert die Wiedervereinigung, und was die Wiedervereinigung stört, behindert die nationale Selbstbestimmung.

Gegen den neuen Nationalismus!

Nicht allen RGW-Staaten gilt die gleiche „Fürsorge“, wie sie gegenüber der DDR zur Schau gestellt wird. Polen und anderen droht eine der Dritten Welt vergleichbare Situation. Sie sollen „Hinterhof“ der reichen westeuropäischen Staaten werden.

Der DDR winkt eine andere Entwicklung, weil sie „deutsch“ ist — aber nur, wenn sie „gesamtdeutsch“ werden will. Ein vereinigt Deutschland wird die ökonomische Hegemonie über West- und Osteuropa besitzen und die politische Führung behaupten. Imperialistischer Größen- und Eroberungswahn und eine auch militärische Dynamik könnten die Folge sein.

Außen- und innenpolitisch will der Nationalismus aus dem Schatten Hitlers heraustreten und die „Gnade der späten Geburt“ zur neuen Doktrin erheben. Bisher geriet es noch jedesmal zum Skandal, wenn die Rechten und Rechtsradikalen — in der Historikerdebatte 1986 oder bei der Ehrung von SS-Gräbern in Bitburg 1985 — versuchten, Auschwitz zu relativieren und vergessen zu machen. Heute droht die Schlusschichtmentalität zum neuen nationalen Konsens zu werden. Es ist heute wieder oder immer noch möglich,

— am Jahrestag der Reichspogromnacht (wie am 9. November 1989 im Deutschen Bundestag geschehen) par-

teübergreifend die Nationalhymne anzustimmen,

— Menschen jüdischer Herkunft oder linke PolitikerInnen zu Nichtdeutschen zu deklarieren,

— ehemaligen KZ-Häftlingen das Recht abzusprechen, sich zur Wiedervereinigung zu äußern, wie es sich Rudolf Augstein gegenüber Elie Wiesel anmaßte,

— den Menschen aus Israel deutlich zu machen, daß die deutsche Schuld durch finanzielle Leistungen beglichen sei.

Bereits heute gehören gewaltsame Übergriffe und rassistische Diskriminierungen gegen Nichtdeutsche zum Alltag. Immer stärker wird zwischen deutsch und nichtdeutsch unterschieden. Die AusländerInnenengesetzgebung beruht auf einer völkischen Definition, die BürgerInnenrechte nur denen gewährt, die „deutschen Blutes“ sind. Das neue AusländerInnengesetz hebt das Grundrecht auf Asyl fast vollständig auf und macht die Bespitzelung der Nichtdeutschen zur „ersten deutschen BürgerInnenpflicht“.

Der Blick auf die Vergangenheit verriet die Pläne für die Zukunft. Deshalb lehnen wir ein widerentstehendes Deutschland ab. Wir werden uns weiterhin für die Zweistaatlichkeit von BRD und DDR einsetzen und für ein friedliches, emanzipatorisches und solidarisches Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen kämpfen.

Wir rufen auf, am 12. Mai in Frankfurt, dem Finanzzentrum der zur Expansion drängenden BRD, zu demonstrieren:

- Nie wieder Deutschland — Keine Wiedervereinigung!
- Für Zweistaatlichkeit und die Anerkennung der DDR!
- Für die Anerkennung der polnischen Westgrenze!
- Aufhebung der Sondergesetzgebung für Nichtdeutsche (sog. AusländerInnenengesetze); volle rechtliche, soziale und politische Gleichstellung!
- Internationalismus statt Nationalismus!
- Für einseitige Abrüstung hier und sofort — für eine BRD ohne Armee!

Unterschriften bis 2. April 1990 an: Büro Friess, (0228) 163538, Büro Eich, (0228) 169146, Bundeshaus, 5300 Bonn. V.i.S.d.P.: Sigi Friess, MdB, Hochstadtstr. 21, 5000 Köln 1, Tel. dienstlich (0228) 163538

Ergebnisse und Materialien

Ergebnisse und Materialien

der zehnten ordentlichen Delegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) vom 3. bis 4. März 1990
32 Seiten, Preis: 4,00 DM

Standort des BWK in der sozialistischen Programmdiskussion

beschlossen durch die 10. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK
Broschüre A5, Preis: 2 DM
Bestellungen an: GNN-Verlag, Postfach 260226, 5000 Köln 1

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 64 42.
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Deljen, Martin Fochler, Christiane Schneider
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband Baden-Württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMA, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG Jugend, Militär, Gefängnisse, 8 S., 1,20 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1

Italien: „Politische Lösung“ und „Kampf für Befreiung“ — letzter Akt?

Gegen Getto und Schweigen

„Es gibt viele Gründe zu schweigen, aber ebenso viele, zu sprechen. Ein Grund zum Schweigen ist, daß jedes gesprochene Wort in dieser Zeit einem Lager zugeschlagen und in eine Schublade gesteckt wird oder selbst dem Anspruch nach tausend andere in Schließfächer steckt. Ein Grund zu sprechen ist, daß das Schweigen kompliziertenhaft ist...“ Seitdem eine Gruppe gefangener Frauen aus dem Hochsicherheitsgefängnis Rebibbia in Rom 1982 mit diesen Worten ein Diskussionspapier zur „Auseinandersetzung über die Möglichkeiten zum Aufbau gemeinsamer Perspektiven“ einleitete, hat sich daran nicht sehr viel geändert. Die italienische Diskussion der vergangenen Jahre zum Problem der politischen Gefangenen, zur

Analyse und Kritik der Kampferfahrungen in den siebziger und achtziger Jahren und zum Versuch einer Neuorientierung in der revolutionären Perspektive ist gekennzeichnet von der Polarisierung der verschiedenen Positionen in die Lager der „Aussteiger“ und der „Unbeirrbaren“ — wie sie nicht nur von den bürgerlichen Medien und Parteien bezeichnet werden. Die durchaus unterschiedlichen Positionen und Nuancen der Diskussion gehen dabei oft unter und versinnbildlichen auf negative Art und Weise die Autonomie des Politischen auch innerhalb der revolutionären Bewegung. Insbesondere steht der allseits anerkannten „Europäisierung“ der Problematik der politischen Gefangenschaft kaum ein adäquater Versuch entgegen, die Diskussion ebenfalls auf eine internationale Ebene zu bringen. Abgesehen von der Dokumenta-

tion einiger Veranstaltungen, die VertreterInnen der „politischen Lösung“ gemeinsam mit bundesdeutschen Grünen organisierten und durchführten, bleibt die Diskussion insbesondere für diejenigen im Dunkeln, die sich nicht mit Originaltexten — auch sprachlich — behelfen können. Auch dann bleiben aber einzelne Beiträge oft unverbunden nebeneinander stehen. Neben einzelnen Texten und Beiträgen, die von verschiedenen Zeitschriften und Gruppen jeweils aktuell oder schwerpunktmäßig auch in deutscher Übersetzung erhältlich sind, wird von der Gruppe 2, einer Münchner Archiv- und Mediengruppe seit einiger Zeit eine in unregelmäßigen Abständen erscheinende Reihe mit Dokumenten der italienischen Diskussion der vergangenen Jahre herausgegeben. Diese „Reihe-texte-“ ist bisher in vier Ausgaben erschienen und



stellt den zur Zeit einzigen bekannten Versuch dar, kontinuierlich einen weitgehend alle wesentlichen Positionen umfassenden Überblick der Debatte zu verschaffen. Über die in den Heften dokumentierten Texte hinaus stellt die Gruppe über ihr Archiv und die Redaktion für die interessierten Leserinnen und Leser auch weitergehendes umfangreiches Material zur sozialen, politischen und kulturellen Entwicklung in Italien — in italienischer, aber auch deutscher Sprache — zur Verfügung, gibt umfangreiche Literaturhinweise und gibt weitere „Dokumente der Zeitgeschichte“ — z.B. eine Sammlung von Liedern aus den Kämpfen der sechziger und siebziger Jahre in Italien — heraus.

Klassenkampf oder politische Lösung?

Nummer 1 der -texte- Dokumentationen zur Zeitgeschichte enthält auf 64 Seiten sechzehn zum größten Teil erstmals in deutscher Übersetzung erhältliche Texte zur Amnestiedebatte. Zu Wort kommen in erster Linie die Vertreter der „politischen Lösung“ und des „gesellschaftlichen Dialogs“ wie Curcio, Moretti, Ianelli und Franceschini, der Anwalt di Giovanni, die im Exil lebenden Flüchtlinge um Oreste Scalzone, ein autonomes Gefangenenskollektiv etc., aber auch die Positionen der zu Anfang der Diskussion eher „zurückhaltenden“ Gefangenen um Barbara Balzarani, Casetta (UCC), Piccioni, Seghetti u.a. Ihre Position(en): Ein Kampfzyklus sei abgeschlossen, veränderte soziale und politische Realitäten, („Modernisierung der Institutionen“) erfordere die „Reflexion der eigenen Verantwortlichkeit“, Ziel ist die Amnestie. Die Kontrapositionen werden vertreten durch einen Text der BR/PCC-Gefangenen Sincich, di Lenardo und Bassi und einen Beitrag des Gefangenenskollektivs „wotta sitta“ (um Giovanni Senzani, N. Ligas etc.) Sie treten entschieden „gegen eine politische Lösung“ und für eine klare „Demarkationslinie zwischen Kommunisten und Ex-Revolutionären (ein), die mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten“. Namens- und Begriffserklärungen am Ende jedes Textes sorgen dafür, daß auch der/die mit dem Thema bisher nicht befaßte Leser/in der Diskussion folgen kann. Zusätzliche „Aktualität“ erhält die Nummer dadurch, daß viele der Argumente der „Verhandlungsbereiten“ sich mit Positionen decken, die z.B. ein Teil der Grünen in der Bundesrepublik zur Frage einer Amnestie vertreten.

Chronik einer Debatte Gegen „Dialog“

In Nummer 2, „Chronik einer Debatte“ (zweite z.T. überarbeitete Auflage), werden Beiträge „gegen die Liquidierung der Klassenbewegung“ und „für die Einheit der Revolutionäre im Kampf gegen den Imperialismus“ dokumentiert. Es handelt sich um Texte von Gefangenen,

die sich gegen jede Form eine „Dialogs“ stellen. Nicht Bruch oder Kontinuität einer Entwicklung stehen im Mittelpunkt der Argumentation, sondern die Bedingungen für ein Wiedererstarken der Klassenbewegung, die Internationalisierung der Kämpfe, der revolutionäre Prozeß in der Metropole. Ein weiterer Text der „Verhandlungsbereiten“ dokumentiert vor allem den Prozeß der Vereinheitlichung dieser Positionen untereinander. Den größten Teil der Ausgabe beansprucht der erste Teil des von einem Gefangenenskollektiv 1985 verfaßte Papier „wotta sitta“ (bedeutet in Afrika: Die Zeit ist reif), der ausführlich auf Fragen wie „Internationalismus der achtziger Jahre“, „Revolutionäre Wissenschaft und Klassenbewußtsein,“ u.a. eingeht. Eine „Kurze Chronik der Jahre 1966 bis 1988“ verschafft einen Überblick über die wesentlichen Ereignisse dieser Jahre, eine umfangreiche ausgewählte Bibliografie (für italienische und deutsche Literatur) ermöglicht den erweiterten Einstieg ins „Thema Italien“. Der Anhang enthält ebenfalls die beiden Gesetzestexte zu „Dissoziation“ und „Reue“ (in italienisch).

Analyse der Kampferfahrungen

Nummer 3 der -texte- trägt den Titel: „Insurrezione“. Die Ausgabe konzentriert sich auf Texte, die sich mit der Analyse der vergangenen Kampferfahrungen, den sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen und der Wiedergewinnung einer revolutionären Perspektive und Initiative befassen: Ein Interview über „die Wiederaneignung der marxistischen Methodenlehre“, vier Prozeßerklärungen aus dem Ende 1989 in Rom zu Ende gegangenen Maxi-Prozeß „Insurrezione“, ein Komunique der BR und den zweiten und dritten Teil des in der Nummer 2 begonnenen Textes „wotta sitta“, der sich u.a. mit „SDI“, „Eureka“, „Neue Produktion und technologische Revolution“ und „imperialistischer Internationalisierung“ auseinandersetzt. Absicht der Ausgabe ist es vor allem, die über den „Pro-und-Contra-Amnestie“-Bereich hinausgehenden Diskussionen und die aktuelle Entwicklung der „juristischen Strategie“ des Staates zu verdeutlichen.

Krise revolutionärer Bewegung in Italien

Die Nummer 4 ist als Sondernummer erschienen, weil sie wegen des Umfangs des Haupttextes — entgegen der bisherigen Praxis — nicht mehrere Positionen einander gegenüberstellen kann. Sie enthält einen sehr umfangreichen Text aus dem Jahre 1989, der sich ausführlich mit der internationalen Entwicklung und der Krise der revolutionären Bewegung in Italien befaßt, ergänzend ein Papier (als Erklärung auch im „Insurrezion-Prozeß“ abgegeben) von Gefangenen aus Novara vom Dezember 1989. Der von Abgeordneten verschiedener

Parteien vor kurzem eingebrachte Gesetzentwurf zu einem „Straferlaß“ unter bestimmten Voraussetzungen ist in übersetzter Form einschließlich der Präambel ebenfalls im Heft enthalten. Auch in der Nr. 4 ermöglichen ausführliche Begriffs- und Namensklärungen und eine ausgewählte Bibliografie für deutschsprachige Literatur das Verständnis und die Vertiefung der — auch kontroversen — Auseinandersetzung.

Anmerkung: Jede Ausgabe kostet als Einzelnummer jeweils DM 7,00 plus Porto DM 0,80 gegen Vorkasse bei Gruppe 2, Öttilmairstr. 8, 8000 München 83. Die -texte- können auch abonniert werden: Das Abo für vier Ausgaben kostet DM 25,00 einschließlich Porto.

Lieder und Tondokumente

„Ribellarsi è giusto“ heißen 33 fast verschollene Lieder und Tondokumente aus den italienischen Kämpfen 1968 bis 1978. „Lieder sind immer ein wichtiger Bestandteil politischer und sozialer Kämpfe gewesen, sie erzählen nicht nur von den Siegen und Niederlagen, sondern vermitteln fast immer ganz unmittelbar einen Eindruck von den Menschen, die diese Siege errungen und die Niederlagen erlitten haben“, schreiben die Herausgeber in der Einleitung des Begleitheftes zu den Tonkassetten. Viele der darauf enthaltenen Lieder sind bei uns bisher unbekannt, die meisten erscheinen im Begleitheft erstmals in deutscher Übersetzung. Weil die Herausgeber besonderen Wert auf die Originalfassungen legten, die größtenteils nur mehr in sehr schlechter Qualität — und vielfach als wirkliche Originalaufnahmen — beschaffbar waren, weisen sie im Vorwort auch darauf hin, daß diese Lieder kein „passives Kulturerlebnis“ in Hi-Fi-Qualität darstellen können und sollen. „Wir haben uns dennoch entschlossen, die authentischeren und dadurch aussagekräftigeren und schöneren ursprünglichen Fassungen zu verwenden... die wir selbst „aufbereitet“ haben und damit teilweise sogar noch bessere Qualität erzielten, als die zur Verfügung stehenden Originale sie haben“ heißt es weiter. Aus dem Inhalt: Ballade der Emigration / Avola, 2. Dezember / In den Abteilungen der FIAT / Genosse Saltarelli / Eure Knäste, eines Tages... / Interner Streik / Wir sind die von der ALFA / Die Polizei ist gekommen / Bonzen, ihr wollt uns Angst einjagen / Frohes Fest, Genosse Arbeiter / Freiheit für Marini / Schluß mit den schlechten Zeiten / Ballade der Gegenreform / Es ist richtig, sich zu wehren / u.a.m.

Zwei Tonkassetten zu je 60 Minuten und ein 70seitiges Begleitheft mit deutschem und italienischem Liedertext sowie kurzen Erläuterungen zur Entstehung der Lieder. DM 21,00 plus Porto DM 3,50 gegen Vorkasse bei Gruppe 2, Öttilmairstr. 8, 8000 München 83. Zehn Prozent des Verkaufspreises gehen auf ein Solidaritätskonto für italienische Gefangene.

Amnestie ist keine „Lösung für alle“

Über 40000 Menschen wanderten allein innerhalb des zehnjährigen Abschnitts der Klassenauseinandersetzungen der siebziger Jahre in Italien durch die Gefängnisse, noch Anfang der achtziger Jahre zählte man nicht weniger als 4000 politische Gefangene. Spätestens mit den sogenannten „Curcio-Briefen“, mit denen eine Gruppe ehemaliger Angehöriger der Roten Brigaden Anfang 1987 aus dem Gefängnis heraus ihre „Dialogbereitschaft“ mit den staatlichen Institutionen erklärte, ist das Problem der politischen Gefangenschaft in Italien in die „öffentliche“ Diskussion gekommen. Eine Diskussion, die — zumindest eine geraume Zeit lang — von der massenhaften Anwendung der Sondergesetze zur „Abschwörung“ (dissociazione), „Reue“ (pentimento) und „Straferlaß“ (indulto) bestimmt wurde. Was zu fehlen schien, war der — alles andere als homogene — Ausdruck jenes Bereichs von politischen Gefangenen, die, unabhängig von jeder auf Belohnung und Differenzierung basierenden Taktik, die Analyse und Kritik der Entwicklung der gesamten politischen und sozialen Auseinandersetzungen in den siebziger und frühen achtziger Jahren und — daraus abgeleitet — eine Perspektive zur Wiedererlangung einer revolutionären Initiative in den Mittelpunkt stellen. In Wirklichkeit war dies jedoch nie der Fall, haben diese Stimmen nie gehört. Heute erhält diese Komponente nur die ihr zustehende Gewichtung und Stimme, nachdem es gelungen ist, „Dissoziation“ und „Reue“ als politischen Plan „innerhalb“ der Bewegung zu besiegen. Aus dem Kuckucksei wurden armselige Gesetze des Staates, die mit der parlamentarischen Initiative einer Reihe von Abgeordneten verschiedener Parteien für ein „Strafnachlaßgesetz“ gerade jetzt ihre Neuaufgabe und Wiederaufwertung erfahren sollen. Dabei bestätigen all diese Gesetze gerade das, was das gesamte Parteien- und Mediensystem, PCI und Unità an erster Stelle, von jeher hartnäckig bestreiten: Die zum Teil äußerst harten Klassenauseinandersetzungen in den siebziger und achtziger Jahren, in denen Arbeiterautonomie und Gegenmacht einen gewaltigen Entwicklungsschub erlebten, können weder durch allgemeine noch durch Sondergesetze liquidiert werden; ebensowenig wie die revolutionären Erfahrungen dieser Jahre auf die Thematik des bewaffneten Kampfes, und dieser auf „eine zusammenhängende Reihenfolge von vorgeplanten Ermordungen durch eine Gruppe von Verbrechern, die einheitlich den Krieg gegen den demokratischen Staat erklärt hat...“ (aus der Anklageschrift im Aufstandsprozeß), reduziert werden können. Die hinter solcher Logik „geschichtlicher Aufarbeitung“ verborgenen Absichten werden gleich zweifach durch die Realität widerlegt. Zum einen schlicht durch das Ausmaß der sozialen Auseinandersetzung jener Jahre, zum anderen dadurch, daß die Diskussion längst in einem „allgemeinen“ Zusammenhang (d.h. nicht auf das „Problem der politischen Gefangenen“ beschränkt) geführt und nicht mehr dem Staat und den politischen Kräften der „demokratischen Legalität“ überlassen wird. So gesehen ist für die meisten die Amnestiediskussion nicht einmal ein „starker Vorschlag“. Weil die Befreiung der politischen Gefangenen in Form einer Amnestie — wenn sie nicht als „Gnadenakt“ für die Betroffenen mit dem Eingeständnis ihrer „Schuld“ erfolgen soll — ein Ziel ist, das nur von einer starken antagonistischen Bewegung erkämpft werden kann. Diese Voraussetzungen sind aber heute nicht gegeben. Die heute zur Debatte stehende Amnestie ist nicht mehr als die Belohnung für „Wohlverhalten“, die ein starker Staat einer (geschlagenen) Bewegung um den Preis ihrer Selbstaufgabe anbietet. Dies ist heute auch

(und war es immer) die Position eines großen Teils der Gefangenen.

Das Gefängnis und die Bewegung

Die antagonistische Bewegung einer neuen, jungen „Generation“, die in den letzten Jahren herangewachsen ist, herausgebildet bei den Kongressen von Voghera, Comiso und Montalto di Castro, entstanden aus dem Widerstand gegen Atomindustrie und -rüstung, aber auch aus den sozialen Kämpfen im öffentlichen und halböffentlichen Dienst, in den Fabriken, im Transportgewerbe und an den Universitäten, muß zeigen, ob sie — jenseits saisonabhängiger Komitees für die Amnestie oder irgendeine „politische Lösung“ — die Stärke und politische Reife gewinnen kann, die Parole für die „Befreiung der politischen Gefangenen“ als Teil (und nur als einen solchen) in ihr Programm aufzunehmen, autonom handelnd und ohne den „Umweg“ über die Institutionen zu nehmen. Denn selbstverständlich ist die „Befreiung der politischen Gefangenen“ ein Ziel und eine Aufgabe, der sich jede ernst zu nehmende kommunistische oder revolutionäre Bewegung, jede „Befreiungsbewegung“, die ihren Namen verdient, zu stellen hat. Doch politische Gefangenschaft ist eine Bedingung, die sich zyklisch im Klassenkampf, in den Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen, in der Entwicklung kommunistischer und revolutionärer Bewegungen ergibt und die weder durch „Versprechungen“ noch durch „Gegenleistungen“ an den Staat und seine Epigonen eingetauscht werden kann. Die Vergangenheit, Gegenwart und politische Zukunft Hunderter von Exilierten, denen nur die Flucht blieb, all jener, die noch immer „vorübergehend auf freiem Fuß“ leben, und nicht zuletzt der Gefangenen selbst (von denen viele nach wie vor den Repressionen der Sondergesetze ausgesetzt sind) können nicht Diskussions- und um so weniger Verhandlungsthema mit dem Staat sein. Aus demselben einfachen Grund, aus dem der Klassenkampf, die sozialen Widersprüche, die Ausbeutung und die moderne Barbarei der kapitalistischen Gesellschaft nicht mit einem Federstrich abgeschafft werden können.

Nichts wird mehr sein wie früher

Unbestreitbar bestimmt in der heutigen italienischen Realität nicht die Klasse, nicht der proletarische Antagonismus, was gespielt wird und nach welchen Spielregeln. Unbestreitbar haben die „bewaffneten Initiativen“ der vergangenen zwanzig Jahre nicht das Modell für die Lösung der größten gesellschaftlichen Widersprüche — Ausgrenzung und Unterdrückung großer Teile gesellschaftlichen Lebens — bereitstellen können. Doch welches Gewicht diese Erfahrung hat, was sie verändert, was sie produziert hat, muß herausgefunden werden. Und da ist keine Oberflächlichkeit zulässig. Jene, die sie in den juristischen Begriff der „Tat“ übersetzt, ebensowenig wie die, die sie mit der lapidaren Behauptung von der „Modernisierung der Institutionen“ in die Historienkammer der Geschichte verbannt. Herausgefunden werden kann es nur, wenn die Diskussion darüber so breit wie möglich geführt wird und die Erfahrungen dieser Jahre in einer (nicht linearen!) Kontinuität zu den neuen Bedingungen der Klassenauseinandersetzung verstanden wird. Denn „nichts mehr wird sein wie früher“, aber die Strukturen, die Kultur, die Ideologie der Herrschaft und der sozialen Kontrolle sind unwiderruflich durch diese Jahre gekennzeichnet und werden damit auch die kommenden Klassenauseinandersetzungen bestimmen. — (ms)